Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post an Orte. Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionspreis: Anzeigen für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 17. Breslau, Mittwoch, den 21. Januar 1914. 25. Jahrgang.

Deutschnationale Enttäuschung.

Zur Frage der Sonntagsruhe.

Die deutschnationalen Handlungsgehilfen haben einen bösen Reinfall erlitten. Die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsarbeit haben den klaren Beweis erbracht, daß diejenigen Parteien, auf deren Hilfe sie bei ihrer bekannten Sonderpolitik am meisten, wenn nicht ausschließlich rechnen, für die Lösung dieses Problems überhaupt nicht in Frage kommen. Schon die Regierungsvorlage war eine Enttäuschung. Denn statt der völligen Sonntagsruhe, die seit bald zwei Jahrzehnten von allen Handlungsgehilfenverbänden verlangt wird, brachte sie im Wesentlichen nur eine Herabsetzung der sonntäglichen Arbeitszeit von fünf auf vier Stunden. Dazu ganz unmotivierte Ausnahmebestimmungen für die sabbattreuen Juden und zugunsten oder richtiger zuungunsten der Protestisten. Also ein Stückwerk schlimmster Sorte. Gegenüber dem Regierungsentwurf von 1907, der die volle Sonntagsruhe zum Prinzip erheben wollte, ein kaum zu erklärender Rückschritt.

Die einzige Hoffnung blieb der Reichstag. Wenn dieser sich der Sache annahm und den Entwurf nach allen Richtungen ergänzte und verbesserte, war es immerhin möglich, aus dem kümmerlichen Machwerk der Regierung ein annehmbares Gesetz zu machen. Allerdings dürfte er dabei nicht zaghaft vorgehen und vor keiner noch so weitgehenden Aenderung zurückschrecken. Nur eine sehr gründliche Umgestaltung könnte hier etwas helfen.

Aber die Hoffnung war umsonst. Die Reden, die gelegentlich der ersten Lesung im Reichstag gehalten worden sind, haben deutlich erkennen lassen, daß die bürgerlichen Parteien sich seinetwegen nicht in sozialpolitische Unkosten stürzen werden.

Abgesehen von dem frommen Herrn Lizentiaten Mumm, dem es allerdings mehr um die Sonntagsfeier als um die Sonntagsruhe zu tun ist und dessen halbes Dutzend antisemitischer Freunde für die parlamentarische Erledigung ohne Bedeutung ist, hat sich nur die Sozialdemokratie für das Verbot jeglicher Sonntagsarbeit ausgesprochen und damit wieder einmal bewiesen, wie sehr die Privatangestellten bei der Verbesserung ihrer Rechtslage auf ihre Hilfe rechnen können. Sämtliche übrigen Parteien haben kläglich versagt, allen voran natürlich die konservativen Freunde der Deutschnationalen. Selbst das christliche Zentrum, das sich der Sonntagsruhe seiner katholischen Kaufleute und Handlungsgehilfen doch ganz besonders annehmen müßte, ließ durch den Mund des Abgeordneten Erzberger erklären, daß an die völlige Sonntagsruhe nicht gedacht werden könne. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen auch die liberalen Parteien, die Beschützer des Leipziger Verbandes und des Handlungskommis-Vereins von 1858, sich mehr an ihre Verpflichtungen gegen die im Hansabund organisierten Handwerker und Kaufleute als an die Wünsche der Privatangestellten erinnerten. Von dem blamablen Vorgang, daß der Angestellten-Vertreter der Nationalliberalen, Herr Marquart, wieder nicht im Namen seiner Partei, sondern nur in seinem eigenen sprechen durfte, ganz zu schweigen.

Das Ganze war ein Musterbeispiel für die Bedeutungslosigkeit all der Sympathieerklärungen, mit denen die bürgerlichen Parteien in Wahlzeiten um die Stimme der Privatangestellten werben. Aber die Angelegenheit hat noch ein anderes Gesicht. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir das auffallend geringe Interesse, mit dem die verschiedenen Parteien den Gesetzentwurf behandelt haben, zu einem Teil darauf zurückführen, daß es sich nicht um die Sonntagsruhe sämtlicher Angestellten oder überhaupt sämtlicher Arbeitnehmer handelt, sondern eben nur um die Handlungsgehilfen. Diese repräsentieren zwar auch schon eine kleine Million Reichstagswähler. Aber wir sind gewiß: Wenn das Gesetz ähnlich wie seinerzeit die Pensionsversicherung die Gesamtheit der Privatangestellten beträfe, würden die Parteien es sich wohl noch dreimal überlegt haben, ehe sie dem Entwurf eine so lieblose Behandlung zuteil werden ließen. Denn darüber kann doch kein Zweifel sein, daß es für die Gegner unserer Sozialpolitik viel leichter ist, die Begünstigung einer einzelnen Berufsgruppe abzulehnen, als sich der Erweiterung sozialer Schutzrechte für eine ganze Volksschicht zu widersetzen!

Damit wäre dann bewiesen, wie verkehrt die partikularistische Politik der alten Harmonieverbände und besonders des Deutschnationalen Verbandes ist. Nach der Ansicht dieser Verbände kommen nämlich die Handlungsgehilfen um so eher zur Erfüllung ihrer sozialpolitischen Wünsche, je weniger sie sich mit den übrigen Angestelltengruppen identifizieren. Deshalb predigen sie ihren Mitgliedern geradezu die Absonderung von den technischen und sonstigen Angestellten. Ja, die Deutschnationalen treiben den Unfug sogar soweit, daß sie auf ihren Verbandstagen Entschließungen annehmen, in denen sie „sich weigern (!) sich mit den übrigen Privatangestellten künstlich (!) zu einem Privatangestelltenstande zusammenschweißen zu lassen“. Als ob die wirtschaftliche Entwicklung nicht längst dafür gesorgt hätte, daß die beruflichen Abgrenzungen zwischen Handlungsgehilfen, Technikern, Bürobeamten usw. mehr und mehr verschwinden und durch den immer schärfer hervortretenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit allmählich ganz in den Hintergrund gedrängt werden.

Aber bei solch verbohrten Ansichten ist es nicht verwunderlich, daß dieser Teil der Handlungsgehilfen bei dem Erscheinen sowohl des Konkurrenzklausel-, wie des Sonntagsruhegesetzes mehr Zeit und Kraft darauf verwandt haben, sich über die ihnen zugedachten Sondergesetze zu freuen, als sich über ihren mageren Inhalt zu entrüsten. Nun hat sich gezeigt, wie grundfalsch diese Politik ist und daß nur die Einheitlichkeit der sozialen Bewegung zu Erfolgen führen kann. Die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und der Verband der Bureauangestellten haben deshalb sehr richtig gehandelt, als sie sich kürzlich mit einer Anzahl radikaler Angestelltenorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, die die Herbeiführung eines einheitlichen und sozial fortgeschrittenen Angestelltenrechtes zur Sozialaufgabe hat.

Die deutschnationalen Handlungsgehilfen sind natürlich unbelehrbar! Anstatt auf Grund dieses neuesten Mißerfolges ihre Taktik einer gründlichen Revision zu unterziehen, veranstalten sie jetzt überall Protestversammlungen, in denen sie — über die Untreue ihrer eigenen politischen Freunde zetern. Ob die betrogenen Verbandsmitglieder nicht endlich merken werden, welches unwürdige Spiel ihre Führer mit ihnen treiben?

Politische Uebersicht.

Es kracht gegen Herrn von Kracht,

der auf dem Preußenbunde eine erhebliche Lippe riskierte, in Bayern recht kräftig.

In der Kammer der Abgeordneten protestierte bei der Beratung des Militäretats der Abgeordnete Loibl (Zentrum) gegen die Aeußerung des Generals von Kracht bei dem Preußentage über das Verhalten der bayerischen Truppen bei Orleans. Er erklärte, derartige Angriffe ständen viel zu niedrig, als daß sie das Ansehen und den Ruhm des bayerischen Heeres irgendwie beschmutzen könnten. — Abgeordneter Dirr (liberal) gab namens seiner Partei folgende Erklärung ab: Wir empfinden die auf dem sogenannten Preußentage gefallene Aeußerung eines preußischen Militärs a. D. gegen die bayerische Armee als eine durch nichts gerechtfertigte Herabsetzung der bayerischen Armee und ihrer ruhmreichen Geschichte und als eine ganz unerhörte Schmähung der Verdienste, welche sich die bayerische Armee um die Einigung Deutschlands und die Wiederaufrichtung der deutschen Reiches auf den Schlachtfeldern Frankreichs erworben hat. Ich weiß nicht, soll man sich bei dieser Aeußerung mehr wundern über die Unkenntnis eines hohen Offiziers über die einschlägigen kriegerischen Verhältnisse, oder über die unglaubliche Anmaßung, mit der der Herr über die bayerische Armee zu sprechen sich erlaubte. (Zustimmung.) — Der Kriegsminister erklärte: Die durch die Presse gegangene Nachricht, daß General von Kracht die Aeußerung getan habe, die bayerische Armee habe sich bei Orleans zurückgezogen, die Preußen aber hätten flott angegriffen, muß mir als in tendenziöser Absicht entstellt erscheinen. Wenn sich aber die Nachricht als richtig erweisen sollte, könnte ich eine so unerhörte Aeußerung nicht scharf genug brandmarken. Sie würde eine Verunglimpfung der glorreichen Erinnerungen der bayerischen Armee enthalten, die gerade in den Kämpfen um Orleans sich aufs heldenmütigste geschlagen und mit unvergleichlichem Ruhme bedeckt hat. Ich müßte eine solche Aeußerung aus dem Munde eines so hohen Offiziers aufs tiefste bedauern und solchen Anwurf gegen die bayerische Armee aufs entschiedenste zurückweisen. (Allseitiger Beifall im ganzen Hause.)

Herr von Kracht, der sich in Berlin unterm Beifall seiner Mitpreußen so tapfer gebärdete, hat nun alle Hände voll zu tun, um seinen Worten den rechten Sinn zu geben. Während er auf der einen Seite „im höchsten Grade empört“ ist, daß man den Sinn seiner Worte falsch gedeutet habe, meint er an einer anderen Stelle seiner unsicheren Erklärung, mißtrauisch gegen sich selbst: „es ist mir ganz unmöglich, daß ich etwas gesagt haben sollte“, was die Bayern verletzen könnte. Die Bayern aber trauen diesem nachträglichen Beruhigungspulver nicht und bauen fest zu, die Beschwichtigungen haben trotz der Hilfe der „Nordd. Allg. Zeitung“ keinen Resonanzboden.

Auch der Freiherr v. Pechmann in München ist in tausend Nöten. Er sollte geschrieben haben: „Ich bin Preuße nicht von Geburt, aber dem Herren nach“ und auch diese Mitteilung wurde bei den Borussen in Berlin mit stürmischem Beifall begrüßt. Jetzt schreibt Herr v. Pechmann: Wie kann so etwas gesagt oder verbreitet werden, ich habe doch geschrieben, daß ich mich diesen Worten eines anderen nicht anschließe! — Die Erklärung des Vorsitzenden des Preußentages dazu ist alles andere als entlastend für ihn.

Wir können jedenfalls mit der Art, wie der Preußenbund sich bei den deutschen Patrioten einführt, sehr zufrieden sein.

Die „Kreuzzeitung“ ist sehr kleinlaut geworden. Sie veröffentlicht einen Artikel, dessen Inhalt sich in den Satz zusammenfassen ließe: Erstens war es nicht so arg, und zweitens haben wir nichts damit zu tun. Entschuldigend weist sie darauf hin, daß es sich ja nur um die erste Mitgliederversammlung gehandelt habe:

Die Organisation hat noch nicht die ihrem ideellen Gehalt durch und durch entsprechende persönliche Zusammensetzung finden können. Erst im Laufe der Zeit kann sich herausstellen, welche Elemente etwa nicht in den Rahmen der Bewegung passen. Deshalb ist es unbedacht, einzelne etwa anstößige Aeußerungen dem ganzen Bunde zur Last zu legen.

Man beginnt also damit, einige hinauszuschmeißen. Wie viele von den angeblich 200 Leuten, die dem ersten Preußentag beiwohnten, werden dann wohl noch übrig bleiben?

Lustig ist, daß die „Kreuzzeitung“, die den ersten Aufruf zur Veranstaltung dieser grotesken Fehlgeburt veröffentlichte, jetzt die Mutterschaft beharrlich ableugnet und das Kind durchaus in eine nationalliberale Wiege legen will.

In Wahrheit — schreibt sie — ist der „Preußenbund“ nicht konservativen Ursprungs. Sein geistiger Vater, Handelskammersyndikus Dr. Rocke, ist unseres Wissens nicht konservativ sondern nationalliberal.

Wir glauben das Wissen der „Kreuzzeitung“ in einem wesentlichen Punkte ergänzen zu können. Dr. Rocke, der Preußenvater, war nationalliberal bis 1909. Damals hielt er aber im Zentralverband deutscher Industrieller eine Rede, in der er gerade heraus sagte, die nationalliberale Partei habe für die Großindustrie zu arbeiten, denn sie werde von ihr bezahlt. Dieses Geständnis eines Nationalliberalen erregte damals so ungeheures Aufsehen und die nationalliberale Partei war dadurch dermaßen kompromittiert, daß Herr Rocke gebeten wurde, die Partei zu verlassen. Ob der bei der jungliberalen Vordertüre hinauskomplimentierte Ueberscharfmacher Rocke inzwischen durch das altliberale Hintertürchen wieder in die Partei eingetreten ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf keinen Fall soll bestritten werden, daß überaus zahlreiche Nationalliberale durchaus würdig sind, zu Ehrenmitgliedern des Preußenbundes ernannt zu werden.

Der ausgiebige Ordensregen.

Anläßlich des sogenannten „Krönungs-“ und Ordensfestes am Sonntag sind wiederum eine unheimliche Anzahl von Orden verliehen worden. Im vorigen Jahre wurde bereits eine außerordentliche Steigerung der Zahl der verliehenen Orden festgestellt, in diesem Jahre ist abermals eine Steigerung zu verzeichnen. 1910 war die Zahl der Orden von 4138 auf 4085 gesunken, 1912 wurden bereits 4514, das Jahr darauf 5017 und in diesem Jahre 5747 Orden verliehen. Da ist es allerdings kein Wunder, wenn der Etat der Preußischen Generalordenskommission ebenfalls eine Verstärkung der Mittel fordert. — Daß irgend jemand wegen besonderer Verdienste oder Fähigkeiten einen Orden bekam, ist unbekannt geblieben, die meisten werden auf dem Wege der sogenannten „Ochsentour“ erworben.

„Der Schwertstreich wird ausbleiben!“

Von einem in hoher Stellung befindlichen reichsländischen Offizier läßt sich die „Deutsche Tageszeitung“ vom 20. Januar über die dortigen Verhältnisse berichten. Nachdem der Brave mit herzerfrischender „Deutlichkeit“ über das Volk, die Zivil- und Militärbehörden im Reichslande hergezogen, versteigt er sich zu folgender „Anfeuerung“ unseres leitenden Staatsmänner:

Nützen wird der Fall Zabern sehr wenig, weil das Einsehen an maßgebender Stelle fehlt. In Potsdam soll man die Lage nichts erkannt haben; die tausend „Wenn und Aber“ der verantwortlichen Berater werden wohl sehr bald einen Berg von Akten mit mehr oder minder überklugen Verfügungen hervorzaubern, der Schwertstreich aber, der das Rätsel sofort löst und allein die Rettung bringt, — wird ausbleiben...

Der „hohe, reichsländische Offizier“ sollte sich lieber um die Felddienstordnung kümmern, als unverständigerweise in der Politik herumzupfuschen. Oder glaubt er sich etwa befugt, seinem Kriegsherrn Vorschriften oder Ratschläge zu erteilen? Das war bei Prätorianern und Mameluken Sitte; die preußische Armee hat sich aber sonst disziplinierter gezeigt.

So hätte die „Deutsche Tageszeitung“ dem blutgierigen Offizier von ihrem Standpunkte aus antworten müssen, statt behaglich sein Geschwafel zu drucken. Wir halten es natürlich wie immer mit dem Bibelwort: „Du sollst dem Ochsen nicht das Maul verbinden, der da drischt.“

Kriegsgeschrei.

Die Kaltstellung des Generals Liman v. Sanders in Konstantinopel und die unverbürgte Nachricht, daß alle Oelquellen in Mesopotamien und Syrien durch englisch-türkischen Vertrag englischen Unternehmern vorbehalten seien, veranlaßt die alldeutsche „Post“, wieder einmal mit dem Säbel um sich zu schlagen, daß die Funken stieben. Einige flache Hiebe fallen bei der Gelegenheit auch auf die Köpfe der leitenden Staatsmänner, von deren Unzulänglichkeit gesagt wird, sie sei so offenkundig, daß sie nicht mehr überraschen könne. Mit Rußland, wird weiter gesagt, scheine wieder etwas im Werke zu sein, der deutsche Kaufmann werde lahmgelegt, Deutschland in Kleinasien eingekreist. Das Resultat sei Kaltstellung auf der ganzen Linie. Dann heißt es wörtlich weiter:

Wer irgend imstande ist, über den Zeitraum eines Jahres hinauszudenken, wer überhaupt noch etwas vom zukünftigen Deutschtum erwartet, dessen Nerven hatten dieses dreimalige Versagen unserer auswärtigen

[illegible] einfach nicht mehr aus. Wir haben es ... dahin gebracht, daß wir überall und in allem nachgeben. Man weiß es draußen. Und man ist nicht blöde, die Nutzanwendung aus diesem Wissen zu ziehen. Der Deutsche greift nicht zum Schwert, der nicht!

Deutschland, heißt es zum Schluß, sei das Mauerblümchen, während es doch ein historisches Anrecht hätte auf die Würde einer Ballkönigin. Das ist die unverhüllte Aufforderung zum blutigen Tanze, bei dem die Kanonen aufspielen. Ein verbrecherischer Versuch der äußeren Ablenkung von inneren Schwierigkeiten! Dieser Versuch wird sicher nicht vereinzelt bleiben, und das Volk tut gut, die Augen offen zu halten. Die Brandstifter gehen um!

Patriotische Poesie.

Zu den hochnäsigen Blättern, welche die „sozialdemokratische Poesie" für geschmacklos und unseren Ton für roh halten, gehört allemal die „Deutsche Tageszig.", die über Zabern folgendes dichtet:

Wie er sich windet, der Bandwurm
der Demokratie, vor'm Landsturm!
Zabern gab uns die Prob'.
In den Jantzagel-Blättern
schimpft er; vor Hagelwettern
fleucht er, der Mob!
Erst war jeder ein Herzog,
bis die Truppe das Schwert zog
gegen die feige Brut.
Da fiel den Pseudofranzosen
tief in die Wackeshosen
blitzschnell der Mut!

Das kerndeutsche Poem steigt dann zu folgender Höhe:

„Rache schreit nun die Bande
über die deutschen Lande,
und über'n Kanal.
Mächtig öffnet die Presse
wieder die Judenpresse:
„Skandal, Skandal!"

Die Herrschaften haben natürlich ein moralisches Recht, über die Sozialdemokratie zu mäkeln, ihre Erziehung ist edel und christlich-liebevoll!

Gegen den konservativen Mundhelden Kunze

der im Wahlkampfe 1912 in unserer Gegend sein Wesen trieb, erhebt der Antisemit Hans Hertwig sehr belastende Anschuldigungen.

Herr Hertwig gehörte zu den Teilnehmern der „Staatsbürger-Zeitung". Als diese im Frühjahr 1912 wieder einmal mit ihren Mitteln zu Ende war, führte, wie der „Vorwärts" berichtet, der Generalsekretär der konservativen Partei Kunze dem Unternehmen ein Kapital von 50 000 Mark zu. Kunze hatte einen Millionär Herrn v. W. zur Hergabe des Geldes veranlaßt. Dieser wollte nicht selbst Gesellschafter der Deutschen Bürgerkunde werden, deshalb stellte er dem Kunze die 50 000 Mark zur Verfügung, damit Kunze Gesellschaftsrechte erwerbe. Es führte dann Redakteur Wilke-Friedenau als Geschäftsführer des Verlags der „Deutschen Bürgerkunde" (alias „Staatsbürger Ztg.") mit Kunze gemeinschaftlich die Geschäfte. Nun erzählt der „Vorwärts":

Einige Monate vorher hatte Hertwig dem Verlag ein bares Darlehen von 3000 Mark gegeben, wozu noch die von ihm aufgewendeten 500 Mark für die Ablösung der 10 500 Mark traten, so daß Hertwig insgesamt 3500 Mark persönlich zu fordern hatte. Kunze zahlte dem Hertwig aber nur die Hälfte aus und steckte die andere Hälfte (1750 Mk.) ein, und zwar angeblich für seine Bemühungen um die Beschaffung der 50 000 Mark. Ueber den Hergang der Sache hat Hertwig folgendes erklärt:

„Eidesstattliche Versicherung.

Ich versichere an Eidesstatt folgendes: Ich hatte seinerzeit dem Verlag Deutsche Bürgerkunde G. m. b. H. (Staatsbürger-Zeitung") ein bares Darlehen von 3500 Mk. gegeben. Als bald darauf dieser Verlag sein Kapital um 50,000 Mk. erhöhte und der Generalsekretär der deutschkonservativen Partei, Richard Kunze zu Friedenau, Beckerstraße 7, zum Geschäftsführer des Verlages ernannt wurde, zahlte er mir das Darlehn zurück und zog sich aber die Hälfte (1750 Mk.) ab dafür, daß er mir das Darlehen wieder zurückzahlte. Kunze suchte es später als Provision für die Beschaffung der 50.000 Mk. darzustellen, was aber den Tatsachen nicht entspricht.

Er wollte mich sogar verleiten, daß ich dem Geldgeber gegenüber 5000 Mk., anstatt der wirklichen 3500 Mk., in Anrechnung bringen sollte und mich dann mit der Hälfte — 2500 Mk. — begnügen sollte, worauf ich nicht einging.

H. Hertwig, Lankwitz, Luisenstraße 26a."

In einer früheren Erklärung schildert Kunze den Hergang anders, und zwar ebenfalls eidesstattlich:

„... Herr Hertwig hatte mir vielmehr erklärt, daß er an die Gesellschaft Deutsche Bürgerkunde eine Forderung von 3500 Mk. habe, und wir waren übereingekommen, daß ich die Hälfte dieser Summe als Lohn für meine Bemühungen erhalten sollte, wenn es mir gelänge, die Gesellschaft neu zu finanzieren und damit sein ganzes Geld zu retten. Herr Hertwig hatte mir aber verschwiegen, daß er sich selbst 2000 Mk. von der Gesellschaft geborgt hatte. Das erfuhr ich erst viel später von Herrn Witte. Hätte mir Herr Hertwig seine wahren finanziellen Beziehungen zur Gesellschaft mitgeteilt, so hätte ich weder diese Provision angenommen, noch für die Auszahlung dieser 3500 Mk. Sorge getragen. Es ist unwahr, daß ich Herrn Hertwig für den Plan gewinnen wollte, sich 5000 Mk. mit mir zu teilen ... Herr Hertwig hatte mir sein Ehrenwort gegeben, über die Provision überhaupt nicht zu sprechen. Ich hatte dies gewünscht, weil ich nicht gewohnheitsmäßig Geld verteilte. Das Ehrenwort hat Herr Hertwig gebrochen ...

Friedenau, den 27. Oktober 1912.

Richard Kunze, Generalsekretär."

Herr Kunze ist übrigens inzwischen aus der „Staatsbürgerzeitung" ausgeschieden, wie er früher aus der freisinnigen Partei ausschied, deren Stadtverordneter er in Schöneberg war.

Jagow über Bethmann!

Wie der „Roland von Berlin" zu berichten weiß, ist der Polizeipräsident v. Jagow im Kreise seiner Gesinnungsgenossen jetzt ein vielgefeierter Mann. Der Kronprinz hat jüngst zu seinen Ehren ein Diner gegeben, auf einstimmigen Wunsch der Teilnehmer wurde er auch zum Festmahl der kommandierenden Generäle eingeladen, und als er am selben Abend beim Liebesmahl eines Berliner Garderegiments erschien, wurde er von den Leutnants auf den Tisch gestellt und mit dreimaligem Hoch gefeiert.

Das Militär hat die Gesetze überschritten, sagt Bethmann. Da werden die Offiziere freigesprochen und Reuter kriegt einen Orden.

Das Verhalten des Polizeipräsidenten bedarf der Korrektur, läßt Bethmann die „Norddeutsche" schreiben. Da veranstaltet der Kronprinz zu Ehren des Polizeipräsidenten ein Diner.

Jagow auf dem Tisch, Bethmann unterm Tisch!

Auch in Württemberg ist kein Zabern möglich.

Ueber die Frage, unter welchen Voraussetzungen die militärischen Befehlshaber zur Unterdrückung innerer Unruhen einzuschreiten befugt sind, ist der württembergische „Staatsanzeiger" in der Lage, nachstehendes mitzuteilen:

Die Bestimmungen über die Verwendung des Militärs bei inneren Unruhen im Reiche sind keine einheitlichen. In Württemberg darf ein Eingreifen des Militärs nur nach vorangegangener Aufforderung der zuständigen Behörde erfolgen. Diese Vorschrift, die sich auf württembergischem Gesetz vom 28. August 1849, betreffend Aufgebot der bewaffneten Macht gegen Zusammenrottungen und Aufruhr, gründet, ist für alle in Württemberg stehenden Offiziere, also auch für die hierher kommandierten anderer Kontingente, ausschließlich maßgebend.

Selbst Preußen dürfen also in Württemberg nicht auf eigene Faust wüten.

Strafverfahren gegen den „Elsässer". Gegen den Redakteur des „Elsässer" in Straßburg hat nunmehr die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Verleitung bezw. Anstiftung zum militärischen Komplott eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Berichterstattung über die bekannten Vorfälle in Zabern, zu welcher der Redakteur die inzwischen zu Arreststrafen verurteilten elsässischen Rekruten veranlaßt hatte. Termin findet in dieser Sache bereits Anfang Februar vor der Straßburger Strafkammer statt.

Ein Gegenstück zum Fall Zabern. Im Kreise Hagenau meldete sich im vergangenen Jahre ein junger Bauernbursche freiwillig zu den Saarburger Ulanen. Eines Abends im September gab es in einer Wirtschaft Streitigkeiten, in deren Verlauf der junge Bursche zu dem Ortslehrer sagte: Du bist ja ein Schwob! — Der Lehrer hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Bezirkskommando in Hagenau dies zu melden und darum zu ersuchen, den bereits zu den Saarburger Ulanen angesehenen jungen Mann zu den „Schwaben" auszuheben. Der Lehrer bekam vom Bezirkskommando die Antwort, daß der Versetzung des Freiwilligen nach Möglichkeit Rechnung getragen werde; ferner wurde der Lehrer aufgefordert, ähnliche Angelegenheiten, die er und seine Kollegen wahrnehmen, dem Bezirkskommando zu melden, wofür man stets dankbar sein werde. Unterzeichnet war der Brief „M for v. Duisburg". Der zu den Saarburger Ulanen ausgehobene junge Mann muß jetzt seine Dienstzeit in Hannover verbringen.

Das 99. Regiment. Die „Straßburger Post" läßt sich aus Zabern melden, den Offizieren des 99. Infanterie-Regiments sei mitgeteilt worden, daß das erste und zweite Bataillon auf den Truppenübungsplätzen Oberhofen bezw. Bitsch bis zum 1. Oktober verbleiben und daß an diesem Termin das Regiment in einen neuen Garnisonort verlegt wird. Wie man höre, sei Straßburg in Aussicht genommen. Einige Offiziersfamilien hätten bereits den Hausrat aufgelöst und seien vorläufig abgereist.

Er dankt bestens. Der elsässische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Burger war auf Grund seiner Auslassungen über die Zaberner Vorkommnisse im Landtag vom Bezirkskommando Straßburg zu einem eingehenden Bericht aufgefordert worden. Diese Maßnahme beantwortete der Abgeordnete mit der Einreichung des Abschiedsgesuchs als Reservelieutenant der Feldartillerie. Jetzt kann sich das Bezirkskommando seinen Bericht suchen.

Gegen die Säbelherrschaft — für die Aufhebung der Kriegsgerichte! Mit dieser Tagesordnung fanden am Sonntag in Mülhausen i. E. zwei öffentliche Protestversammlungen gegen die Freisprechung des Obersten v. Reuter, des Leutnants Schad und des Leutnants v. Forstner durch die Straßburger Militärjustiz statt. Reichstagsabgeordneter Genosse L. Emmel und Bezirkstagsmitglied Genosse A. Wicky erhoben vor über 8000 Personen flammenden Protest gegen die neuen Herausforderungen des Volkes durch die Militärpartei. In der angenommenen Resolution nahmen die Versammlungen mit Entrüstung Kenntnis von dem Freispruch der Offiziere, die in Zabern das Recht der militärischen Säbelherrschaft proklamierten und die vom Volk geschaffenen Rechte hohnlachend niedertrampelten. Aehnliche Versammlungen fanden am gleichen Tage an der elsässisch-schweizerischen Grenze in Hüningen, St. Ludwig und Buschwetter statt, wo u. a. der Reichstagsabgeordnete Genosse Böhle-Straßburg sprach. In Mülhausen i. E. duldete die Polizei das Anschlagen der Versammlungsplakate erst, als die Worte „Gegen die Säbelherrschaft" darauf durch eine dicke schwarze Linie ersetzt waren. Denn die Säbelherrschaft ist den Zivilbehörden trotz aller im Falle Zabern empfangenen Schläge anscheinend heilig.

Ein Schutzzöllnertag im Dreiklassenhause! Das Dreiklassenhaus hat am Dienstag die Generaldebatte über den Landwirtschaftsetat zu Ende geführt. Der konservative Doesch, der sogenannte Nationalliberale Schifferer, der Freikonservative Graf Moltke unternahmen gemeinsam einen Generalsturm im Sinne des Bundes der Landwirte. Da der Zeitpunkt heranrückt, an dem die Handelsverträge erneuert werden müssen, verstärken sich die Klagen über das furchtbare Elend, in dem unsere Großgrundbesitzer zu leben nun schon einmal verurteilt sind. Man will eben gern noch mehr herausschlagen, als das seinerzeit nach dem Ende der Caprivischen Verträge und mit Hilfe des durch einen Rechtsbruch im Reichstag durchgesetzten Wucherzolltarifs der Fall war. Der übertriebenen Schutzzöllnerei trat der Fortschrittler Dr. Pachnicke ziemlich entschieden entgegen, aber an positiven Vorschlägen brachte er doch nur den auf Ermäßigung der Futtermittelzölle. Der nächste Redner wäre unser neugewählter Genosse Hofer, bekanntlich selbst Besitzer eines größeren landwirtschaftlichen Gutes, gewesen. Aber nach gewohnter Methode schnitt ihm die Mehrheit das Wort ab, obgleich die Schutzzöllner einer nach dem anderen gegen die gestrige Rede unseres Genossen Braun polemisiert hatten.

Die preußische Landesorganisation der fortschrittlichen Volkspartei tagte am Sonntag im preußischen Abgeordnetenhause. Zur Wahlrechtsfrage wurde nach einem Referat des Abgeordneten Dr. Pachnicke eine Resolution angenommen, die unter ausdrücklicher Betonung des grundsätzlichen Standpunktes sich mit dem Versuch einverstanden erklärt, zunächst eine Mehrheit für die direkte und geheime Wahl im Abgeordnetenhause zu gewinnen, und die die Parteigenossen im Lande aufforderte, den unerschütterlichen Willen zur Erringung eines gerechten Wahlrechts darzutun.

Ueber die Frage „Die Stellung Preußens im Reich" wurde einstimmig eine von dem Abgeordneten Dr. Wiemer vorgelegte

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

78] (Nachdruck verboten.)

Und als ob alle Genien der Lust und des Scherzes ihn umschwebten, flog Ottomar durch die Gesellschaft, die älteren Herrschaften um Entschuldigung zu bitten, wenn sie sich jetzt im Interesse der jungen Leute, die noch ein wenig tanzen wollten, zusammendrängen müßten, bis der Speisesaal wieder ausgeräumt sei; die Kameraden aufscheuchend, die kostbare Zeit zu benutzen und sich zu engagieren, falls sie so unvorsichtig gewesen sein sollten, es bis jetzt noch nicht zu tun; den jungen Mädchen die erfreuliche Kunde bringend, daß ein Damenwalzer den Schluß bilden würde mit völligem Orden, und daß auf seiner Brust noch für mehr als einen Platz sei — und da wurden auch schon die Türen aufgerissen, aus dem ausgeräumten Saal erschallen die Klänge einer lustigen Polka, und: — „Sie tanzen doch mit mir, Carla?" rief Ottomar, und, ohne ihre Antwort abzuwarten, seinen Arm um sie schlingend, flog er mit ihr in den Saal hinein, gefolgt von den anderen Paaren, die sehnlich auf diesen Augenblick gehofft hatten.

„Sind Sie nicht engagiert?" fragte eine tiefe Stimme hinter Reinhold.

Reinhold wandte sich: „Nein, Herr General!"

„Sind Sie kein Tänzer?"

„Doch, Herr General; aber der Herr General hatten die Güte, mir zu sagen, daß Sie mit mir zu sprechen wünschten; ich wollte mir eben erlauben —"

„Das ist sehr liebenswürdig von Ihnen; auch kam ich, Sie mir zu holen."

„Ich bin zu Ihren Befehlen, Herr General."

„Kommen Sie!"

Der General blieb trotzdem stehen. Der Anblick des Saales, welcher jetzt von den Tanzenden fast gefüllt war, schien ihn zu interessieren und zu fesseln. Reinhold, der unwillkürlich die Richtung, in welcher der General Blicke aufgenommen, folgte, die Augen besonders auf Ottomar heften ließen, der mit Carla unter dem Deckenleuchter in der künstlichen Dekolonnen, die wir beim Beginn beschrieben, herumwirbelte. Ein Lächeln flog über das ernste, strenge Gesicht; dann, wie aus einem Traum erwachend, strich er sich mit der Hand über die Stirn und sagte: „Kommen Sie!"

Er nahm seinen Arm in Reinholds Arm und ging so mit ihm aber durch den großen Salon, vorüber an einer Gruppe, die sich um die Baronin Rollenrade gesammelt hatte. Die Baronin hielt mitten in ihrer Rede inne, ihre Pfauenaugen-Augen schienen über die Kurzsichtigkeit, mit welcher der General den jungen Reserveoffizier herzlich, beinahe zärtlich zu fesseln. — „Glück Du immer!" dachte Reinhold, während sein Herz stolz aufwallte; — „und gebe nur Gott, daß ich mich der Ehre würdig machen kann!"

Sie waren in das kleine Kabinett getreten, in welchem vorhin über Wagner so heftig debattiert wurde. Das Kabinett war leer.

„Setzen wir uns!" sagte der General, indem er selbst auf einem Fauteuil Platz nahm und Reinhold an seine Seite winkte; „ich will Sie nicht lange aufhalten."

„Ich bin wirklich nicht pressiert, Herr General, ich bin nur einmal engagiert zu einem späteren Tanz — mit Ihrem Fräulein Tochter."

„Das ist recht", sagte der General, — „Else ist Ihnen Dank schuldig; und dabei bin ich selbst schon wieder im Begriff, Ihre Güte ein Anspruch zu nehmen. Um es in einem Wort zu sagen: Sie haben vorhin mit dem Oberst Sattelstädt und mit Schönau gesprochen und den Herren Ihre Ansicht über die bewußte Frage ausführlich dargelegt. Die Herren sagen beide, daß Ihre Auseinandersetzungen ihnen ganz neue Gesichtspunkte gegeben hätten, die von der größten Wichtigkeit schienen und die Frage in den Augen aller, die überhaupt sehen könnten, entscheiden müßten: in unserem, das heißt, in meinem und der beiden Herren Sinne, die wir leider mit unserer Ansicht etwas vereinzelt dastehen und alle Ursache haben, uns nach Bundesgenossen umzusehen. Ich bitte Sie nun, in unser aller Namen, dieser Bundesgenosse zu sein und uns ein schriftliches Elaborat über die Angelegenheit anfertigen zu wollen, von welchem wir unumschränkten Gebrauch machen dürfen. Korken und sonstige Hilfsmittel, die Sie irgend wünschen mögen, wird Ihnen Schönau, mit dem Sie sich hierfür ins Vernehmen setzen würden, bereitwilligst zu Gebote stellen. Die erste Frage ist nun: wollen Sie uns den Gefallen erweisen?"

„Ganz gewiß, Herr General, — und ich werde meine ganze Kraft daran setzen."

„Ich war im voraus davon überzeugt, aber ich glaube, Sie auf etwas aufmerksam machen zu sollen. Der Präsident von Sanden hat mir gesagt, daß er auf Sie reflektiere, und meine Else mir mitgeteilt, daß Sie nicht abgeneigt sind, auf des Präsidenten Wünsche einzugehen und die betreffende Stelle anzunehmen. Die Stelle ressortiert nicht vom Kriegsminister; aber Ihre Relation wird böses Blut machen in mehr als einem Ministerium, und wir könnten in die Lage kommen, den Namen unseres Bundesgenossen nennen zu müssen — haben Sie daran gedacht?"

„Nein, Herr General, aber ich habe mich meines Namens nie geschämt und, Gott sei Dank, niemals Ursache dazu gehabt; von dem Augenblicke, wo er in dieser Gemeinschaft und in dieser Sache genannt wird, würde ich glauben, stolz darauf sein zu dürfen."

Der General nickte.

„Und nun noch eines: die Sache pressiert — sehr. Wann denken Sie, mit der Relation zustande kommen zu können?"

„Wenn ich morgen Vormittag mit Herrn von Schönau konferieren darf — bis übermorgen früh."

„Da würden Sie die Nacht zu Hilfe nehmen müssen."

„Ich bin ein guter Schläfer, Herr General — und ein guter Wacher."

Der General lächelte.

„Ich danke Ihnen, lieber Schmidt."

Es war das erste Mal, daß er Reinhold mit jener Vernachlässigung der Form anredete, durch welche höhere Offiziere jüngere Kameraden auszeichnen. Er hatte sich erhoben; seine sonst so strengen Augen ruhten mit einem fast väterlichen Wohlwollen auf dem jungen Mann, der, errötend vor Glück und Stolz, dastand.

„Und nun gehen Sie und seien Sie noch eine Stunde vergnügt mit der Jugend; Sie sind ja selber, Gott sei Dank, noch jung genug. Da kommt mein Sohn, gewiß, um Sie zu holen."

„In der Tat", sagte Ottomar, der aufgeregt, eilig in der Tür erschien; — „ich bitte um Entschuldigung; aber Else —"

„Schnell, schnell!" sagte der General.

Ottomar zog Reinhold fort.

Der General blickte den beiden jungen Männern sinnend nach: „Schade, schade" — murmelte er; „aber man kann nicht alles zu gleicher Zeit haben, und wenn Ottomar — was gibt es?"

„Der Brief wurde soeben abgegeben."

„Ein Brief? Jetzt? Wie ist das möglich?"

„Das Haus ist offen, Herr General; der Mann, der ihn brachte, sagte, es wäre sehr gut gewesen, sonst hätte er schellen müssen; es sei sehr eilig."

„Wunderlich!" sagte der General, den Brief, welchen er dem Diener abgenommen, betrachtend.

Es war ein großer, geschäftsmäßig zusammengefaltener Brief und die Aufschrift in einer kaufmännischen Hand.

„Wunderlich!" sagte der General noch einmal. Er hatte mechanisch den Brief erbrochen und begann zu lesen. — „Was war das?" — er strich sich über die Augen und blickte wieder hinein: aber da stand es noch immer ganz deutlich, in ganz deutlichen, frechen Worten. Sein Gesicht wurde dunkelrot.

„Befehlen der Herr General noch sonst etwas?" fragte August, der noch gewartet hatte, ängstlich.

„Nein, nein! Nichts, nichts! Du kannst gehen", murmelte der General, indem er den Brief finster hielt und zusammenfalten zu wollen schien.

Aber der Diener hatte sich kaum entfernt, als er wieder hineinblickte, um zu Ende zu lesen. Und jetzt zitterte der starke Mann vom Kopf bis zu den Füßen, während er, sich scheu umblickend, den Brief schnell zusammenfaltete und, die Uniform aufreißend, in die Tasche steckte.

„Der Unglückliche!" murmelte er.

(Fortsetzung folgt.)

Resolution angenommen, in der erklärt wird, Preußen könne seiner Hauptaufgabe, die führende Macht des Reiches zu sein, nur noch Durchführung notwendiger Reformen und freiheitlicher Ausgestaltung der Staatseinrichtungen gerecht werden. Der einseitige preußische Partikularismus der Konservativen erschwere den Ausbau des Staatswesens und gefährde die Reichseinheit. Die Parteigenossen werden ersucht, für Schutz und Stärkung des Reiches unter Aufrechterhaltung seiner bundesstaatlichen Grundlagen einzutreten und alle Versuche, den preußischen Staatsgedanken zum Vorteil reaktionärer Machtgelüste zu mißbrauchen, mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Reichsverbandsgeneral v. Liebert ist im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis Borna vom Verein „reichs- und königstreuer Wähler" für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl wieder als Kandidat aufgestellt worden. Er wird, wie die „Post" mitteilt, von den „vereinigten Reichsparteien" und von einem Teil der Nationalliberalen unterstützt werden.

Ausland.

Francis de Pressensé gestorben.

Francis de Pressensé, der von 1902 bis 1910 der sozialistischen Fraktion der französischen Deputiertenkammer angehörte, ist am Dienstag gestorben. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der auch, wenn er nicht Sozialist gewesen wäre, unsere wärmste Sympathie und unseren höchsten Respekt verdient hätte. Aus zwei Gründen vor allem: Er war ein begeisterter Vorkämpfer des Rechts und er war ein beredter Anwalt des Gedankens der deutsch-französischen Annäherung. Als seinerzeit die nationalistisch-antisemitischen Wogen in Frankreich hochgingen, trat er ohne Bedenken auf die Seite des Hauptmann Dreyfus und von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Gegner des Unrechts, das eine mißleitete Justiz und die sogenannte Staatsraison begehen, sich zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen müssen, gründete er im Jahre 1903 die bekannte Liga zur Verteidigung der Menschenrechte. Und gegen den Strom des Chauvinismus schwamm der Anhänger einer Verständigung zwischen den beiden in so zahlreichen Beziehungen aufeinander angewiesenen Nachbarvölkern auch schon zu einer Zeit, wo die Revanche-Idee in Frankreich noch lebendiger war als heute.

Pressenses Tod reißt eine Lücke, aber der Sechzigjährige konnte mit dem Bewußtsein sterben, daß die Saat, die er ausgestreut hat, aufgegangen ist und das letzte Jahr hat Beweise genug dafür erbracht, daß die Kriegsschreier in Frankreich die öffentliche Meinung noch weniger hinter sich haben als ihre Berufskollegen in Deutschland.

Fast wirkt es wie ein Symbol, daß an dem Tage, wo Pressense starb, der Präsident der französischen Republik Poincaré zum Diner auf der deutschen Botschaft erschien. Wir Sozialdemokraten stehen sicher nicht in dem Verdacht, daß wir Diners besuchen und ähnlichen diplomatischen Höflichkeiten eine übertriebene Bedeutung beimessen, aber die Visite Poincarés fällt doch aus dem Rahmen der üblichen gesellschaftlichen Begebenheiten insofern heraus, als es das erste Mal ist, daß ein Präsident der französischen Republik der deutschen Botschaft diese Ehre erweist.

Mars auf dem Gimpelfange.

Aus London wird uns geschrieben: Der Gott, der im Deutschen Reich die Stunde regiert, mag in seinem Triumphe mit wehmütigem Mitleid auf seinen Bruder in England herüberblicken, den so schwere Zeiten befallen haben, daß er auf die fragwürdigsten und nicht einmal standesgemäßen Kniffe angewiesen ist, um sich am Leben zu erhalten. Das arme England ist offenbar dem Verfall und Untergang nahe. Was soll auch aus einem Volke werden, in dem der patriotische Stolz in seine glorreiche Armee, die mannhafte Liebe und Verehrung für das ruhmvolle Kriegshandwerk ganz ausgestorben zu sein scheinen? Die zarten Ueberredungskünste und einladenden Freischnäpse der auf den Straßen auf arbeitslose Jünglinge lauernden Rekrutierungssergeanten beginnen zu versagen. Die edelste Arbeiterjugend Englands läßt sich mit diesen bewährten Mitteln der guten alten Zeit nicht mehr in die Kasernen locken. Und in seiner Not wird Mars ganz modern und bürgerlich, verschmäht nicht das Inseratenteil der Presse und ruft auf diesem sonst nicht mehr ungewöhnlichem Wege so aufdringlich wie nur irgendein Krämer Kunden herbei.

In allen vom „Volke" gelesenen Tageblättern erscheint soeben ein mächtiges vielzeiliges Inserat der englischen Heeresverwaltung, um Rekruten anzulocken. „Was die Armee bietet!", heißt es, und die Antwort muß manchem hungrigen Arbeiterjüngling nur zu verlockend erscheinen: „gute Löhne, gute Nahrung und einzigartige Gelegenheiten für Sport und Spiele". Das ist gewiß mehr, als kapitalistische Lohnsklaven in der Regel zu erwarten haben. Und Mars scheut sich nicht, sogar ein bißchen den sozialistischen Agitator und Aufwiegler zu spielen, um sich das junge Fleisch zu sichern. Er fragt:

„Was verdienst Du jetzt und was sind Deine Aussichten im bürgerlichen Leben? Kannst Du mit Gewißheit hoffen, mehr als 25 Schilling die Woche in der Stadt oder 20 Schilling auf dem Lande zu verdienen? Und selbst bei diesen Löhnen, was bleibt Dir am Ende der Woche, nachdem Du Deine Logismiete, Deine Fahrspesen nach und von der Arbeitsstelle, Deine Nahrung, Deine Versicherungsbeiträge, Deine Kleider und Stiefel, die Du bei und nach der Arbeit trägst, bezahlt hast? — Und nun betrachte einmal den Soldaten..." Folgt die Schilderung des Soldes, der so hoch ist, daß ein Soldat sich nach siebenjährigem Dienst mit Leichtigkeit 100 Pfund Sterling ersparen könne. Und dazu noch die häufigen Ferien und Urlaubszeiten bei vollem Solde!

„In der Armee", heißt es weiter, „hat man die besten Gelegenheiten für alle Arten von Sport und Spielen, wie man sie in keinem anderen Berufe so gut bekommen kann. Der Soldat wird ermutigt, Cricket, Fußball, Hockey, zu spielen, und dazu werden in allen Garnisonen Spielplätze zur Verfügung gestellt. In den meisten Garnisonen gibt es wohlausgestattete Turnsäle, und körperliche Uebungen und Entwickelung werden von den besten Sachverständigen geleitet ... Der Soldat hat die besten Gelegenheiten, kostenfrei die Welt zu sehen. Die britische Armee hat Garnisonen in allen Teilen des Weltreichs, sowie in Gibraltar, Malta, Aegypten, Hongkong, den Kanalinseln, Indien, Westindien, Südafrika und andere Gegenden, die er alle besuchen kann." In allen Kasernen gibt es Erholungszimmer mit Billardtischen, Zeitungen und Zimmerspielen, gute Bibliotheken, Konzerte und sonstige Darbietungen, wo lokale und sonstige Talente auftreten. „Spielen sind besser und es gibt mehr Gelegenheiten, als im Zivilleben; das Essen ist von ausgezeichneter Qualität; es ist gut gekocht und es gibt immer genug."

— Wem da nicht das Wasser im Munde zusammenläuft! Und dazu noch die leichten Promotionen und die vielen Gelegenheiten zu Auszeichnungen! Und wem diese Schilderung noch nicht genügt, dem wird in einer 32 Seiten starken illustrierten Broschüre, die ihm auf unfrankiertes Schreiben frei ins Haus geschickt, nähere Auskunft erteilt.

Das Inserat erscheint auch im „Daily Citizen", dem Arbeiteragitatt, ohne Kommentar. Vielleicht meinte unser Bruderblatt, daß das Inserat schon selber Bände spricht, und daß seine Leser keines Kommentars bedürfen, um es im richtigen Sinne aufzufassen. Es wäre indessen wohl doch nicht überflüssig gewesen, einige der Lücken auszufüllen, die diese Schilderung der Soldatenlaufbahn aufweist. Wie steht es mit der Pest und den Seuchen, den tapferen Kriegen gegen Eingeborenenstämme, Schießen auf Streikende in England oder Südafrika und — im ehrwürdigen Alter — die Orgel drehen auf den Straßen von London?

Der General gegen die Auswüchse der Mode. Der Budapester Platzkommandant General Fekete hat an die Truppenkommandanten, Militärbehörden und an die Chefs der Militärinstitute eine Verordnung herausgegeben, in welcher den Herren Offizieren und Militärbeamten der Befehl gegeben wird, ihre Damen von Mode-Exzentrizitäten zurückzuhalten. Die Offiziersdamen werden ersucht, sich innerhalb gewisser Grenzen in ihrer Kleidung zu bewegen. Angeblich soll der General bei einer kürzlich abgehaltenen Festlichkeit in Offizierskreisen die Toiletten der Damen zu sehr abweichend von den Anforderungen einer strengen Descenz gefunden haben.

* * *

Ein Attentat in Kapstadt. Am Montag abend wurde in Kapstadt der Unterdirektor der Kriminalpolizei beim Absteigen von der Straßenbahn erschossen. Zwei Personen sind verhaftet.

* * *

Die Lage in Mexiko. Nach einer Meldung der „Tribune" hat der deutsche Konsul Weber in Juarez die Deutschen aufgefordert, ihre Abreise vorzubereiten.

* * *

Indianer auf dem Kriegspfade. In dem Staate Pueblo befinden sich die Sarraño-Indianer wieder auf dem Kriegspfade. Man befürchtet, daß die Verbindung zwischen Veracruz und der Stadt Mexiko abgeschnitten wird. Die Revolte der Indianer soll mit der Bewegung der Konstitutionalisten zusammenhängen.

Gewerkschaftliches.

Abstieg der Zentralverbände und Aufstieg der gelben Werkvereine.

Die Scharfmacherpresse und ihre Nachtreter fabulieren jetzt über den „Rückgang der freien Gewerkschaften", über den „Abstieg der sozialdemokratischen Verbände", und wie die Kapitelüberschriften sonst heißen. Die Mitteilung aus unseren eigenen Reihen daß im 3. Quartal 1913 gegenüber dem Vorjahre ein Mitgliederrückgang von 20.000 zu verzeichnen war, der sich möglicherweise im 4. Quartal noch erhöht haben kann, gibt den Anlaß für diese prophetische Kurzweil bürgerlicher Journalisten. Sie haben zum Ueberfluß noch gehört, daß die Gewerkschaften große Hoffnungen auf das Jahr 1913 gesetzt hätten, das den Verbänden einen größeren Mitgliederzuwachs bringen sollte. Was doch die Leutchen nicht alles wissen! Als die Krise im vorigen Jahre so stark einsetzte, konnte wohl kein verständiger Mensch mit einer Mitgliederzunahme rechnen. Die Geschäftskonjunktur hat noch immer einen starken Einfluß auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften ausgeübt. Ein Blick auf die Statistik über die Entwickelung der deutschen Gewerkschaften hätte selbst den Scharfmacher-Journalisten diese Erkenntnis aufzwingen müssen. Ablesen war nur die Jahre der letzten großen wirtschaftlichen Depression heraus. Im Jahre 1907 war schon der Mitgliederzugang nicht so groß wie in den Vorjahren. 1908 aber sank die Mitgliederzahl rapid, um 33 775, ein Rückgang, der im Jahre 1913 wahrscheinlich nicht größer sein wird trotz der viel schlechteren Wirtschaftskonjunktur. Und auch im Jahre 1909 war die Zunahme der Mitgliederzahl keine riesenhafte, erst in den nachfolgenden drei Jahren stieg die Zahl, im Jahre 1912 allerdings schon wieder etwas mäßiger, weil hier schon der wirtschaftliche Niedergang einsetzte.

Auch damals frohlockten unsere Gegner über unseren Stillstand und Abstieg, um nachdem doch bald zu verstummen. Das gleiche Schicksal wird ihnen auch diesmal bescheiden sein.

Dem Abstieg der freien Gewerkschaften stellen die Scharfmacherblätter den Aufstieg der gelben Werkvereine gegenüber. Welch ein Wunder, wenn es in der Tat so wäre! Nie ist der Arbeiter leichter in die gelben Werkvereine hineinzuzwingen, als wenn die Entlassung und folgend lange Arbeitslosigkeit ihm droht. Viele sind leider gezwungen, gegen ihren Willen Mitglieder bei den Wirtschaftsfriedlichen zu werden, um ihre Arbeit nicht zu verlieren. Wirtschaftliche Not nagt auch an der festesten Ueberzeugung und Gesinnung. Wird das ganze Sammelsurium der Gelben Vereine, Berliner und Augsburger Richtung, zusammengerechnet, so sollen rund 160 000 Mitglieder zusammenkommen, gleich einer Zunahme von 50 000 in einem Jahre, oder 45 Prozent. Im Ruhrrevier und an der Wasserkante soll das gelbe Geschäft besonders blühen. Daneben ist im letzten Jahre besondere Sorgfalt auf die Gewinnung jugendlicher Arbeiter zur gelben Fahne verwendet worden, mit dem Erfolge, daß die inzwischen gegründete „Nationale Arbeiterjugend", das Organ der Jugendabteilungen, 4000 Leser hat; insgesamt sollen die gelben Werkvereine 7000 jugendliche Arbeiter umfassen.

Die Freude aller Scharfmacher und der ihnen verwandten Seelen ist daher eine große. Sie wiegen sich in der Hoffnung, die freien Gewerkschaften bald verschwinden und den gelben Phönix aus ihrer Asche emporsteigen zu sehen. Feilschen wir nicht um die verschiedenen Tausend unter den Gelben, die Papiersoldaten sind, die überhaupt nicht Arbeiter sind. Noch wird es gute Weile haben, bis die Wirtschaftsfriedlichen sich neben den zweieinviertel Millionen Mitgliedern der Zentralverbände werden sehen lassen können. Blieb jedoch eine hohe Gönnerschaft der Staatsbehörden den Gelben abhold und würden sie nicht durch „sanften Druck" der Unternehmer gefördert, dann wollten wir einmal sehen, wie es mit ihrem viel gepriesenen „Aufstieg" bestellt wäre. Eine freie Entwickelung und ein freies Koalitionsrecht würden ein wesentlich anderes Bild der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland zeigen.

Stadt und Bezirk.

Einen schönen Achtungserfolg erzielten die im deutschen Gastwirtsgehilfenverband organisierten 18 Kellner des Cafés Schlangebad in Köln. Bisher waren sie unter ungünstigen Verhältnissen beschäftigt. Sie verlangten Zahlung eines monatlichen Gehalts und Abschaffung verschiedener Mängel. Nach längeren Verhandlungen wurden die gestellten Forderungen bewilligt.

Deutsches Reich und Ausland.

Die arbeitslosen Tischler und der Oberbürgermeister von Berlin. Am Dienstag begaben sich acht arbeitslose Holzarbeiter unter Führung des Stadtverordneten Th. Blecke zum Oberbürgermeister. Genossen teilt uns mit, daß in Berlin über 2200 Holzarbeiter ohne Beschäftigung, das heißt jeder fünfte Tischler ist arbeitslos. Tischler, die dreißig Wochen ununterbrochen [illegible] hätten sich beim letzten großen Schneestall [illegible] abgewiesen worden. Oberbürgermeister Wermuth versicherte, daß er alles tun würde, um die Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Hochbauverwaltung hat [illegible] Millionen Mark voraus zu bauen [illegible] Diese gesetzliche Maßnahme [illegible] Tage, wirksam zu werden. Deshalb [illegible] Eingabe an den Reichstag gewandt.

Zum Streik in der Berliner Etuibranche. Schon 16 Wochen währt der Kampf in dieser Branche, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Unternehmer machen in der letzten Zeit verzweifelte Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Daher ist auch fernerhin jeglicher Zuzug nach den Berliner Etuibetrieben fernzuhalten und Streikarbeit zu verweigern.

Die Arbeiterausschußwahlen auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven haben mit einem vollen Siege der Liste der freien Gewerkschaften geendet. Es wurde zum ersten Male nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Die Hirsch-Dunckerschen paktierten mit den Gelben, die christlichen Gewerkschaften gingen selbständig vor. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 4402 Stimmen, somit 17 Vertreter, auf den Hirsch-Dunckerisch-nationalen Mischmasch 942 Stimmen, somit 4 Vertreter und auf die Christlichen 173 Stimmen, somit einen Vertreter. 188 Stimmen waren ungültig. In den Stimmen des Mischmasches stecken die der Werkfeuerwehr- und Schutzleute, sowie die der Monatslöhner, Schreiber usw., kurz alle jene, die in einer sogenannten „gehobenen Stellung" sich befinden. Die Wahlbeteiligung betrug 90 Prozent der Wahlberechtigten.

Aussperrung in der Münchener Schuhindustrie. Die Münchener Schuhfabrikanten haben den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen die Kündigung für den 23. Januar zugehen lassen. Die wenigen nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich mit ihren organisierten Kollegen solidarisch erklärt und haben ebenfalls die Kündigung eingereicht. — Der Streik in der Reinstetter'schen Schuhfabrik dauert nach wie vor fort. Die Ausständigen befinden sich in der Abwehr bedeutender ihnen zugemuteter Verschlechterungen. Die verzweifelten Anstrengungen der Unternehmer, Arbeitswillige zu bekommen, waren bisher vergebens. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Fabrikschuhmachern, Steppterinnen usw. nach wie vor fernzuhalten.

Noch kein Ende des Dubliner Streiks. Die Meldung aus Dublin, daß der Streik abgebrochen ist, hat sich als falsch erwiesen. Die Streikleitung beschloß nur, den Dockern zu erlauben, wieder anzufangen. Dies ist geschehen, und die Streikbrecher sind entlassen worden.

Parteiangelegenheiten.

In Sibirien gestorben.

Aus Sibirien kommt die traurige Nachricht vom plötzlichen Tode eines Mitgliedes des Petersburger Arbeiterdelegiertenrats, des Genossen Peter Alexandrowitsch Sydnew.

Der Verstorbene nahm bedeutenden Anteil an den großen Ereignissen des Jahres 1905. In den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat wurde er von einer der größten Fabriken gewählt, von den Obuchow'schen Metallwerken. Ein besonnener Mensch mit ruhiger und fester Entschlossenheit war er dank einer angeborenen Bescheidenheit jedem äußerlichen Hervortreten abgeneigt, gerade diese seltenen Eigenschaften haben ihn zum beliebtesten Delegierten in den weitesten Schichten der Petersburger Arbeiterschaft gemacht. Zwei Tage nach dem geschichtlichen 17./30. Oktober — dem Tage der Verkündung der russischen Verfassung — wurde er in die Delegation bestimmt, die der Arbeiterdelegiertentag zum damaligen Premierminister Witte entsandte mit der Aufforderung, die Tags vorher beim Umzuge verhafteten Demonstranten unverzüglich auf freien Fuß zu setzen. Der damalige Leiter der russischen Regierungsgewalt versprach, die Forderung des Arbeiterdelegiertenrats sofort zu erfüllen, und er hielt Wort. Aber sieben Wochen später — auf Anordnung desselben Witte! — schossen sich hinter Sydnew und den übrigen Mitgliedern des Petersburger Arbeiterdelegiertenrats die eisenbeschlagenen Gefängnistüren.

Im fernen Sibirien, wohin er zur lebenslänglichen Ansiedlung verbannt worden war, hat Sydnew ein frühes Grab gefunden. Die russische Arbeiterklasse, deren Drang nach Freiheit er in verantwortlicher Stellung treu und ehrenhaft zum Ausdruck gebracht hat, steht an seinem Grabe in tiefer Trauer, aber auch in unerschütterlichem Glauben an die Sache, der Sydnew sein Leben geopfert hat — an den unbesiegbaren Aufstieg der Arbeiterklasse Rußlands!

Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Holland. Das Parlamentsmitglied K. ter Laan, Mitglied der Haager Gemeindevertretung, ein Bauernsohn und früherer Lehrer, ist zum Bürgermeister der Hafenstadt Zaandam, die seit kurzem eine sozialistische Mehrheit in der Gemeindevertretung besitzt, ernannt worden. Mit dem Genossen K. ter Laan tritt ein Mann mit großen Kenntnissen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik das Bürgermeisteramt an. In der Haager Stadtverordneten-Versammlung tat er sich besonders hervor als Befürworter einer weitgehenden sozialen Schulpolitik, während er im Parlament neben den Unterrichtsfragen insbesondere das Ressort des Kriegsbudgets behandelte und sich dabei stets als ein sehr scharfer Antimilitarist zeigte. Im bisherigen Wohnorte Haag war er bei den Arbeitern hieraus beliebt wegen seiner opferreichen und unermüdlichen Tätigkeit in unserer Bewegung.

Versuchen Sie doch mal Sachsengold

Malzkaffee und dann sagen Sie mir: Schmeckt er nicht wie Bohnenkaffee? Er ist aber auch richtig zubereitet.

Donnerstag

Haupt-Tag

für

Konfektion

im

Inventur-

Ausverkauf!

Die Waren sind mit Spottpreisen ausgezeichnet und übersichtlich zum Aussuchen aussortiert.

Garnierte Kleider

in Wollstoffen, Volle, Mousseline, Batist u. Seide

früher bis	19.00	38.00	56.00	87.00	150.00	225.00
jetzt	6.50	14.75	19.50	28.75	62.00	98.00

Tanzkleidchen in Batist, Volle und Tüll jetzt 8.75 11.50 14.50 19.75

Ulster u. Paletots

in riesiger Auswahl. Moderne Flausch- u. englischartige Stoffe, teilweise mit Pelz- und Plüschbesatz

früher bis	9.50	14.50	19.50	26.75	35.00	48.00
jetzt	3.95	5.95	7.95	9.75	13.75	18.75

Costumes

marine, Serge und Einfarbige, sowie englische Stoffe, grösstenteils auf Halbseide gefüttert

früher bis	15.00	19.50	26.25	33.50	42.00
jetzt	6.50	9.85	13.75	19.50	26.50

Ca. **2000 Blusen** zum Aussuchen, auf Tischen ausgelegt . . . . . von **95 ₰** an.

Ca. **1200 Costümröcke** von **1.50** an.

7 Ständer **Kinder-Konfektion** zu unglaublich billigen Preisen zum Aussuchen aussortiert!

M. Schneider — BRESLAU

Neue Schweidnitzerstr. 1

Versammlungen u. Vereine

Sozialdemokratischer Verein Breslau

Die Abrechnung

der Bezirksführer für den Monat Januar erfolgt Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Vereinslokalen.

13377 **Der Vorstand.**

Am 19. d. Mts., früh 1½ Uhr entschlief nach langem, geduldig ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter.

Frau Marie Wanke
geb. Welkert

im 49. Lebensjahre. 13352

In tiefstem Schmerz zeigt dies an

Der trauernde Gatte nebst Töchtern.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Wohnung Leuthenstr. 58 aus nach dem St. Paulus-Friedhof in Cosel.

Am 19. Januar verschied nach langem schwerem Leiden unsere werte Genossin, die Zigarrenarbeiterin

Elisabeth Kilch

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Genossen u. Genossinnen des Land-Distrikt 14.
(Gerdain-Dürrgoy).

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Nikolai in Cosel. 13371

Am 19. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden unser Mitglied, die Zigarrenarbeiterin

Elisabeth Kilch

im Alter von 26 Jahren. 13380

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Der Sozialdemokratische Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Beerdigung: Donnerstag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Nikolai in Cosel.

Begräbniskasse „Archimedes".

Am 18. d. Mts. verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Maschinenbauer

Ernst Kynast

im blühenden Alter von 29 Jahren. [13385

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitglieder der Begräbniskasse „Archimedes".

Beerdigung: Donnerstag, den 22. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes.

Die städtische Gasfabrik-Depot Niedergasse 10

liefert frei ins Haus: Kiefernbrennholz bester Sorte

Kiefernbrennholz	1 Cent.	zu 1.—	Mk.
Holz (ca. 2 cm stark)	1	„ 0.90	„
	1	„ 1.—	„
	½	„ 0.75	„
im Gebund (Gebund 33 cm Durchmesser)	1 Gebund	0.55	„

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Verband der Hut- u. Filzwarenarbeiter
Verband d. Textilarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Breslau.

Freitag, den 30. Januar 1914
abends 8 Uhr:

Grosser wissenschaftlicher

Lichtbilder-Vortrag

im grossen Saale des „Gewerkschaftshauses", Margaretenstrasse 17.

Thema:

Der Hunger und die Liebe als Triebfedern des Lebens.

Seltene Naturbilder vom Kampf ums Dasein, der gegenseitigen Hilfe und der Mutterliebe in der Tierwelt.

100 seltene, naturgetreu kolor. Naturaufnahmen.

Vortragender:

Herr Th. Meentzen-Dresden.

Eintritt 19 Pf. Eintritt 19 Pf.

Während des Vortrages bleiben die Saaltüren :—: geschlossen. — Rauchen verboten. :—:

Wir bitten unsere Mitglieder, sich diesen genussreichen Abend nicht entgehen zu lassen, sondern alle mit ihren Angehörigen den Vortrag zu besuchen. — Karten zu haben in beiden Büros und den Kassierern.

13378 **Die Ortsverwaltungen.**

Fort mit Luftschlauch u. Pumpe!

Radfahrer,

welche die Kosten der Bereifung verringern, ohne Pneumatikdefekte fahren und stets ein fahrbereites Rad haben wollen, fahren nur

Pneumelasticum,

elastisch wie Luft, unbegrenzt in Haltbarkeit.

Jahres-Garantie 20 000 km

Verlangen Sie sofort per Karte kostenlose Zusendung von Prospekt 19. 13046

Pneumelasticum-Gesellschaft m. b. H. Braunschweig

Jahrkarten Alter

Mr. Rheinischer Rose	½ Pfd.	23 Pf.
Pfälzer Weißlack	¼ „	16 „
Pfälzer Rotlack	¼ „	17 „
[illegible]	¼ „	20 „
[illegible]	¼ „	10 „
[illegible]	¼ „	20 „
Mildest Kaloriger Kronprinz M.	½ „	13 „

12387

Das frische Stückchen Hefe 10 Pf.

De der Frau Hentschel angetane tätliche Beleidigung nehme ich zurück und warne vor jeder Weiterverbreitung.

13364 **W. Schmidt.**

Eine Tischlerwerkstatt

ist bald zu verkaufen. ca. 2000 Mark Aufträge vorhanden. Offert. erbet. unter F. S. 100 Postamt II. 13331

Auf Nr. 5 und Firma achten!

Meine bekannt feinste

Tafel-Butter

jetzt nur **1.30** das Pfund.

Paul Mischke, Ring 5.

13074 Keine Filialen! Prompter Postversand!

Bekanntmachung

des Wahlergebnisses zum Ausschuß der besonderen Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und Instrumentenmacher zu Breslau.

(§ 20 der Wahlordnung.) 13379

Innerhalb der vorgeschriebenen Frist ist bei unserer Kasse nur je ein Wahlvorschlag erfolgt, sodaß die darin genannten Personen gemäß § 10 Satz 1 der Wahlordnung als gewählt gelten.

Der Ausschuß setzt sich daher wie folgt zusammen:

1. Arbeitgeber-Vertreter:

Herren: **Heidrich, Rebhahn, Klübig, Maltze, Winkler, Fok, Fr. Schubert, Dobert, Möhns, Geßner,**

Ersatzvertreter:

Herren: **Grith, Filpert, Karwath, Gorretzka, Hörig, Klemming, Sitte, Rusche, Peiche, R. Heinrich, Schmidt, B. Haertel, Dinkert, Rick, Werner, Fellendorf, Liebich, Eichenschel, Schuppelius** und **Garai.**

2. Arbeitnehmer-Vertreter:

Herren: **Janetzki, A. Hilzinger, Diedrichs, G. Stiller, W. Gerlach, Kluczinski, Hahn, Rügler, Göbel, Majunke, Ackermann, Lubinski, Gomille, Gewiese, Lindner, Martin, Subke, Holzhauer, Weikert** und **Sohn.**

Ersatzvertreter:

Herren: **H. Liepelt, Metzner, Berger, A. Schopf, W. Kleinert, Beer, F. Gerlach, Buchanek, Richter, Kolbe, Pientka, Sonnenberger, Wasser, Gordziel, Rosbach, F. Schwarzer, A. Scholz, Ludwig, Schneider Lindner, R. Weiß, Christoph, Meißner, Donnerstag, Ernst, Schwenderling, Hasche, W. Müller, Wolff, Roßdorf, Labitzke, Rohmann, Golla, Gerner, M. Stiller, F. Schopf, Falzbrunn, Uebrick, Girbel** und **Diehel.**

Die auf Montag, den 26. Januar 1914, angesetzte Wahl findet daher nicht statt.

Breslau, den 20. Januar 1914.

Der Kassenvorstand: Adolf Heidrich, 1. Vorsitzender.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte **10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Junges fettes Hundefleisch ärztlich untersucht, Ottastraße 16, im Kellerladen. [13350

Arbeitsmarkt

Frauen und Mädchen zur Damenkonfektion sucht Stache, Posenerstraße 75, I. 13280

Abonnenten und Leser der „Volkswacht" können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht" berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht" berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht" aktiv unterstützt.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck der Th. Gerlach G. m. b. H. sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Mittwoch und Donnerstag wählen die männlichen Kassenmitglieder

der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Gewählt wird an beiden Tagen von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Als Ausweis dient der Anmelde-Nachweis oder das Kassenmitgliedsbuch.

Wählt die Liste I der freien Gewerkschaften!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Januar.

In letzter Stunde!

Zur Ausschußwahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse wird uns geschrieben:

Die ersten beiden Wahltage für die weiblichen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse haben einen unzweifelhaft großen Erfolg für den christlichen Wischmasch gebracht, und wenn nicht jeder der Gewerkschaftler und Genossen mit allen Kräften agitiert und jeder zur Wahl geht, so ist die Verwaltung der größten Breslauer und schlesischen Krankenkasse den Gegnern ausgeliefert.

Nicht weniger als 5275 Stimmen sind bereits an den ersten zwei Wahltagen abgegeben worden, wovon die Gegner fast alle erhalten werden. Bei der vorigen Wahl wurden im ganzen 2200 Stimmen abgegeben. Daraus geht hervor, mit welchen Kräften und Mitteln unsere Gegner agitiert und organisiert haben. Ganze Züge der Elektrischen kamen vollgepfropft an, und wie Schafe wurden die Dienstboten von ihren Herrschaften bis an die äußerste erlaubte Grenze zum amtlichen Wahllokal getrieben. Wahrlich ein Bild zum Jammern. So mancher von uns könnte hier sehen, welche dankenswerte Arbeit der Aufklärung wir noch zu verrichten haben. So mancher könnte sich aber auch ein Beispiel nehmen an der Rührigkeit der Herrschaften. Wir sehen Geheimrätinnen, Offiziersgattinnen, Bankiersfrauen usw. mit einem Eifer und einer Zungenfertigkeit werben, daß man glauben könnte, sie wären selbst Dienstboten. Rüpelhaft aber wird von einigen „Christen" vorgegangen, und man empfindet einen Ekel vor einer solch niedrigen Agitation. Das letzte Wort ist darüber noch nicht gesprochen. Wir werden nach der Wahl die einzelnen Heldentaten ausführlich beleuchten.

Vorläufig gilt es aber zu kämpfen. Jeder von uns muß die beiden Wahltage, Mittwoch und Donnerstag, noch gründlich ausnützen und versuchen, den Triumph der „Christen" zu zerstören. Wollen die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht verraten und verkauft sein, so gehe jeder zur Wahl und gebe der Wahlliste I seine Stimme. Auch die zurzeit nicht bettlägerig kranken Mitglieder dürfen wählen. Auf zur Wahl; viel steht auf dem Spiele.

Der zweite Wahltag!

„Jetzt können die Arbeiterkolonnen kommen", sagte höhnisch ein Christ, als die Wahlhandlung am 2. Tage geschlossen war. Am 1. Tage wählten 2800 Frauen und Mädchen, am zweiten 2900 zusammen also 5200.

Das Wahlrecht ist eigentlich von den Herrschaften ausgeübt worden; die Dienstmädchen wurden einfach kommandiert. Ein Herr kam mit seinem Mädchen. Als ihm von den Revisoren verboten wurde, das amtliche Wahllokal zu betreten, schrie er dem Mädchen nach: „Anna, ich befehle Dir, die Liste 3 zu wählen!"

Ein Oberst kam in höchst eigener Person mit seinen Mädchen und begleitete sie bis an die Schwelle des Wahllokals, denn er war ein streng konservativer Mann.

Wieder andere Dienstmädchen wollten für Kolleginnen wählen und hatten auch dafür den Ausweis von der Herrschaft erhalten.

Besonders hervorgetan hat sich der christliche Wahlhelfer und Holzarbeiter-Sekretär Schopohl. Gleich bei Beginn der Wahlhandlung verdächtigte er einen Revisor der Kasse, daß er die Mädchen frage, ob sie Liste 1 auch hätten. Als man dem Herrn auf den Leib rückte, um seine Behauptung zu beweisen, kroch er be- und wehmütig ins Mauseloch; er nahm seine Behauptung zurück. Das hätte er so nicht gemeint. Doch bald ereilte ihn das Schicksal. Herr Schopohl arbeitete so aufdringlich, daß ihm der aufsichtsführende Beamte des Versicherungsamtes verbieten mußte, noch weiter Stimmzettel zu verteilen.

Ganz verdutzt waren die Christen und auch die Frauenrechtlerinnen über unser Arbeiten. Einer nervösen Dame war das sichere Auftreten unserer Wahlhelferinnen am Tage vorher etwas in die Glieder gefahren. Sie wollte nun durchaus, daß wir nicht mehr im Lokal den schon vorher innegehabten Tisch mit unserem Material belegen. „Das ist kein amtlicher Wahltisch", sagte sie, „und wenn der nicht von Euch geräumt wird, lasse ich die Polizei kommen!"

„Bitte, meine Gnädigste", war die Antwort, „wenn Sie nicht verstehen, was im Wahlkampf gestattet ist, dann mischen Sie sich nicht hinein." Der Wahlausschuß der freien Gewerkschaften hatte nämlich seine Schlepperliste ausliegen, und die Herrschaften glaubten nun wunder, was da vorgehe, wenn die Wählerzettel eingezogen wurden.

Dank und Anerkennung verdienen die Frauen, die sich so selbstlos in den Dienst der Sache der freien Gewerkschaften gestellt haben. Es hätten freilich ihrer noch mehr sein können. Sie haben mit eigenen Augen die verwerfliche Kampfesweise der Christen kennen gelernt und sie werden ihr Handeln in Zukunft danach einrichten.

Heut und morgen wählen die Männer. Auch kranke Mitglieder sind wahlberechtigt. Wer heut nicht wählen kann, gehe morgen Donnerstag in den Schießwerder, vergesse einen Ausweis nicht und

wähle die Liste 1!

Wie es gemacht wird,

um Beschwerden gegen die neuen Kassenärzte in Breslau zu erlangen, das zeigt folgender Zettel, der Montag und Dienstag im Schießwerder an alle weiblichen Kassenmitglieder verteilt worden ist:

„Bitte aufbewahren!" Die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen, die infolge des neuen Arzt-Systems keine genügende ärztliche Hilfe erhalten können, wollen sich ruhig mit Beschwerden darüber an ihre Organisation wenden oder den kostenfreien Schutz der **Krankenschutz-Kommission** der unterzeichneten Vereinigung in Anspruch nehmen. Berechtigte Beschwerden sind zu richten an: Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Feldstraße 16, Telefon 8 60, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte (Sitz Berlin) Feldstraße 19, Telefon 4923, Kaufmännischer Verein für katholische Handlungsgehilfinnen und Beamtinnen (E. V.) Martinstraße 7, Telefon 82 4.

Trotz dieser Beschwerdefabrik sind herzlich wenig Beschwerden gegen die neuen Aerzte eingegangen; ihre Zahl ist nicht größer als früher. Das beweist am besten, daß die ärztliche Versorgung durchaus genügt.

* **Diebstahl auf dem Hauptbahnhof.** Am Sonntag ist einem Kaufmann von auswärts im Wartesaal I. Klasse eine braune Pandiasche mit verschiedenen Gegenständen im Werte von 25 Mk. gestohlen worden.

Die Gastwirte gegen die vielen Polizeiverordnungen.

Die Breslauer Gast- und Schankwirte fühlen sich wegen der vielen Verordnungen und Verfügungen für das Gastwirtsgewerbe sehr bedrückt; sie glauben, daß die meisten dieser Verordnungen gar keine Gültigkeit mehr haben. Der hiesige Regierungspräsident hat vor kurzem 151 polizeiliche Verordnungen für den Bezirk Breslau, die aus den Jahren 1810 und 1812 stammen, außer Kraft gesetzt.

Die Gewißheit zu haben, wie weit die Verordnungen zu beachten sind, ersuchten die Gastwirte einen Fachmann, den Amtssekretär a. D. Müller aus Halle, einen Vortrag über diese wichtigen Fragen zu halten. — Es tagte deshalb am Dienstag in der Neuen Börse eine öffentliche zahlreich besuchte Gastwirtsversammlung. In einem mehrstündigen Vortrage behandelte Herr Müller den Gegenstand, soweit er für die Gastwirte von Bedeutung ist. Er wies durch zahlreiche Beispiele nach, daß eine Menge polizeilicher Verordnungen nicht mehr zeitgemäß und zweckentsprechend sei, viele wären auch nicht mehr gültig, weil sie von der höchsten Verwaltungsbehörde längst als ungültig erklärt wurden, viele auch dem Reichsstrafgesetze widersprechen. Die Gerichte behandeln die Uebertreter aber so, als ob die Verordnungen noch beständen. Es sei deshalb Sache der Wirte, ihre Rechte aufs äußerste durchzufechten. Die Herabsetzung der Polizeistunde behandelte der Vortragende besonders eingehend. Sehr oft werde die Polizeistunde herabgesetzt, wenn im Lokale irgend eine Streitigkeit vorkomme; die Herabsetzung sei aber nur dann zulässig, wenn einfach Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet erscheinen. So habe das Kammergericht entschieden. Der Antrag fand ungeteilten Beifall. Aus der Mitte der Versammlung wurden noch an Genossen Müller zahlreiche Fragen gestellt, die alle beantwortet wurden.

* **Ostmarkenflug.** Einer der größten deutschen Wettbewerbe des kommenden Sommers auf dem Gebiete des Flugsports dürfte der vom 14. bis 18 Juni stattfindende Ostmarkenflug werden. Es ist bisher u. a. folgendes beschlossen: Der Flug ist so gedacht, daß zunächst der Start in Breslau von 5 Uhr morgens offen, der Flug über Frankenstein und Liegnitz, weiter über Glogau, Lissa nach Posen geleitet werden soll (604 Kilometer), um über erst am Tage des Abfluges bekannt gegebenen Kontrollstationen die vorgeschriebenen Meldungen abzuwerfen. In Posen finden nachmittags Wettbewerbe statt. Es schließt sich an der Flug Posen-Bromberg-Graudenz-Allenstein-Insterburg-Königsberg (Etappen 500 Kilometer). In Königsberg sind wieder verschiedene Spezialflüge und dann geht der Flug von Königsberg über Braunsberg, Elbing und Danzig. — Es werden für den Ostmarkenflug 100.000 Mark für Preise ausgesetzt. Es wird mit einer Beteiligung von 30 Flugzeugen gerechnet.

* **Bei der Arbeit verunglückt.** Am Dienstag vormittag verunglückte auf der Briegerstraße ein Arbeiter beim Abladen von Stämmen dadurch, daß ein Stamm ins Rollen kam, ihn umwarf und auf ein Bein fiel. Der Verunglückte erlitt einen schweren Unterschenkelbruch. Sanitätsleute der Feuerwehr legten dem Manne einen Notverband an und schafften ihn ins Wenzel Hancke-Krankenhaus.

* **Gasvergiftungen.** Am Montag abend um 7 Uhr wurde der im Hause Vorwerksstraße 7 wohnende Vorkostnähändler in dem hinter seinem Geschäftsraum liegenden Zimmer bewußtlos aufgefunden. Das Zimmer war voll Gas gefüllt, der Gashahn an der Lampe stand offen. Nachdem man den Mann an die frische Luft gebracht hatte, rief man die Sanitätsleute der Feuerwehr herbei, die den inzwischen wieder zum Bewußtsein gekommenen Mann ins Hospital schafften. — Am Dienstag früh um 7½ Uhr wurde im Hause Goethestraße 40 ein 20 Jahre altes Dienstmädchen in ihrem Zimmer leblos aufgefunden. Das Zimmer war völlig mit Gas gefüllt und der Gashahn stand noch offen. Die herbeigerufenen Sanitätsleute stellten Wiederbelebungsversuche mit dem Sauerstoffapparat an, die auch nach halbstündiger Tätigkeit von Erfolg gekrönt waren. Darauf wurde die Vergiftete ins Wenzel Hancke-Krankenhaus gebracht.

* **Ueberzieherdiebstahl.** Aus einem Cafe auf der Ohlauerstraße ist am Montag mittag ein graugrüner Ulster mit großen braunen Hornknöpfen gestohlen worden.

Thalia-Theater.

„Geographie und Liebe", Lustspiel in 3 Aufzügen von Vj. Björnson.

Bei dem eigenartigen Wesen Björnsons, der zugleich Dichter und der Herrufer einer freiheitlichen Politik war, muß ein Lustspiel — sofern es nicht gesellschaftssatirisch — immer nur einer flüchtigen Laune, irgend einer Episode entsprungen sein. Und darum wäre es auch verfehlt, an dieses schon ein wenig vom Alter angefressene Stück den Maßstab zu legen, mit dem man seine übrigen Dramen zu werten gewohnt ist.

Um den Leitsatz: daß bücherschreibende Männer die schlimmsten Haustyrannen sind, hat Björnson eine oft recht in die Breite fließende Handlung geschrieben, die manchmal, so besonders der erste Akt, recht bühnenwirksam, gegen den Schluß hin aber verjagt. Am besten und wirksamsten ist noch die Gestalt des Geographieprofessors Tygesen gezeichnet. Denn schließlich packt auch den sanftmütigsten Menschen etwas wie Schadenfreuden, wenn es dem von den Seinen verhätschelten, ewig nörgelnden, egoistischem Haustyrannen, der alle Zimmer mit seinen Karten und Zetteln anfüllt, wenn es diesem undankbaren Menschen auch einmal herzlich schlecht geht. — Eine Jugendfreundin der Frau hat diese und die Haushälterin zu einer kurzen Ferienreise zu bereden gewußt. Nun ist der nur seiner Arbeit lebende Professor, dem alle Menschen im Wege waren, glücklich allein, nun könnte er ungestört arbeiten — wenn er die anderen nicht so notwendig brauchte. Am Ende muß er froh sein, daß die Seinen, nachdem er Zugeständnisse machen mußte, wieder zurückkehren.

Trotz aller Fehler des Stückes empfindet man doch jeden Augenblick, selbst bei schwächsten Stellen, daß es ein wirklicher Dichter, ein Mensch mit einer großen, ernsten Seele geschrieben hat. Und dieser schöne Ernst, der zum Beispiel so recht in Erscheinung tritt, in dem Zwiegespräch zwischen Vater und Tochter, wo jener seinem Kinde eine wunderbar erlebte Mondnacht auf dem Mittelmeer während der Hochzeitsreise mit seiner Frau erzählt, dieser schöne Ernst söhnt uns auch mit der etwas altväterlichen Spukgeschichte am Schlusse aus.

Gespielt wurde unter der Spielleitung des Herrn Barna im allgemeinen recht gut. Ja, vielleicht besser wie man es erwarten konnte; machte doch Herr Pfanz aus dem „Professor Tygesen" eine fein herausgearbeitete Charakterstudie. Durch ihn wurde man bis zum Schluß gefesselt. In Fräulein Hesse, als seine Frau, fand er eine recht verständige Partnerin. Frau Else Strohm-Ambronn (als die Freundin) würde vielleicht, wenn sie sich etwas zurückhaltender gegeben hätte, noch besser gewirkt haben. Der alte Junggeselle Turmann war bei Herrn Barna gut aufgehoben. Eine gute „Helga" war das Fräulein Gettke, die das Herbe und kindlich Unaufgeschlossene dieser Gestalt durch einen graziösen Zug verschönte. Eine geschmacklose Uebertreibung war dagegen das Dienstmädchen des Fräulein Rücker. Sie gab diese schon an und für sich durch ihre Naivität und Verschlagenheit wirksame Gestalt, wie sie etwa ein Zirkusclown gespielt hätte.

Der Beifall des gut besuchten Theaters ließ gegen den Schluß hin merklich nach. F.

Breslauer Orchester-Verein.

8. Abonnementskonzert (Generalprobe).

Dicht gedrängt warteten die Zuhörer auf das Erscheinen Eugen d'Albert's. Der Künstler, der sich erst in den letzten Jahren wieder dem öffentlichen Konzertieren zugewendet hat, gilt in der Meinung des großen Publikums noch immer als der „Klavierkönig". In Wahrheit ist er längst von anderen, was Wiedergabe von Kunstwerken in rein geistiger Beziehung anbetrifft, überholt worden. Als ein wirklicher Künstler gilt der, welcher bei Reproduktionen hinter das Werk zurücktritt. Das ist nun bei d'Albert ganz und gar nicht der Fall. Wer gestern das einfache schlichte Cdur-Rondo gehört hat, wird erstaunt gewesen sein, mit wieviel Nüanzen es d'Albert bepackt hat, und wie schnell und ziemlich gleichgültig er es herunterspielte, ganz und gar nicht im Sinne Beethovens. Das ist nun nicht etwa ein Nachlassen geistiger Potenz, sondern ein Nachlassen des Interesses. Wer so, wie d'Albert, dieses und andere Stücke hunderte von Malen in den Konzertsälen mit sich herumführt, dem genügen die vom Komponisten vorgeschriebenen Schattierungen nicht mehr; er muß um sein eigenes Interesse einigermaßen wachhalten, neue erfinden, und das geschieht stets auf Kosten des vorgetragenen Kunstwerks. Daß d'Albert technisch immer noch auf der Höhe steht und ein Anschlagskünstler allererster Güte ist, das bewies die Wiedergabe seines zweiten Klavierkonzerts. Im ersten Satze von beinahe lähmender Langeweile, erregt es in der Mitte des zweiten die Aufmerksamkeit des Hörers in hohem Grade und gipfelt in einem brillant gehaltenen Finale, das dem Gaste Gelegenheit gab, im Verein mit dem wunderschönen Bechsteinflügel wahre Wunderwerke von Klavierklang und Tongebung zu entfalten. d'Albert spielte dann noch die Ecossaisen (schottische Weisen) von Beethoven, augenscheinlich in einer eigenen Bearbeitung und gab auf stürmischen Beifall der begeisterten Zuhörer das Allegretto vivace aus Beethovens Sonate in Es Op. 31 Nr. 3 zu, ein Stück, daß er ebenfalls seit Jahren, das aber in unvergleichlicher Vollendung spielt. Man hätte sicher lieber von ihm einige Chopinsche Kompositionen gehört. — Zwischen diesen Stücken gab es eine Novität von Rudi Stephan, einem noch sehr jungen (wohl Münchener?) Autor. Es ist ein Glück, daß München seinen festen Ruf als Bierstadt genießt, denn was bei uns in den letzten Jahren als Musik aus München „importiert" wurde, hat uns wenig imponieren können. So wird auch wohl das Opus von Rudi Stephan, das gestern „zum ersten Male" hier gespielt wurde, gleichzeitig zum letzten Male gespielt worden sein. Der Titel ist schon nicht zutreffend: „Musik für Orchester" heißt das Stück. Das ist doch keine Musik! Von einem Wohllaut ist nur eine kurze Strecke im Mittelsatze die Rede. Diese Stelle bildet gleichzeitig eine Oase in dem uns unerlöst gehenden Orchesterlärm, der die Erfindungsarmut des Komponisten zudecken soll. Man wird allerdings ohne weiteres zugeben müssen, daß Stephan die „Mischung" beherrscht; ja er macht oft den Eindruck als wäre er ein sehr aufmerksamer Schüler von Richard Strauß. Ein Motiv gleich am Anfang erinnert lebhaft an „Fasolt, den wilden Sturm". Die Bekanntschaft mit dem Komponisten hat sich aber doch in einer Beziehung recht gelohnt. Ich halte ihn nämlich für einen ganz hervorragenden Orchesterdirigenten, der es versteht, einen Klangkörper in Atem zu erhalten und etwas aus ihm herauszuholen. Das kann nicht ein jeder! Am Pulte [illegible] ich [illegible] berufen ist, ein Werkzeug in [illegible] Komponisten zu sein. — Das Konzert wurde mit der Egmont-Ouvertüre von Beethoven eingeleitet, mit deren Interpretation man sich schwerlich einverstanden erklären kann, und schließlich mit der entzückenden Cdur-Sinfonie von Haydn, die mit ihrer Frische [illegible]

Die Hetze gegen das Koalitionsrecht.

Seit Jahren hetzen die großen und kleinen Scharfmacher in Stadt und Land geradezu unerhört gegen eines der wichtigsten Arbeiterrechte. Den Massen, die von der Hand in den Mund leben und schwer um das bißchen Dasein kämpfen müssen, sie sollen nicht streiken und Streikposten stehen, sie sollen nicht höhere Löhne fordern und kürzere Arbeitszeit, damit die Ausbeutung nicht eingedämmt und der Unternehmergewinn nicht geschmälert werde. Als oberstes Gesetz wird nicht die Wohlfahrt des gesamten Volkes erklärt, nein, die Reichen sollen reicher werden, die Armen immer ärmer. Dagegen gilt es, sich kraftvoll zu wehren. Die Breslauer Arbeiter haben das in einer öffentlichen Versammlung getan, die am Dienstag abend im Gewerkschaftshause tagte und gut besucht war. Der Redner, Reichstagsabgeordneter Genosse Stücklen, verstand es, sehr wirkungsvoll auszusprechen, was in diesen Tagen die kämpfenden Arbeiter bewegt; aus seinen Ausführungen ist folgendes hervorzuheben:

Wir erleben gegenwärtig eine ganz gewaltige Hetze gegen eines der wichtigsten Rechte der Arbeiter, gegen das Koalitionsrecht. Diese Hetze ist nicht neu; sie geht schon seit Jahren. Vor zwei Jahren und voriges Jahr ist im Reichstage ein Antrag der Konservativen gegen das Recht der Vereinigung abgelehnt worden. Zwar haben wir dieser Tage gehört, von den Konservativen, es gehe nicht gegen das Koalitionsrecht, aber dieser Rede ist nicht zu trauen. Man ist nicht nur dem Vereinigungsrecht feindlich gesinnt, man will auch am liebsten das Wahlrecht beseitigen. Der Reichskanzler Herr von Bethmann hat zwar erklärt, daß er keine Ausnahmegesetze braucht, freilich, so lange er noch im Amte sitzt, dürfte er keine Ausnahmegesetze nötig haben. (Heiterkeit.) Aber was der starke Mann nach ihm machen wird, das können wir uns denken. Ein sonderbares Treiben haben wir ja auch im Herrenhause beobachtet, dieser Galerie vaterländischer Altertümer. (Heiterkeit).

Solange die Welt besteht, haben die Schwachen zusammengehalten, und es ist nur zu bedauern, daß der Gedanke der Einigkeit nicht noch weiter um sich gegriffen hat. Wären die Arbeiter alle geschlossen und einig, dann wären sie eine gewaltige Macht, die eine Welt aus den Angeln heben und alle Pläne der Scharfmacher über den Haufen werfen könnte. So alt die Arbeiterbewegung ist, so alt ist auch der Kampf gegen sie. Wie stets, wenn ein Recht geschaffen wurde in Deutschland, errichtete man auch neben dem Koalitionsrecht den Galgen, an dem alle gehängt werden, die von diesem Rechte Gebrauch machen. Wollte man alle Verurteilungen gegen organisierte Arbeiter zusammenstellen, die Bibel wäre das reine Taschenbuch dagegen (Heiterkeit). Es ist das Wort Klassenjustiz mit Recht geprägt worden. Man wird später einmal mit dem Kopfe schütteln über die harten Urteile, die heut gegen streikende Arbeiter gefällt werden. Wenn etwas die Massen aufpeitschen muß, dann ist es die Streikjustiz. Der § 153 d. G.-O. könnte auch gegen Unternehmer angewendet werden, doch davon haben wir noch nichts gehört.

Den Scharfmachern liegt einzig nur daran, die Arbeiter zu knebeln, damit sie die Ausbeutung nach Herzenslust betreiben können. Die Arbeitswilligenanträge wurden im Reichstage abgelehnt, aber die Unternehmer glauben heut ihrem Ziele näher zu sein als sonst. In Leipzig ist ein „Kartell der schaffenden Stände" vor einigen Wochen gegründet worden. Das ist sehr verdächtig. Die Agrarier wollen hohe Zölle, die Unternehmer wollen sich vor Lohnforderungen schützen, und darum muß vorher ein Zuchthausgesetz geschaffen werden. (Pfui!) Dieses Kartell der schaffenden Stände müßte eigentlich Kartell der raffenden Stände heißen. (Sehr richtig!) Hinter dem Angriff auf die Koalitionsfreiheit stehen Pläne der allergefährlichsten Art, auf die wir gerüstet sein müssen.

Wir sollen terrorisieren; doch niemand treibt schlimmeren Terrorismus als die Agrarier. Das sehen wir z. B. an der Spirituszentrale in Berlin, die da droht, jeden Schnapsbrenner zugrunde zu richten, der den Schnaps billiger abgiebt. Und dann der Terrorismus bei den Landtagswahlen, der Terrorismus des Staates, der jeden auf die Straße wirft, der nicht die vorgeschriebene Gesinnung zeigt. Mit der Nase müssen wir alle unsere Feinde darauf stoßen, erst vor der eigenen Türe zu kehren. Wo bleibt der Staatsanwalt, der sonst so eifrig ist gegen die Arbeiter, wenn die Unternehmer den schlimmsten Terrorismus treiben?

Jetzt liegt im Reichstage ein Antrag des Grafen Westarp vor gegen den Terrorismus und das Streikpostenstehen. Die Streikposten sind eine dringende Notwendigkeit, die Vorposten im Felde. Nach dem Gesetz ist das Streikpostenstehen erlaubt und in Lübeck mußte man s. Z. die Verordnung gegen die Streikposten aufheben. Jetzt sagt man, ein Streikposten stört den Verkehr. Auch wenn sonst niemand auf der Straße steht, ist der Streikposten ein Verkehrshindernis (Heiterkeit). In Berlin ist es einmal vorgekommen, daß der Streikposten weggejagt wurde von der Straße; als er dann sein angezogen und mit einem Zylinderhut wieder kam, konnte er ruhig stehen bleiben. (Heiterkeit). Nun wenn ein Zylinderhut so beruhigend wirkt, dann dürfte die Ausgabe für Zylinderhüte keiner Gewerkschaft zu groß sein. (Heiterkeit.) Die Nationalliberalen verlangen sogar besondere Streikgendarmen. Sie können daraus ersehen, was wir alles zu erwarten haben. Vielleicht stellt man als Streikgendarmen auch den Leutnant Forstner auf, der, wenn er nicht gerade an innerer Erregung leidet, als Streikgendarm sehr tüchtig sein dürfte. (Gr. Heiterkeit.)

Sind die Arbeitswilligen, die Streikbrecher wirklich so schutzbedürftig? Ach nein! Gewiß, es mögen Leute darunter sein, die aus irgend einem Grunde zu Streikbrechern werden, aber die meisten von ihnen arbeiten nur dann, wenn die ehrlichen anständigen Arbeiter nicht tätig sind. Wir haben in diesen Leuten nur Verräter vor uns. Unsere ganze Gesellschaft, das gesamte Wirtschaftsleben beruht auf der Solidarität, fordert sie jedoch der Arbeiter von seinesgleichen, dann wird ihm mit dem Zuchthaus gedroht. Der Arbeitswillige hat heute einen größeren Schutz als selbst der deutsche Kaiser. Wer wegen Beleidigung des Kaisers bestraft werden soll, dem muß nachgewiesen werden, daß er absichtlich und böswillig gehandelt hat; wer einen Streikenden nur schief ansieht, der wird ins Gefängnis geworfen.

Es wird hingezielen auf Sabotage, auf Zerstörung von Maschinen, Werkzeug usw. In Deutschland wird das aber nicht betrieben; wir sind die schärfsten Gegner davon. Will man Sabotage bestrafen, so braucht man kein neues Gesetz, da genügen die Paragraphen wegen Sachbeschädigung. Weshalb nun die ganze Treiberei für ein neues Ausnahmegesetz? Die Arbeiterklasse soll gehetzt werden für einen neuen Zollraub. Wir sagten uns, die beste Abwehr ist der Hieb und beantragten darauf im Reichstage das Vereinigungsrecht für alle Arbeiter, die es noch nicht haben, die Landarbeiter und das Gesinde; wir fordern weiter, die Leute sollen bestraft werden, die einen Arbeiter hindern, einer Organisation beizutreten oder zwingen wollen, aus ihr auszutreten.

Freilich, der heutige Reichstag ist in Gefahr, aufgelöst zu werden. Wir stehen vor schweren Kämpfen, die Lage ist so gespannt, wie wir seit Bestehen des Deutschen Reiches. Denken Sie an Herrn v. Bethmann, der vom Reichstage redete als von einer gemischten Gesellschaft, denken Sie an Zabern, da müssen Sie mir zugeben, es liegt nichts näher als eine Auflösung des Reichstages. Man wird dann freilich nicht von Wuchergöllen sprechen können, von einer „nationalen Tat" wie die 1907. Doch wir lassen uns nicht kleinkriegen, wir lassen uns nicht handeln. Das Volk wird aufgerufen werden. Wir haben unsern Standpunkt [illegible] wir uns von dem Gedanken nicht [illegible] werden wir unsere Opfer bringen. Großes liegt auf dem Spiele, es sind die heiligsten Güter zu verteidigen [illegible] gelang Hinein in die Gewerkschaften. Und wenn der Kampf kommt, dann Genossen, vor auf die Wacht, vom Posten. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall.)

* * *

In der folgenden Aussprache wies Genosse Th. Müller auf die Breslauer Justiz hin. Im Jahre 1913 wurden von hiesigen Gerichten nicht weniger als 33 Monate, 31 Wochen und 10 Tage Gefängnis, eine Woche Haft und 2440 Mark Geldstrafe über kämpfende Arbeiter verhängt. Dabei macht diese Zusammenstellung keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Ein hiesiger Landrichter hat sogar selbst erklärt: „Wir brauchen keine schärferen Bestimmungen", als er gerade wieder einmal eine aufreizend hohe Strafe über Arbeiter verhängte. In Breslauer Gerichtssälen konnte man vom Richtertische her Ausdrücke wie „arbeitsscheue Faulenzer", „ehrlose Schweinhunde" und „Kanaille" hören. Die Breslauer Justiz zeigt am besten, daß wir eine Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiter nicht brauchen (Beifall).

Genosse Peikert wies auf die gegenwärtige Krankenkassenwahl im Schleßwerder hin. Mehr als 5200 weibliche Wähler haben in den ersten beiden Tagen ihr Wahlrecht ausgeübt. Meistens wurden sie von ihren Herrschaften herangeschleppt, um die christliche Liste zu „wählen". Sie zeigen sich vielfach noch höchst empört darüber, daß sie die Mädchen im Wahllokal nicht bis zum Wahltisch begleiten dürfen. Selbst ein leibhaftiger Oberst brachte sein Dienstmädchen heran, damit es die christliche Liste wähle. Am Mittwoch und Donnerstag wird es nun Sache der männlichen Mitglieder sein, den Ansturm der „Herrschaften" auf die Kassen abzuschlagen. (Beifall.)

Folgende Entschließung wurde dann einstimmig angenommen:

„Die heute Dienstag, den 20. Januar, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung, protestiert gegen die bisherige einseitige Anwendung und Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung; wir fordern die Abschaffung dieses Paragraphen, der als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse zu betrachten ist.

Wir protestieren ferner gegen jeden Versuch, in das künftige Strafgesetzbuch Bestimmungen aufzunehmen, die eine weitere Fesselung der Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen bedeuten.

Indem die Freiheit und Rechtsgleichheit der Person, das oberste Grundprinzip eines Rechtsstaates sein muß, fordern wir eine weitere Ausdehnung des Koalitionsrechtes auch für die Arbeiter und Angestellten, denen dieses Recht bisher vorenthalten war. Es darf keine Person oder Gesellschaft das Recht haben, den Beitritt oder Rücktritt in eine Berufsorganisation vom Eingehen oder der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses abhängig zu machen."

Ein kräftiges Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Seibold, brachte mit Recht die Aufforderung, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken und ihnen Treue zu bewahren; auch die Parteizeitung, die „Volkswacht", muß noch mehr als bisher in alle Arbeiterwohnungen hinein; denn wo es an Aufklärung fehlt, da sehen wir leider die Klassengenossen im Lager der Feinde. Nach einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung ging die Versammlung auseinander.

Wo stehen die Aerzte im Streit?

Trotz des Einigungsabkommens vom 23. Dezember 1913, das auf Vermittlung des Reichsamts des Innern zwischen den Krankenkassenverbänden und der Aerzteorganisation erreicht wurde, ist erst in ganz wenigen Orten der Kassenfriede eingezogen. Läßt doch auch das Abkommen die so sehr wichtige Frage der Honorarhöhe gänzlich unbeachtet. So kommt es, daß besonders in den meisten großen Städten die Kämpfe weiter dauern.

Das neueste Verzeichnis des Leipziger Aerzteverbandes über die Orte, nach denen „der Zuzug" zu meiden ist, enthält noch 425 Namen. Unter diesen sind z. B. Barmen, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Breslau, Erfurt, Frankfurt a. M., Halle, Hannover, Kassel, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Nordhausen, Plauen, Potsdam, Weimar, Weißenfels, Wiesbaden, Zeitz, Zittau usw.

Mitunter sind allerdings nicht die ganzen Orte, sondern nur einzelne Kassen „gesperrt". Die Kassenarten sind sämtlich gleichmäßig vertreten. Es ist eine Unwahrheit, daß sich nur die „sozialdemokratischen Kassenvorstände" den ärztlichen Forderungen entgegenstellen. Es handelt sich eben um einen Kampf um die Lebensfähigkeit sämtlicher Kassen.

Die schwarzblauen Brüder.

Während die „Schlesische Zeitung" sich in Unkosten stürzt, um den arg geschundenen Preußenbund einigermaßen reinzuwaschen und herauszuhauen, schlägt das hiesige Zentrumsblatt erheblich andere Töne an. Das Zentrum hat ja in Süddeutschland, speziell in Bayern, das Hauptheer seiner Anhänger und auch die klerikalen Rheinpreußen wollen von der ostelbischen Zucht des Borussenums nicht viel wissen. So wirft sich denn die „Schlesische Volkszeitung" mächtig gegen den Preußenbund ins Zeug:

„Es wurde mit der preußischen Faust auf den Tisch geschlagen, und der „preußische" Mund wurde gar zu weit aufgerissen. Was kann denn Gutes dabei herauskommen, wenn man die verfassungsmäßige Volksvertretung im Deutschen Reiche als „gemischte Gesellschaft" und „Rotte" beschimpft, wenn man alle anderen deutschen Stämme und Staaten als politisch verseucht und untergraben hinstellt, wenn man sogar die Erinnerung an die Waffengemeinschaft von 1870/71 durch die „Erinnerung" an die Rettung eines ohnmächtigen bayerischen Bataillons durch schneidige preußische Bataillone trübt?

Das ist keine gemeinnützige Sammlungspolitik, sondern eine zersetzende, erbitternde Arbeit. Alles, was nicht zu dem engeren Kreise der altpreußischen Kraft- und Gewaltpolitiker gehört, stößt man ab. Wenn das Deutsche Reich nicht bereits gegründet wäre, so würde ein solches Auftreten der „Preußen" die Einigung geradezu unmöglich machen. (!) Und wenn man jetzt aus der Proklamierung der unbedingten Herrschaft des „Preußentums" die logische Folgerung ziehen wollte, so gäbe es keine andere Wahl, als entweder die anderen Staaten aus dem Bündnis mit Preußen zu entlassen, oder alle anderen Staaten wegen erwiesener Unfähigkeit zu preußischen Provinzen zu machen.

Tritt das „Preußentum" so trotzig und protzig auf, so ist das eine schwere Gefahr für die nationale Eintracht.

Man wird nicht finden, daß diese Abwehr preußischen Maulheldentums zu scharf wäre, aber wie lange wird es dauern, dann gehen die Schwarzen mit diesen protzigen blauen Maulhelden wieder Arm in Arm?

* **Anbauten für das Allerheiligen-Hospital.** Der Magistrat beantragt, Anbauten an das Uhrgebäude und das Absonderungshaus des Allerheiligen-Hospitals zu errichten und die nötigen Ausstattungsstücke anzuschaffen. Die Kosten sind auf zusammen 102 770 Mark veranschlagt. Der Vorausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, der darüber am Dienstag verhandelte, hat beschlossen, die Annahme der Magistrats-Vorlage zu empfehlen.

Die Feststellung der Fleischpreise

im Breslauer Kleinhandel beschäftigte am Dienstag abend eine Versammlung der 110 Berichterstatter, die kürzlich von der hiesigen Fleischer- und Wurstmacher-Zwangs-Innung gewählt worden sind. Ueber diese Versammlung, die im „Deutschen Kaiser" auf der Friedrich-Wilhelmstraße tagte, berichtet die „Breslauer Zeitung":

Nach der Begrüßung und einigen einleitenden Worten des Obermeisters Neugebauer ergriff Professor Neefe, der Direktor des statistischen Amts, das Wort, um an Hand ministerieller Anweisungen den Berichterstattern die erforderlichen Hinweise zu geben. In jeder Verkaufsstelle ist nach Maßgabe des Erhebungsmusters für jede Fleischsorte nach der im Geschäft gangbarsten Qualität nur ein Preis zu erheben. Dabei sind beim Rinde Filet und Lende, beim Kalb Fricandeau, Schnitzel und Kotelett, beim Hammel Kotelett, beim Schwein Kopf und Füße nicht zu berücksichtigen. Die Notierungskommission hat nur von Zeit zu Zeit, je nach Bedarf, zusammenzutreten. Sie hat die als typisch geltenden Fleischstücke nach Rücksprache mit dem Vorstand der Innung in möglichst engem Anschluß an das vorgezeichnete Muster festzusetzen und den am häufigsten erzielten Preis mitzuteilen. Die jeweils ermittelten Preise sind mit denen des vorangegangenen Monats zu vergleichen. Ergeben sich hierbei auffallende Differenzen, die mit der allgemeinen Preisbewegung nicht im Einklang stehen, so sind diese unter „Bemerkungen" auf der Titelseite des entsprechenden Formulars zu erläutern. Bis spätestens 25. eines jeden Monats sind von der Erhebungsbehörde mit Richtigkeitsbescheinigung und den erforderlichen Bemerkungen versehene Preisnachweisungen dem Königlichen Statistischen Landesamte zu Berlin, Lindenstraße 28, einzureichen. Die erste Preisfeststellung hat bereits am Dienstage stattgefunden.

Der Breslauer Stadthaushalt für 1914.

Nach dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf eines Stadthaushaltsplanes für 1914, der demnächst der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden wird, betragen die dauernden Ausgaben 43 786 870 Mk. (+ 2 712 085 Mk.), das Mehr oder Weniger gegen den vorjährigen Stadthaushalt setzen wir immer in Klammern daneben, die einmaligen Ausgaben 1 089 580 Mk. (— 268 800 Mk.), die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen 358 720 Mk. (+ 225 060 Mark), das Hauptextraordinarium 566 508,97 Mk. (— 134 328,70 Mark), (eingeschlossen sind darin auch 50 000 Mk. als Teilbetrag für die etwa zu übernehmenden Gegenstände und Anlagen der Ausstellung zur Jahrhundertfeier); es belaufen sich mithin

die gesamten Ausgaben auf 45 796 628,97 Mk.

(+ 2 539 716 30 Mk.).

Die Einnahmen setzen sich aus ordentlichen Einnahmen mit 17 253 205 Mk. (+ 1 157 475 Mk.), aus den Ueberschüssen der Betriebsverwaltungen mit 7 370 820 Mk. (+ 997 880 Mk.) und aus den außerordentlichen Einnahmen (Restüberschuß des Rechnungsjahres 1912 1 635 603,97 Mk. (— 602 338,70 Mk.) zusammen, betragen also im ganzen 26 259 628,97 Mk. (+ 1 553 016,80 Mk.). Demnach übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 19 537 000 Mark (+ 986 000 Mk.). Dieser Fehlbetrag soll, wie schon mitgeteilt, durch folgende Steuern gedeckt werden:

1. Gemeindegrundsteuer in einem 191,89 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer entsprechenden Gesamtbetrage mit 3,75 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke im Betrage von 5 401 000 Mk.

2. Gemeindegewerbesteuer, die auf 192 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer festgesetzt ist, mit 2 208 000 Mk.

3. Gemeindeeinkommensteuer, nämlich 168 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer im Betrage von 11 928 000 Mk.

Von den Einzeletats der Kämmereiverwaltung weist der der Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege insgesamt in Ausgabe 6 137 050 Mk. (+ 388 690 Mk.), in Einnahme 1 716 565 Mk. (+ 187 910 Mk.) auf, erfordert sonach einen Zuschuß von 4 421 485 Mk. (+ 200 780 Mk.).

Der Etat für Unterricht und Bildungswesen beläuft sich insgesamt in der Ausgabe auf 13 225 280 Mk. (+ 641 595 Mk.), in der Einnahme auf 3 518 655 Mk. (+ 169 885 Mk.), erfordert demnach einen Zuschuß von 9 706 625 Mk. (+ 471 710 Mk.), und dazu einmalig 210 450 Mk. Hiervon entfallen auf die Volksschulen (Unterpläne a) Koch- und Haushaltungsschulen, b) Schulzahnklinik: Ausgabe 8 132 890 Mark (+ 405 390 Mk.), Einnahme 1 423 970 Mk. (+ 45 220 Mk.), Zuschuß 6 708 920 Mk. (+ 360 170 Mk.), auf das Stadt-Theater: Ausgabe 855 400 Mk. (+ 57 435 Mk.), Einnahme 595 900 Mk. (+ 18 400 Mk.), Zuschuß 259 500 Mk. (+ 39 085 Mk.), einmalig 33 500 Mk. Der Etat für Sicherheits- und Gesundheitspflege schließt ab in Ausgabe mit 6 502 705 Mk. (+ 79 775 Mk.), in Einnahme mit 1 954 130 Mk. (+ 31 625 Mk.), beansprucht demnach einen Zuschuß von 4 548 575 Mk. (+ 48 150 Mark) und einmalig 662 200 Mk.; es entfallen dabei auf das Feuerlöschwesen: Ausgabe 731 220 Mk. (— 73 0 Mk.) (4. Blatt). Einnahme 120 690 Mk. (+ 23 690 Mk.), Zuschuß 610 530 Mk. (— 31 0.0 Mk.); auf die Gartenverwaltung Ausgabe 463 200 Mk. (+ 4300 Mk.), Einnahme 105 000 Mk. (+ 1750 Mk.), Zuschuß 363 200 Mk. (+ 2550 Mk.); auf die Friedhöfe Ausgabe 269 800 Mk. (+ 14 200 Mk.), Einnahme 292 400 Mark (+ 22 750 Mk.), Ueberschuß 22 600 Mk. (+ 8450 Mk.), einmalig 131 100 Mk.

Der Etat des städtischen Grundbesitzes weist auf in Ausgabe 560 460 Mk. (+ 335 160 Mk.), in Einnahmen 742 600 Mark (+ 81 810 Mk.), ergibt also einen Ueberschuß von 182 140 Mark (— 253 350 Mk.), wobei an einmalige Ausgaben 65 870 Mk. angesetzt sind.

Im Etat der indirekten Gemeindesteuer belaufen sich die Ausgaben auf 8 700 Mk. (+ 100 Mk.), die Einnahmen auf 1 849 300 Mk. (— 146 400 Mk.), es ergibt sich sonach ein Ueberschuß von 1 840 600 Mk. (— 146 500 Mk.)

Im Etat der allgemeinen Verwaltung stehen den Ausgaben mit 8 788 035 Mk. (+ 454 995 Mk.) an Einnahmen 1 230 315 Mk. (+ 11 585 Mk.) gegenüber, sodaß ein Zuschuß von 7 557 720 Mk. (+ 443 410 Mk.) und einmalig 20 050 Mk. nötig sind. Es sind dabei beteiligt: die Beamtenbesoldungen und Ruhegehälter. Ausgabe 5 170 100 Mk. (+ 276 450 Mk., Einnahme 1 080 750 Mk. (+ 13 600 Mk.), Zuschuß 4 090 150 Mk. (+ 262 850 Mk.)

Die städtischen Betriebsverwaltungen

beanspruchen insgesamt einen Zuschuß von 358 720 Mk. (+ 225 060 Mk.) und ergeben einen Ueberschuß von 7 370 820 Mk. (+ 997 880 Mk.). Die einzelnen Betriebe stellen sich wie folgt: Die Hafenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 106 270 Mk. (— 22 890 Mk.), die Städtische Straßenbahn wirft einen Ueberschuß von 517 000 Mk. (+ 107 200 Mk.) ab, das Marktwesen einen Ueberschuß von 6400 Mk. (— 10 100 Mk.), die Jahrhunderthalle usw. erfordert einen Zuschuß von 247 450 Mk. (+ 247 450 Mk.), der Vieh- und Schlachthof und die Fleischbeschau ergeben einen Ueberschuß von 820 470 Mk. (— 24 170 Mk.), die Gaswerke einen solchen von 8 697 850 Mk. (+ 389 850 Mk.), die Wasserwerke einen Ueberschuß von 720 200 Mk. (+ 84 700 Mk.), die Elektrizitätswerke einen Ueberschuß von 1 908 900 Mk. (+ 450 600 Mk.) und endlich die Stadtbank wiederum einen Ueberschuß von 200 000 Mk.

* **Eine vierfache Kranke.** Aus dem Warteraum eines Arztes hat eine unbekannte Frau eine weiße gestickte Tischdecke gestohlen.

Vereine und Versammlungen.

* **Achtung, Bezirksführer!** Die Abrechnung der Bezirksführer über den Monat Januar ist Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Distriktslokalen. Die Kontrollkarten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen.

* **Bund der technisch-industriellen Beamten.** Die Ortsgruppe Breslau hat am Dienstag Hummerei 54 eine Geschäftsstelle für seine Mitglieder eingerichtet, die jede Woche von Dienstag bis Freitag abends von 8 bis 9½ Uhr und Sonntags von 11 bis 12 Uhr geöffnet ist.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Arztfrage in der Land-Krankenkasse Breslau geregelt.

Mit dem Verein der Kassenärzte des Landkreises Breslau ist wegen der Behandlung der Mitglieder der Landkrankenkasse für Breslau-Land eine vorläufige Verständigung erzielt worden. Es steht nun den Mitgliedern in Erkrankungsfällen die Wahl unter diesen Aerzten frei. Die Ausstellung der Krankmeldescheine für die Mitglieder der Kasse erfolgt durch den Guts- oder Gemeinde-Vorstand ihres Wohnorts oder durch den Arbeitgeber, sofern er zur selbständigen Führung der Revisite verpflichtet ist. Formulare sind den Guts- und Gemeinde-Vorstehern zugesandt worden.

Krankheitsbericht. Es erkrankten in der Woche vom 11. bis 18. Januar 1914 an Diphtherie: in Tschechnitz 2, in Goldschmieden und Herrnprotsch je 1 Person; an Scharlach in Brockau und Scheitnig je 1 Person; an Unterleibstyphus in Koberwitz 1 Person.

Es verstarben an Lungen- und Kehlkopftuberkulose in Herrnprotsch und Meleschwitz je 1 Person.

Rathen. Die Gemeindevertretersitzung wird Freitag, den 23. Januar, abends 7 Uhr im Gasthaus des Herrn Birne abgehalten. Tagesordnung: 1. Wahl von Schulvorstandsmitgliedern für die Schule von Deutsch-Lissa. 2. Kanalisations- und Straßenübernahme von Klein-Heidau. 3. Wahl einer Kommission zur Schaffung eines Armenhauses. 4. Mitteilungen.

Schlesien und Posen.

Festenberg, 21. Januar. Gratis-Kaffee, Kuchen, Freibier und Freitanz. Wie die Konservativen auf dem Lande auf den Mitgliederfang ausgehen, beweist folgende an den Gemeindevorsteher von Schön-Steine gerichtete Postkarte, die uns ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch flattern ließ.

Bukowine, den 11. 1. 1914.

Werter Herr!

Am 14. Januar findet die landwirtschaftliche Versammlung beim Herrn Krechlack statt und wollen wir dann im Anschluß eine kleine Geburtstagsfeier abhalten. Möchte Sie bitten, doch die Frauen dazu einzuladen und zwar um 6 Uhr. Herr Krechlack gibt den Kaffee und Kuchen gratis. Hinterher werde ich mir erlauben, ein Viertel Bier zu geben. Bitte alle Ortsangehörigen einzuladen. Nachher findet ein Tanzkränzchen statt.

Besten Gruß!

Miosga.

Der Unterzeichner dieser Karte ist der Rittergutsbesitzer Miosga, der auch der Leiter der konservativen Bewegung ist. Daß die Karte an den Gemeindevorsteher gerichtet ist, daß dieser alle Ortsangehörigen zu einer konservativen Versammlung einladen soll und daß es neben Freibier, Freitanz auch noch Kaffee und Kuchen gratis gibt, bringt Aufschluß darüber, auf welche Weise der konservative Gedanke auf dem Lande zum Marschieren gebracht wird.

Saaran, 20. Januar. Gegen die Koalitionsrechtsräuber. Am Sonntag fand eine Versammlung für Männer und Frauen in Laasan statt, in der Partei-Sekretär Schönwälder-Langenbielau über „Die Hetze der Arbeiterfeinde gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse" sprach. In der Diskussion zeigte Genosse Franke, daß nicht die Sozialdemokratie volksvergiftende Agitation treibe, wie der hiesige christliche Sekretär mit dem Ehrenzeichen behauptet, sondern die Parteien, die bei jeder Gelegenheit sich mit ihrem Christentum und Patriotismus brüsten. Die vom Vorsitzenden vorgelesene Protestresolution wurde einstimmig angenommen und wird dem Reichstag überwiesen werden. Hierauf Schluß der Versammlung.

Im Anschluß wurde eine Wahlvereinsversammlung abgehalten, in der der Kassierer die Abrechnung vom verflossenen Quartal erstattete. Bei Punkt Verschiedenes wurde auf das Auslegen der Wählerlisten in den Landgemeinden hingewiesen und es allen Wählern zur Pflicht gemacht, die Listen einzusehen. Ferner wurden die gewerkschaftlich und politisch Organisierten ermahnt, von der Bibliothek regen Gebrauch zu machen. Bücherausgabe jeden Dienstag und Freitag abend bei Genossen Ritzdorf, Feldstraße 7. Mehrere Mitglieder für den Wahlverein wurden gewonnen.

Hirschberg, 21. Januar. Verurteilung eines Richters wegen Terminsversäumnis. Der seltene Fall, daß ein Richter wegen Terminsversäumnis vom Gericht bestraft wird, ereignete sich am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer. In einer Verhandlung war ein Amtsrichter aus Liebau ordnungsgemäß als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. Er hatte sich auch nicht entschuldigt. Die Strafkammer nahm den Amtsrichter in eine Ordnungsstrafe von 30 Mark. Die Strafsache mußte übrigens aus anderen Gründen vertagt werden.

Beuthen OS., 21. Januar. Die Sühne für ein scheußliches Verbrechen. Das Schwurgericht verhandelte am Montag gegen den wegen Mordes angeklagten 34 Jahre alten Grubenhäuer Franz Kaudewitz aus Bielschowitz. Gegenstand der Anklage bildet das scheußliche Verbrechen, dem am 17. Juli v. J., nachmittags, die elf Jahre alte Anschlägerstochter Klara Kasimirs aus Neudorf, Kreis Kattowitz, in einem Roggenfelde bei Neudorf zum Opfer gefallen ist. Das Kind ist von dem Angeklagten durch mehrere Messerstiche getötet worden. Die Oeffentlichkeit wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf fünfzehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Zabrze, 21. Januar. Mangelnder Schutz vor Gefahren. Ein verhängnisvoller Gerüsteinsturz erfolgte beim Hochofenbau auf der Donnersmarckhütte. Fünf Montagearbeiter stürzten zirka acht Meter hinab. Drei Arbeiter wurden schwer, zwei leicht verletzt.

Rosdzin, 21. Januar. Opfer der Arbeit. Auf der Schlackenhalde der Bernhardi-Hütte wurde die Leiche eines jungen Mannes in angekohltem Zustande aufgefunden. — Auf der Gleschegrube verunglückte am Sonnabend vormittag ein Bergmann zu Tode. Er wurde von herabstürzenden Kohlen verschüttet und erst nach mehrstündiger Arbeit als Leiche herausgebracht.

Schwerin a. W., 20. Januar. Für die Sicherung des Koalitionsrechts. Hier fand am Sonnabend eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit den Absichten der Scharfmacher, das Koalitionsrecht zu beschneiden, beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen W. Schulz-Bromberg, in welchem dieser vor allem die Erweiterung der Rechte der Koalition betonte, nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, die die Erweiterung des Koalitionsrechts forderte.

In Oberschles. P. tagte am Sonntag eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung, die gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechts protestierte und die jetzigen bestehenden Rechte als nicht hinreichend betrachtete.

Gegen die Einschränkung des Koalitionsrechts fand in Schneidemühl am Sonntag eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Keller-Posen sprach für den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts und gegen die geplanten Maßnahmen für den Arbeitswilligenschutz. Eine dementsprechende Resolution, die dem Reichstage und dem Reichstagsabgeordneten für unseren Wahlkreis zugesandt wird, wurde angenommen.

Das Einsehen der Wählerlisten ist außerordentlich wichtig; schon mehrere Wähler waren nicht in den Listen eingetragen. Das Wahlrecht geht verloren und wenn man noch so viel Steuer zahlt, muß man am Wahltage, ohne gewählt zu haben, abziehen, wenn man nicht in der Wählerliste steht. Deshalb seht die Wählerlisten ein! Verlasse sich niemand auf andere. Jeder sehe selbst die Liste ein! Als Legitimation nehme man das Steuerbuch mit.

Neueste Nachrichten.

Gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 21. Januar. Oberbürgermeister Wermuth erklärte beim gestrigen Empfang einer Abordnung städtischer Arbeitsloser, es sei in Aussicht genommen, für neun Millionen Mark Bauarbeiten, die später ausgeführt werden sollten, schon in nächster Zeit in Angriff zu nehmen. Es werde streng darauf gehalten, daß jetzt alle Arbeiten, welche die Stadt vergibt, von Berliner Arbeitern und Handwerkern ausgeführt werden.

Der Direktor der Geologischen Landesanstalt Preußen gestorben.

Berlin, 21. Januar. Geh. Bergrat Dr. Wahnschaffe, Professor an der Geologischen Landesanstalt in Berlin, wurde gestern in einer Privatklinik von einem neuen Schwächeanfall betroffen, dem er nach kurzer Zeit erlag.

Gegen den Preußen-Kracht!

München, 21. Januar. Als Protest gegen die Ueberhebungen des Preußentages werden in ganz Bayern große Protestversammlungen stattfinden. Der Vorstand der Münchener Veteranen- und Kriegervereine richtet an die Adresse des Generals v. Kracht einen energischen Protest.

Berlin, 21. Januar. Die „Tägl. Rundsch." schreibt: Wie es heißt, soll der Abg. Erzberger in den nächsten Tagen in dem Rahmen der Etatsdebatte im Namen des Zentrums sich mit den Aeußerungen des Preußentages am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Aeußerungen des Preußentages abgeben. Von nationalliberaler Seite werde, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet werden.

Ein drakonisches Urteil.

Straßburg, 21. Januar. Im Gerichtssaale zu Nancy hat sich ein Aufsehen erregender Zwischenfall abgespielt. Der 51 Jahre alte Deutsch-Lothringer und frühere Fremdenlegionär Scheffer war zu einem Jahr (!) Gefängnis verurteilt worden wegen Zuwiderhandlung gegen den Ausweisungsbefehl. Dies brachte Scheffer in derartige Wut, daß er seine Mütze dem Vorsitzenden des Gerichts ins Gesicht schleuderte. Scheffer wurde wegen tätlicher Beleidigung des Gerichts zu fünf Jahren Gefängnis (!!) verurteilt.

Wer konnte sich wohl weniger beherrschen, das Gericht oder der Angeklagte. Das letzte Urteil steht doch in gar keinem vernünftigem Verhältnis zu der an sich zwar ganz ungehörigen Tat. Das Urteil selbst ist ein sinnloser Racheakt, von dem zu wünschen wäre, daß er durch eine Begnadigung aufgehoben würde.

Haussuchungen in Zigarettenfabriken.

Dresden, 21. Januar. In der Zigarettenfabrik von Jasmatzi A.-G. wurde am Dienstag gehaussucht. Doch es war nicht die einzige, die dieser Tage in Dresden vorgenommen wurde. Vielmehr sind noch bei mehreren Dresdener Tabakfirmen Haussuchungen vorgenommen worden. Es handelt sich um ein gerichtliches Vorgehen gegen den englisch-amerikanischen Tabaktrust. Es sollen offenbar die Verbindungen des Tabaktrustes, über den ja eine Enquete im Reichsamt des Innern eingeleitet wurde, aufgedeckt werden.

Sistierte Vorlesungen.

Lemberg, 21. Januar. Am schwarzen Brett der hiesigen technischen Hochschule ist folgende Bekanntmachung angeschlagen: Die Herren Hörer werden benachrichtigt, daß die Vorlesungen des Prof. Zaloziecki mit dem heutigen Tage sistiert sind. Zaloziecki, der ukrainischer Landtagsabgeordneter und englischer Konsul in Lemberg ist, ist in die Enthüllungen über Beziehungen des deutschen Ostmarkenvereins und mehrerer Angehöriger der ukrainischen Partei, die auch der Abg. Korfanty im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache brachte, verwickelt.

Sicherheitsmaßnahmen zur See.

London, 21. Januar. Die internationale Konferenz, die über Sicherheitsmaßnahmen für Leben und Eigentum zu Wasser beriet, unterzeichnete gestern eine Konvention, die scharfe Bestimmungen für die internationale Schiffahrt enthält, und die die internationale Ueberwachung von Eisbergen und treibenden Wracks vorsieht. Auf Veranlassung der Vereinigten Staaten wurden strenge Vorschriften bezüglich der Einführung der drahtlosen Telegraphie auf Dampf- und Segelschiffen getroffen, die mehr als 50 Personen, gleichviel ob Besatzung oder Passagiere, an Bord haben. Ferner wurde bestimmt, daß sämtliche Schiffe, die dem internationalen Verkehr dienen oder überseeische Reisen machen, Tag und Nacht den drahtlosen Apparat in Tätigkeit halten, sowie genügend Rettungsboote mit allen Ausrüstungsgegenständen an Bord haben.

Aufsehen erregende Verhaftung.

Rom, 21. Januar. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des größten römischen Getreidelieferanten für die Armee, Magnani, deren Gründe vorläufig noch geheimgehalten werden. Ein entlassener Angestellter Magnanis, namens Confalonieri, hatte einem sozialistischen Abgeordneten Geschäftsbriefe für die Summe von 8000 Lire angeboten, um so erpresserische Manöver gegen den Getreidelieferanten durchzuführen. Der Abgeordnete übergab die Briefschaften aber der Polizei. Anscheinend sind diese Dokumente so belastender Natur gewesen, daß die Behörde zur Verhaftung Magnanis schritt.

Rücktritt eines Bürgermeisters wegen der Schneeabfuhr.

Madrid, 21. Januar. Der Bürgermeister von Madrid hat wegen der in der gesamten Presse zum Ausdruck gekommenen scharfen Kritik über die von ihm zur Wegschaffung der Schneemassen getroffenen Maßnahmen, die fast völlig versagten, seine Entlassung eingereicht.

Die Polizei gegen die portugiesischen Eisenbahner.

Lissabon, 20. Januar. Die Behörden beschlossen, die Räumlichkeiten des Bahnarbeiter-Syndikates zu schließen, da andere Vereinigungen dort Versammlungen abhielten. Die Polizei umzingelte das Gebäude und nahm 200 Personen fest, die keinerlei Widerstand versuchten. 400 Personen flüchteten.

Die südafrikanischen Bergarbeiter bleiben ausständig.

Johannesburg, 20. Januar. Der Generalsekretär des südafrikanischen Bergarbeiterverbandes erklärte in einem Interview, daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in Transvaal nicht an die Arbeit zurückkehren könnten, bis die Regierung das Kriegsrecht aufgehoben oder der Gewerkschaftsverband oder der Bergarbeiterverband ihren durch Abstimmung gefaßten Streikbeschluß zurückgenommen hätten.

Wassereinbruch in ein Bergwerk.

Hattingen a. d. Ruhr, 21. Januar. Auf der Zeche „Rudolf" brachen bei Bohrarbeiten mächtige Wassermassen aus. Das Wasser ergoß sich in die Strecken, riß Schienen und Schwellen auf und zertrümmerte mehrere Steinmauern. Die Belegschaft konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Schaden ist bedeutend.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit b. i. M.E.Z. + 8 Min.	19. Januar Nm. 2 Uhr	19. Januar Abd. 9 Uhr	20. Januar Mg. 7 Uhr	20. Januar Nm. 2 Uhr	20. Januar Abd. 9 Uhr	21. Januar Mg. 7 Uhr
Luftwärme (C)	— 5,5	— 9,8	— 6,6	— 5,8	— 8,5	— 10,4
Luftdruck (mm) a. 0° red.	752,1	751,7	749,2	748,3	748,3	748,7
Dunstdruck (mm)	2,5	1,9	2,4	2,1	2,0	1,9
Dunstsättigung (%)	81	89	96	70	84	88
Wind (0—12)	NO 2	NO 1	NO 1	O 2	O 3	O 2
Wetter	heiter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bewölkt	wolkig

*) Zur Reduktion aufs Meeresniveau sind 13,1 m hinzuzufügen.

Gestern vormittag Schneeflocken.

J. Glücksmann & Co.

Ohlauer Strasse 71/73 Gegründet 1854

10% Rabatt auf alle regulären, :: nicht im Preise :: ermässigten Waren :: während des :: Inventur-Verkaufs.

Inventur-Verkauf

bis einschl. Sonnabend, den 24. Januar

in allen Abteilungen unserer Läger

10% Rabatt auf alle regulären, :: nicht im Preise :: ermässigten Waren :: während des :: Inventur-Verkaufs.

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Günstigste Kaufgelegenheit!

Briefkasten.

Gewerkschaftliche Auskünfte werden nur gegen Empfangsbescheinigung erteilt.
Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags

L. D. 23. Wer in diesem Jahre Altersrente verlangt, muß 70 Jahre alt sein und schon im Januar mindestens 120 Marken geklebt haben; Ende 1914 sind 960 Marken nachzuweisen. (Siehe Nr. 3 der „Volkswacht" vom 2. Januar.)

G. G., Ströbel. 1. Etwa 50 bis 60 Mark; genaueres erfahren Sie von dem dortigen Verkehrsamt. 2. u. 3. Das ist uns nicht bekannt.

K. Ohlau. Die alten Stadtverordneten bleiben stets so lange im Amte, bis die neuen eingeführt werden. Das ist gesetzliche Vorschrift. (§ 28 der Städteordnung).

Globitschau. Ja, Sie können diese Lebensmittel alle auf einem Wagen im Umherziehen verkaufen, müssen aber einen Wandergewerbeschein haben.

Reichenbach. 1. Sie dürfen das Bier in Flaschen an Kostgänger verkaufen. Der Flaschenbierhandel ist von keiner polizeilichen oder sonstigen behördlichen Erlaubnis abhängig. 2. Nein; eine Schankerlaubnis brauchen Sie nur dann, wenn das Bier auch bei Ihnen getrunken wird.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Tagesst. in Metern früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Koselle	Neisse Wdg. OP.	Neisse Wdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Kottwitz*)	Deutsch*)	Breslau OP.	Breslau UP.	Ohlau Elb.	Glogau
21. 1.	2,58	0,26	1,55	0,28	3,92	2,32	5,00	2,92	1,84	1,63	4,96	1,66	0,42	—
20. 1.	2,55	0,27	1,58	0,29	3,41	2,48	5,02	2,97	1,70	1,48	4,90	1,82	0,17	1,30
Mittel	1,66	0,33	1,12	0,43	2,46	2,07	4,07	2,56	1,66	1,56	3,00	0,14	1,36	0,45

*) Ratibor 3,50 für Treichen; (Oder-) Ohle-Niederung 3,27.

Versammlungen und Vereine.

Mittwoch, den 21. Januar:

Mitgl. d. Kons.-V. Vorwärts abends 8 Uhr im Kronprinz, Westendstraße.
" " " " " 8 " in der Dtsch. Krone, Weinstraße 58.
" " " " " 8 " bei Franke, Neudorfstraße 99.
" " " " " 8 " in den Lunasälen, Steinstraße.

Donnerstag, den 22. Januar:

Mitglieder der Ortskrankenkasse Einigkeit. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Zentralkrankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit". Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Brieg. Gewerkschaftskartell. Donnerstag abend 8 Uhr in der Landschenke.

Deutsch-Lissa. Mitglieder des Konsum-Vereins „Vorwärts". Donnerstag abend 8 Uhr im „Weißen Adler".

Hartlieb. Mitglieder des Konsum-Vereins „Vorwärts". Donnerstag abend 8 Uhr bei Rosenberg.

Oels. Mitglieder des Konsum-Vereins „Vorwärts". Freitag abend 8 Uhr im „Volksgarten".

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Breslau, 20. Januar. Feststellung von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	17,80 — 18,10 Mk.
Roggen desgleichen	14,90 — 15,10 "
Hafer desgleichen	14,20 — 14,40 "
Braugerste, der letzten Ernte	15,30 — 15,50 "
Wahl- und Futtergerste der letzten Ernte	14,00 — 14,50 "
Viktoriaerbsen, gute Qualität der letzten Ernte	24,50 — 25,00 "
Kocherbsen desgleichen	21,50 — 22,00 "
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 "
Heu	6,00 — 6,30 "
Langstroh	4,50 — 5,00 "
Preßstroh	2,00 — 2,40 "
Winterraps	feine 26,00, mittlere 25,50, geringe Ware 25,00

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl ruhig, per 100 Kilogramm netto. Sack brutto Weizenmehl 00 ruhig 26,00—28,50 Mk., Roggenmehl 0 ruhig, 23,00—25,50 Mk., Roggen-Backmehl ruhig, 22,50—23,00 Mk., Roggen-Futtermehl ruhig, 10,50—11,00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10,00—10,50 Mk.

Aus der Geschäftswelt.

Der bekannte und allseitig beliebte große Zeitungskatalog für 1914 der Haasenstein u. Vogler A.-G. wird in einigen Tagen ausgegeben. Der Inhalt dieses Nachschlagewerkes, das auf dem großen Gebiete des Zeitungswesens längst ein unentbehrlicher Ratgeber geworden ist, hat auch in diesem Jahre eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der praktisch eingerichtete Notizkalender wurde beibehalten, ebenso das alphabetisch geordnete Verzeichnis sämtlicher Agenturen der Firma im In- und Ausland. Ein Ortsregister ermöglicht ein sofortiges Auffinden aller in den Orten erscheinenden Tageszeitungen, wie auch der nach Branchen geordneten Fachzeitschriften.

Ausführliche, beachtenswerte Angaben vieler Zeitungen und Zeitschriften ergänzen den Inhalt des Kataloges, dem sicherlich dieselbe freundliche Aufnahme zuteil werden wird wie in den Vorjahren.

Nussbaum-Biere sind hervorragend | **Trinkt Nussbaum-Lager** | **Trinkt Nussbaum hell** | **Trinkt Nussbaum-Pilsner** | **Trinkt Nussbaum-Reform** 11821

Stadt-Theater.
Mittwoch 7½ Uhr: (Ermäßigte Preise). „Die Zauberflöte."
Donnerstag 7 Uhr: „Die Walküre."
Freitag, 7½ Uhr „Fatinitza und Fatinitzen." „Die Entführung aus dem Serail."
Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die fünfte Aufführung von „Parsifal" am 26. Januar 1914 findet nur heute Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. Januar, vormittags von 10 bis 2 Uhr, an der Tageskasse des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kassenpreise und dem erhöhten Preise ebenfalls bis Mittwoch 2 Uhr reserviert. Ueber nicht abgeholte Eintrittskarten ebenso Abonnements, wird von Donnerstag ab anderweitig verfügt.

Lobe-Theater.
Mittwoch 7½ Uhr: 13293 „Schirin und Gertraude."
Donnerstag 7½ Uhr: „Sommerholm."
Freitag 7½ Uhr: „Schirin und Gertraude."

Thalia-Theater.
Mittwoch: Gruppe H. 2. Vorstellung: „Geographie und Liebe."
Freitag: Humboldt-Verein. 3. Abonnements-Vorstellung neu: „Geographie und Liebe."

Schauspielhaus (Operettenbühne.)
Mittwoch 8 Uhr: „Die ideale Gattin."
Donnerstag 8 Uhr: 13305 „Die Kinokönigin."
Freitag 8 Uhr: „Die Kinokönigin."
Sonnabend 8 Uhr: Zum 1. Male. „Polenblut." Operette von Oct. Nedbal.

Liebich's Etablissement
Täglich, abends 8 Uhr: Gastspiel Haskel: „Die Dallesprinzessin" Außerdem: Die graciösen Janson-Spezialitäten, Tägl. Konz., 4 Uhr: Kaffee-Verst. kl. Pr.

Viktoria-Theater.
Napoleon Bonaparte und seine Frauen. Ant. Wochentg. 4, Sonntg. 7½, Jeden Sonntag 3½ Uhr: Mittw.-Vorstell. halbe Preise. Neue wochentags gültig.

Cabaret Fürst Blücher.
Friedrichstraße 11/12. Neues Programm. Entree 19 Pfg.

Die reichillustrierte **Ausverkaufs-Preisliste** wird auf Verlangen kostenlos zugesandt.

Nur 6 Tage!

Auf alle regulären Waren wird während der sechs Ausverkaufstage ein Rabatt von 10 Prozent gewährt.

Der diesjährige große Inventur-Ausverkauf beginnt Montag, den 26. Januar.

Hervorragende Kaufgelegenheiten.

Zurückgesetzte oder unsauber gewordene **Damen-, Herren-** und **Kinderwäsche.**

Einz. u. fehlerhafte **Tischtücher, Servietten, Teegedecke, Kaffee- und Abenddecken, Handtücher, Wirtschaftswäsche, Frottierwaren,** weit unter Preis.

Weisse und bunte **Bettbezüge, Inlette, Unterbetten, Bettücher,** in bewährten Qualitäten, **sehr wohlfeil.**

Metallbettstellen f. Erwachsene u. Kinder, **Polstermatratzen, Bettfedern** mit **10 Prozent** auf die bekannt niedrigen Katalogpreise.

Taschentücher mit kleinen Webefehlern in besten reinleinenen Qualitäten.

Weisse und **bunte Wirtschafts-Schürzen, Damen-Reform-** und **Kleider-Schürzen, Kinder-Hänger** und **Schulschürzen.**

Riesige Mengen Reste von weissen **Leinen, Renforcés, Linons, Madapolams, Bettkattoen,** weissen und bunten **Barchenten, Wäsche-Stickereien** etc. etc.

Wollene u. baumwoll. **Trikotunterzeuge** f. Damen, Herren u. Kinder, **Damen-, Herren-** und **Kinder-Sweaters, gestrickte Wollwaren** für den **Winter-sport, Herren-** und **Damen-Westen, Damen-** und **Kinderstrümpfe, Herrensocken** etc. etc.

Zurückgesetzte Schlafdecken, Steppdecken, Plaids, Tücher, Reisedecken etc. etc.
Besondere Kaufgelegenheiten in **Kamelhaar-Schlaf-** und **Reisedecken.**

Reste und einzelne Fenster in **Tüll-** u. **Bandgardinen, Tüll-** und **Band-Stores, Tuch-** und **Leinenplüsch-Dekorationen, Tisch-** und **Diwan-Decken,** fehlerhafte und zurückgesetzte **Teppiche, Läuferstoffe,** sowie aussergewöhnlich billige **Linoleum-Partien.**

Blusen, Jupons, Morgenröcke, Matinees, Kinderkleidchen bis 50% unter früheren Preisen.
Verkauf nur gegen Barzahlung! = Umtausch nicht gestattet!

Leinenhaus Bielschowsky
13366 Nikolaistraße 75/76 BRESLAU Ecke Herrenstraße.

Union-Theater Gruppenstr. 6. Karlsplatz
Das Geheimnis in der Hauptrolle [13353 Alberto Capozzi
Erschütterndes Sittendrama, 3 Akte.
Todesschatten
Grosses ergreifendes Drama.
Lustige Pensionäre
Reizende amerikanische Komödie.

Palmengarten! Täglich: Konzert-Konzert. Heute: Konzert-Konzert. 6 Favorits 6.

Verleih-Institut eleganter Frack- und Rock-Anzüge Chapeau-Claques.
H. Mohaupt Schweidnitzerstrasse 8a, I Eingang Karlstrasse (früher Albrechtsstrasse). 7184 Tel. 1301.

12807 **Masken** in allen Preislagen **Heinrich Jacobson** Neue Schweidnitzerstr. 13. Liebermann's Theater Karten 85 Pfg. Miete.

Der Anarchist Novellen von Gottschalk 30 Pfg., früher 1 Mk. Zu beziehen durch die Expedition

Masken-Kostüme 12000 Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges **A. Freese** Inh. H. Wiersing Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996. Fabrikfester Festzüge- u. Quadrillen-Kostüme.

Grosser Inventur-Ausverkauf!
Nur bis 10. Februar verkaufe ich **Eine grosse Partie Sprechapparate** modernste Typen, mit und ohne Trichter bis **30% unter normalem Preis.**
Eine grosse Partie Schallplatten, doppelseitig Mk. **0.50**
Eine grosse Partie Schallplatten, doppelseitig Mk. **0.80**
Eine grosse Partie Schallplatten, doppelseitig Mk. **1.00**
Passend für jeden Sprechapparat.
Sowie alle erstklassigen Platten-Fabrikate wie **Grammophon, Zonophon, Odeon, Parlophon, Pathé etc.** — Immer die neuesten Schlager am Lager.
Künstleraufnahmen! 13367
Hören Sie die Aufnahmen **Parsival** in höchster Vollendung!
Ferner **Violinen, Guitarren, Mandolinen, Zithern, Lauten, Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Xylophone, Spieldosen, Trommeln** etc.
Spielwaren, mechanische, mit und ohne Musik, wegen gänzlicher Aufgabe dieses Artikels um zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise.
Nicht wiederkehrende Gelegenheit zur Anschaffung eines guten u. billigen Musikinstruments
Nur bis 10. Februar.
Musikwarenhaus Albert Jeske, Breslau
Nur Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 89.
Grösstes und ältestes Musikwarenhaus der Nikolaivorstadt.
Versand nach auswärts franko. Telephon Nr. 7209.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung. Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Anfrage.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um gegenüber dem Verbot der Gründung einer Vereinigung Berliner Schutzmänner auch den Berliner Schutzmännern die im Reichsvereinsgesetz garantierte Vereinsfreiheit zu gewährleisten.

Direktor im Reichsamt des Innern **Lewald:** Die Angelegenheit gehört weniger dem Vereinsgesetz an, als dem Beamtenrecht, deshalb hat die Reichsleitung keinen Anlaß, zu irgend welchen Maßnahmen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) (zur Ergänzung der Anfrage): Bei der Schaffung des Vereinsgesetzes hat der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern ausdrücklich erklärt, daß auch die Beamten Vereins- und Versammlungsfreiheit genießen sollen. Ich frage deshalb den Reichskanzler, was er zu tun gedenkt, um dieser von ihm selbst gegebenen Zusicherung Geltung zu verschaffen.

Direktor im Reichsamt des Innern **Lewald:** Ich würde empfehlen, die Frage beim Etat des Reichsamts des Innern, der ja zur Debatte steht, zur Sprache zu bringen. Meinen Ausführungen habe ich nichts hinzuzusetzen.

Etat des Reichsamts des Innern.

3. Tag.

Abg. **Graetzig** (Soz.): Was der Abg. Gräfe gestern über die Landarbeiterverhältnisse gesagt hat, steht mit den Tatsachen in schreiendstem Widerspruch. Ich unterstreiche zunächst, daß er das Elend der Industriearbeiter zugegeben hat. Die Junker sind an diesem Elend ja nicht unschuldig. (Sehr richtig!) Wenn er aber meint, auf dem Lande gibt es solch Elend nicht, so muß der Schleier von dem Landarbeiterelend rücksichtslos heruntergezogen werden. Der Abg. Keinath rief nach dem Streikgendarmen. Dieser soll nur der Haken sein, an dem das Koalitionsrecht der Arbeiter aufgehängt wird. Herr Doormann rühmte, daß noch nie so viel Sozialpolitik getrieben sei, wie in den letzten zwei Jahren. Quantitativ mag das stimmen, nicht aber in Bezug auf die Qualität. Ich erinnere nur an die

Witwen- und Waisenversorgung.

Ein Gesetz zur Verhöhnung der Witwen und Waisen hätte nicht anders aussehen können. Bei den Textilarbeitern sind Lohnabzüge Mode, die geradezu zum Lohnraub führen. Es wird ein ganz unerhörtes Strafsystem in Anwendung gebracht. Freilich macht sich strafbar, wer Strafen festsetzt, die den gesetzlichen Bestimmungen widerstreiten. Das steht aber nur auf dem Papier, die bestraften Arbeiter sind meist nicht imstande, ihr Recht zu verfolgen, und wenn sie es tun, so fliegen sie auf die Straße und werden außerdem noch auf die schwarze Liste gesetzt. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist Terrorismus!) Dieser unerhörte Strafunfug wird auch dazu benutzt, die Arbeiter in die gelben Vereine zu pressen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); der Gelbe wird nicht bestraft, aber wer nicht zum Heuchler werden will, wird bestraft. Dieses Material gehört bei der Sammlung von Material zum Terrorismus an die erste Stelle. (Sehr richtig!) Bei den Ordnungsstrafen sind bestimmte Grenzen gesetzlich vorgesehen, bei den Fehlerstrafen aber gibt es keine Grenzen, sie sind direkter Lohnraub. Der Verein Süddeutscher Baumwollenindustrieller hat eine neue Arbeitsordnung erlassen, um bei der Einziehung von Geldstrafen und Schadenersatzansprüchen Lohnabzüge zu ermöglichen, also direkt gegen das Gesetz zu verstoßen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dagegen muß sofort eingeschritten werden. Die Fehlerstrafen erreichen oft nicht nur die volle Höhe des Lohnes, sondern oft müssen die Arbeiter noch Geld mitbringen, um den angeblichen Schaden zu ersetzen. Dabei ist nicht der Arbeiter an dem Schaden schuld, sondern sehr häufig der Unternehmer, der nicht für saubere Arbeitsräume und einwandfreie Maschinen sorgt, sodaß das Material dem Arbeiter verschmutzt und fehlerhaft übergeben wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle beantragten wir, das Recht des Arbeitgebers, Schadenersatz zu fordern, dürfe in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Die Arbeitgeber sollten gezwungen werden, solche Ansprüche vor Gericht geltend zu machen. Leider ist das abgelehnt worden. Aber der Lohn muß den Arbeitern unter allen Umständen gegen solche betrügerische Manipulationen gesichert werden. — Nun zu den Ausführungen des Herrn v. Gräfe.

Unsere Konkurrenzfähigkeit

wird nicht durch die Sozialpolitik gefährdet, sondern weit mehr durch die Politik der Kartelle und durch die Vernichtung von Arbeitskraft infolge der Unfälle. (Sehr gut! bei den Soz.) Daß die Junker gegen die Koalition der Arbeiter anstürmen, ist uns verständlich. Sie wollen nur ein Koalitionsrecht, bei dessen Gebrauch die Arbeiter an den Galgen kommen. Den Landarbeitern will Herr v. Gräfe gar kein Koalitionsrecht geben. Dabei sind gerade die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter skandalös. In Sachsen und Preußen will man jetzt gar noch die Freizügigkeit beschränken. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeiternot in den ländlichen Betrieben resultiert aus der Not der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus den Gesindeordnungen spricht heute noch der Geist der Leibeigenschaft, die Gesindeordnung in Lauenburg stammt sogar noch aus dem Jahre 1732. (Hört, hört! bei den Soz.) Skandalöse Zustände in Bezug auf das

Zusammenschlafen von Knechten und Mägden

in einem Bett, hat eine Revision der Landarbeiterwohnungen aufgedeckt. Selbst in einem bürgerlichen Blatt werden die polnischen Landarbeiterkasernen als ein Krebsschaden für unsere Jugend bezeichnet. Erst läßt man die Leute schuldig werden, und dann wirft man sie auf die Straße. Wenn die Arbeiter klagen und auch noch so sehr im Recht sind, bekommen sie noch lange nicht Recht. Die Gerichtsurteile gegen Landarbeiter sprechen oft dem gesunden Menschenverstand geradezu Hohn. Durch diese unerhörte Rechtslosigkeit wird die Landflucht der Leute erklärlich, und gerade die Bauern, die ihre Leute gut behandeln, klagen darüber, daß wegen der skandalösen Behandlung der Leute auf den großen Gütern die brauchbaren deutschen Arbeitskräfte fortziehen und nur Galizier und andere Ausländer zu haben sind. (Hört hört! b. d. Soz.) Auch die Lohnform trägt zur Verelendung der Leute bei, vor allem die „Gutswohnungen". Selbst ein konservativer Pastor gibt zu, daß die Altersrente den Landarbeitern viel zu spät zuteil wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Seit Jahrzehnten verlangen wir die rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern, und die Herabsetzung des Bezugsalters der Altersrente auf das 60. Lebensjahr. Aber alle solche Forderungen werden stets von den Konservativen abgelehnt. Deutschland ist es seinem Ansehen in der Welt schuldig, den skandalösen Zuständen, die ich geschildert habe, so schnell wie möglich ein Ende zu machen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. **Delbrück:**

Bei der Vorbereitung auf die Beratung des Etats habe ich 197 Fragen durchgearbeitet, die auf mein Ressort Bezug haben. Im wesentlichen sind in der Debatte bisher zwei Fragen hervorgetreten: Was wird mit unserer Sozialpolitik und was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sind wir zu einem gewissen Abschluß unserer Sozialpolitik gekommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Gewiß, wir sind noch mit der Ausführung der Reichsversicherungsordnung beschäftigt und können neue Gesetze nicht in Angriff nehmen. Mit dem Kreis, der in die Krankenversicherung einbezogenen Personen sind wir bis an die Grenzen der Möglichkeit gegangen, ebenso mit den Versicherungsarten. (Zuruf bei den Soz.: Arbeitslosenversicherung!) Ueber die Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung habe ich früher bereits gesprochen. Daß nach der Reichsversicherungsordnung eine Pause eintreten muß, ist selbstverständlich und haben wir alle gewußt.

Eine andere Beschwerde geht dahin, wir erließen nicht genug Bundesratsverordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit. Auch hier sind aber eine ganze Reihe von Fortschritten zu verzeichnen. Die Möglichkeit des Eingreifens auf dieses Gebiet ist immer größer geworden, neuerdings können sogar einzelne Polizeibehörden durch Vorschriften für den einzelnen Betrieb eingreifen. Augenblicklich bleibt uns nicht gesetzgeberische Arbeit zu leisten, sondern Detailarbeit der einzelnen Beamten und Behörden. Wir haben jetzt geschulte Beamte, und das ist ein großer Fortschritt. Die Probleme liegen zurzeit nicht in der Sozialpolitik, sondern auf dem Gebiet des Koalitionsrechts. Dazu gehört das Syndikatswesen, das Submissionswesen, die Bestrebungen auf Verstaatlichung des Kohlenbergbaus, das Kalisyndikat 2c. Ueberall ist der bewußte Wille der Organisation an die Stelle des freien Spiels der Kräfte getreten. Meine Auffassung über das Koalitionsrecht habe ich vor etwa einem Jahre dargelegt. Auf die Frage des Arbeitswilligenschutzes ist der Reichskanzler vor kurzem selbst eingegangen; ich übergehe sie daher. Herr Doormann regte

die Frage der Tarifverträge

an. Ihre rechtliche Regelung hat zur Voraussetzung die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wozu eine Einigung zwischen der Regierung und dem Reichstag über ein Berufsvereinsrecht notwendig ist. Ob dies Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen ist, erscheint mir zweifelhaft. Doch habe ich die Auffassung, daß wir das Problem einer endgültigen Lösung entgegenführen müssen. Im Zusammenhang damit steht die Frage eines Reichseinigungsamtes. Auch hier hängt die Lösung von der Vorfrage ab, wie das Recht der Berufsvereine geregelt ist. Ein Reichseinigungsamt hat nur Zweck, wenn ein Verhandlungsamt und die Möglichkeit der Vollstreckung der Einigungssprüche besteht. Vorläufig müssen wir es bei dem gegenwärtigen Zustand paritätischer Schiedsgerichte lassen, bei denen die Durchführbarkeit der Schiedssprüche von dem Vertrauen beider Teile zum Schiedsspruch abhängt. Ein typischer Fall hierfür ist die Vereinbarung zwischen den

Krankenkassen und Aerzten.

Ich sehe in diesem Abkommen ein interessantes Experiment für die Kämpfe der Arbeitgeber und Arbeiter überhaupt.

Von einem Abbau unserer Sozialpolitik kann gar keine Rede sein. Man sollte sich aber auch vor einem gedankenlosen Vorwärtsschieben hüten. Eine gebildete und gesellschaftlich und wirtschaftlich gutgestellte Arbeiterschaft ist eine der Säulen, auf denen unsere Industrie ruht. Eine verständige Sozialpolitik ist eine Kraftquelle für das deutsche Reich. Unter einer „verständigen Sozialpolitik" verstehe ich eine solche, die nicht bloß dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber gibt, was ihm zusteht. (Lebhafter Beifall rechts). Eine verständige Sozialpolitik muß sich auch in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß die Dinge anders beurteilen als Sie (z. d. Soziald.), denn sie darf nicht die Ziele und Interessen einer einzelnen Partei verfolgen. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zurufe bei den Sozialdem.) Ob sie mich Knecht der Unternehmer nennen, ist mir ganz gleichgiltig. (Bravo! rechts).

Ich wende mich zur Wirtschaftspolitik! Ein zuverlässiger Grad der wirtschaftlichen Bedeutung eines Landes ist zweifellos sein Außenhandel. Dieser ist seit dem Jahre 1880 andauernd und außerordentlich gestiegen. In gleicher Weise hat sich der innere Markt entwickelt. Gestiegen ist auch das Einkommen der Bevölkerung, und ebenso das Vermögen, wie die Einkommenstatistik und die Spareinlagen beweisen. (Zurufe bei den Soz.) Gewiß sind auch die Preise der Lebensmittel gestiegen, aber in einem weit höheren Maße sind die Löhne und die Lebenshaltung gestiegen, das beweisen die vorzüglichen Arbeiten von Calwer, das gibt auch eine Ihrer (zu den Soz.) Zeitungen zu, die „Holzarbeiter-Zeitung" in einem Artikel vom 2. August 1913.

Von einer Verringerung der Viehproduktion ist bei uns keine Rede. Wenn die Viehzählung von 1912 einen Rückgang des Viehbestandes verzeichnete, so hing das mit den erst kurz vorher überwundenen schweren Viehseuchen zusammen. Von 1912 bis 1913 ist der Viehbestand wieder gestiegen. Alles in allem komme ich zu dem Ergebnis, daß wir kein Interesse daran haben, an den bewährten Grundsätzen unserer bisherigen Zoll- und Wirtschaftspolitik, die die Durchführung unserer Sozialpolitik überhaupt erst ermöglicht hat, irgendwie zu rütteln. (Bravo! rechts.) Die Reichsleitung vertritt daher nach wie vor den Standpunkt, daß unser bisheriger Zollschutz im allgemeinen genügt, daß er aber auch aufrecht erhalten werden muß. Insbesondere muß unserer Landwirtschaft der jetzige Zollschutz erhalten bleiben. (Bravo! rechts.) Gewisse Verbesserungen des Generaltarifs und der Vertragstarife sind gewiß wünschenswert, aber hier handelt es sich um Einzelheiten infolge der Entwicklung der Technik. Im großen und ganzen entspricht der gegenwärtige Zustand durchaus den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft. Soweit sich zurzeit übersehen läßt, wird daher für uns kein Anlaß vorliegen, durch Kündigung der Tarifverträge von 1906 zu einer

Neuregelung der Handelsbeziehungen

den Anstoß zu geben. Es besteht daher einstweilen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen. Wird aber von anderer Seite das Vertragsverhältnis gekündigt, oder werden in anderen Tarifen Aenderungen vorgenommen, die unsere Ausfuhr berühren, dann wird die Regierung nicht zögern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen. Die beteiligten Verwaltungen sind bereits seit längerer Zeit damit befaßt, die in Betracht kommenden Verhältnisse unter Würdigung des Materials und der Anregungen der beteiligten Erwerbskreise und ihrer Organisationen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Auch werden die einschlägigen Fragen rechtzeitig Sachverständigen vorgelegt werden.

Die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik sind annähernd zur gleichen Zeit entstanden und sind auf demselben Boden ge-

Aus aller Welt.

Der ausgerissene Flugapparat.

Ein komisches Intermezzo, wie man es sonst nur im Zirkus zu sehen gewohnt ist, hat sich am Montag nachmittag in Johannisthal bei Berlin abgespielt. Bei dem ruhigen, windstillen Wetter war viel geflogen worden und auch der Flieger d'Ballod hatte mit seiner Jeannin-Stahltaube mehrere Aufstiege gemacht. Gegen 4 Uhr, bei Eintritt der Dunkelheit, landete er mitten im Felde, drosselte jedoch den Motor so stark ab, daß er stehen blieb. Um nun nicht den schweren Eindecker über das breite Feld hinweg bis zum Schuppen schieben zu müssen, stieg d'Ballod aus der Karosserie heraus und warf den Motor wieder an. Unglücklicherweise stand der Gashebel, der die Benzinzufuhr regelt, jedoch auf „Halbgas" und so sauste die Taube plötzlich los. Der völlig überraschte Flieger hatte gerade noch Zeit, sich beiseite zu werfen, um nicht von der Schraube gefaßt zu werden, als das Flugzeug auch schon mit 40 bis 50 Kilometergeschwindigkeit an ihm vorüberbrauste. Infolge eines glücklichen Zufalls war das Seitensteuer scharf angezogen und so raste das führerlose „Täubchen" im Kreise herum. Der arme Flieger war ratlos, wie er den Durchgänger wieder in seine Gewalt bringen könne. Schließlich nahm er nach Art der Trampolinspringer einen gewaltigen Anlauf und versuchte, als der Eindecker wieder in seiner Nähe vorbeikam, sich festzuklammern und auf seinen Sitz zu kommen. Der tückische Zufall ließ jedoch in diesem Augenblick den Apparat einen Luftsprung machen und so griff der „abgeworfene" Flieger in die leere Luft. Inzwischen raste die Taube weiter im Kreise umher. Schließlich erbarmten sich 8 oder 10 Mechaniker des vor Angst und Anstrengung trotz der Kälte schwitzenden Fliegers. Wie bei einer regelrechten Treibjagd postierten sie sich am Rande des Kreises, den die Taube unaufhörlich beschrieb und suchten einen glücklichen Augenblick abzupassen, um den Ausreißer einzufangen. Wirklich geriet der Eindecker nach einer etwa 10 Minuten währenden Jagd in eine Bodenvertiefung, aus der er sich nicht wieder herausarbeiten konnte. d'Ballod schwang sich behend auf seinen Sitz und konnte so seine Taube heil und unversehrt in den Schuppen bringen.

Dreizehn Jahre Irrenhaus.

Einer gegen den Polizeipräsidenten von Berlin gerichteten Verwaltungsstreitsache, die den hiesigen Bezirksausschuß beschäftigte, lag eine erschütternde Dorf-Tragödie zugrunde. Der Ackerwirt Zimmel in Westpreußen führte im Jahre 1898 einen Zivilprozeß um Rückzahlung eines Darlehnsrestes von 100 Mark. Er wurde von dem Beklagten dann in einer Strafanzeige beschuldigt, in dieser Sache versucht zu haben, zum Meineid zu verleiten. Zimmel, der behauptete, daß es sich nur um eine harmlose Redewendung handelte, wurde in Untersuchungshaft genommen. Als er nach fast einjähriger Dauer dieser Haft zur Verhandlung vor dem Schwurgericht in Konitz vorgeführt wurde, stürzte er sich zum Fenster hinaus und erlitt schwere Verletzungen. Nach längerer Krankenhausbehandlung entlassen, blieb er bis zum 13. Dezember 1900 auf seiner Wirtschaft. An diesem Tage wurde er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Beobachtung seines Geisteszustandes auf 6 Wochen der Irrenanstalt in Neustadt in Westpreußen überwiesen und am 26. Januar 1901 wieder aus der Anstalt entlassen. Das schwebende Strafverfahren wurde auf Grund des Gutachtens der Anstaltsdirektion eingestellt, weil Zimmel inzwischen in Geisteskrankheit verfallen sei. 14 Tage darauf wurde Z. auf polizeiliche Anordnung von seiner Wirtschaft nach der Irrenanstalt zurückgebracht, da er durch das Gutachten der Anstaltsdirektion auch für gemeingefährlich erklärt worden war. Im Jahre 1902 wurde er ohne jeden Zeugenbeweis lediglich auf Grund des Gutachtens des Anstaltsdirektors entmündigt und seine Ehefrau ihm zur Vormünderin gestellt, damit diese die notwendig gewordene Auflassung der Ackerwirtschaft an die Kinder bewirken könnte. Alle seit einem Jahrzehnt gestellten Anträge der Ehefrau auf Entlassung des Internierten scheiterten an dem auf das Gutachten der Anstaltsdirektion gestützten Widerspruch der Polizeibehörde. Im Jahre 1912 wurde dann bei dem Polizeipräsidenten in Berlin der Antrag gestellt, die Zustimmung zur Entlassung des Internierten zu seinen in Berlin wohnhaften Töchtern und Schwiegersöhnen zu erteilen. Aber auch dieser Antrag wurde auf Grund einer Aeußerung der Anstaltsdirektion vom 28. Oktober 1912 zurückgewiesen. Nunmehr erhob Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried als Prozeßbevollmächtigter der Frau Klage beim Bezirksausschuß auf Aufhebung dieser polizeilichen Verfügung. Eine nochmals eingeforderte gutachtliche Aeußerung des Anstaltsdirektors schloß mit der Erklärung, daß er den Zimmel zwar noch für geisteskrank, aber nicht mehr für gemeingefährlich halte, da er so gut wie gar nicht von seinen Wahnideen in feindlichem und gewalttätigem Sinne beeinflußt werde, friedlicher und milder gestimmt und vor allem körperlich sehr schwach und hinfällig geworden sei." Der Polizeipräsident von Berlin ließ nunmehr auch seinen Widerspruch gegen die Entlassung des Z. fallen, beantragte jedoch, die Kosten des Rechtsstreits dem Kläger aufzuerlegen, da die angefochtene polizeiliche Verfügung auf die Aeußerung des Anstaltsdirektors vom 28. Oktober 1912 gestützt worden war. Der Prozeßbevollmächtigte des Klägers widersprach diesem Antrage, da die Berechtigung zur Internierung und zur Versagung der Freilassung nicht dargetan sei. — Der Bezirksausschuß erkannte: „Die angefochtene Verfügung des Beklagten vom 6. November 1912 wird außer Kraft gesetzt. Die Kosten des Verfahrens werden dem Beklagten zur Last gelegt". Die Entscheidungsgründe führen aus, daß die angefochtene Verfügung der erforderlichen tatsächlichen Voraussetzungen ermangelt und deshalb nicht aufrechterhalten werden können. Der obsiegenden Partei können nur insofern Kosten auferlegt werden, als sie durch ihr eigenes Verschulden entstanden sind. Dies komme aber hier nicht in Frage.

Mit Rücksicht auf dieses Urteil wurde Zimmel nach fast 13jähriger Internierungsdauer auf Anordnung des Landeshauptmanns der Provinz Westpreußen aus dem Irrenhause entlassen.

Neun Arbeiter bei einer Dynamit-Explosion getötet.

Nach einer Meldung aus Canada explodierte bei Arbeiten an der Strecke der Canadian Northern Eisenbahn in der Nähe des Ortes Arnprior (Provinz Ontario) vorzeitig eine Dynamitpatrone. Durch die Explosion wurden sechs Arbeiter sofort getötet und vollständig zerrissen, drei andere wurden so gräßlich verstümmelt, daß sie kurz darauf starben.

Der Fabrikdirektor als Totschläger. Das Schwurgericht in Offenburg verhandelte am Montag gegen den Direktor der Papierfabrik Zell a. H., Gustav Leßt, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Am 19. September 1913 begab sich der Direktor, ein Reserveoffizier, in das Zimmer seines Werkführers Wagner, um ihn wegen angeblicher Beleidigung der Fabrikleitung mit einem sogenannten „Farrenschwanz" zu züchtigen. Als Direktor und Werkmeister sich zwischen Tür und Angel um den „Farrenschwanz" stritten und dabei schließlich Leßt hinausbefördert wurde, öffnete letzterer nochmals die Tür und gab in kurzer Entfernung einen Schuß auf Wagner ab, der diesen tödlich verletzte. Wagner starb am folgenden Tage. Der Direktor wurde in seinem eigenen Auto in das Untersuchungsgefängnis geführt. — Das Urteil lautet nach mehrstündiger Verhandlung auf zwei Monate Gefängnis.

erhaltung der andern. Beide haben sich bewährt. Beide in richtiger Beziehung zu einander zu halten und weiterzuführen, wird daher unsere Aufgabe sein. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Chrysant** (Ztr.) verlangt, daß im Interesse des gewerblichen Mittelstandes der geheime Warenhandel energisch bekämpft werde. Es sei zu bedauern, daß der Bundesrat nicht näher auf die entsprechende Petition eingegangen sei.

Geh. Rat **Kaspar**: Der Bundesrat ist der Meinung, daß diese Frage den einzelnen Bundesregierungen überlassen bleibt, die übrigens energisch gegen den geheimen Warenhandel der Beamten vorzugehen entschlossen sind.

Abg. Dr. **Böhme** (natl.): Für die Getreidezölle treten die Kleinbauern wesentlich aus Solidarität mit der übrigen Landwirtschaft ein; weit wichtiger sind für sie gute Viehzölle, für die bei der Erneuerung der Handelsverträge Sorge getragen werden muß. — Das Koalitionsrecht für die Landarbeiter darf in Bausch und Bogen nicht abgelehnt werden; nur da, wo nationale Gegensätze sehr stark sind, empfiehlt es sich nicht. Die Waldarbeiter können keineswegs durch einen Streik zur Zeit der Kartoffelernte die Erntetätigkeit lahmlegen; den Wald- und Forstarbeitern sollte man also das Koalitionsrecht ohne weiteres gewähren. Die innere Kolonisation sollte von der Reichsregierung entsprechend in die Hand genommen werden. Auch das Fideikommißwesen wird schließlich vom Reich gelöst werden müssen, da vom Preußischen Landtag in dieser Frage nichts zu erwarten ist.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß: 6½ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung.

Dienstag, den 20. Januar vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig geht an die verstärkte Gemeindekommission. Die Vorlage betreffend die Zuständigkeit der Amtsgerichtsschreiber zur öffentlichen Beglaubigung einer Unterschrift wird in dritter Lesung angenommen.

Zweite Lesung des Landwirtschaftsetats.

(Zweiter Tag).

In der fortgesetzten allgemeinen Besprechung führt Abg. v. **Morawski** (P.) die Schwierigkeiten, die Rußland der Abwanderung von Feldarbeitern von Preußen bereiten will, auf die preußische Ostmarkenpolitik zurück. Das Seuchengesetz werde schlaffer ausgeführt.

Abg. **Hoesch** (N.): Es ist ein feststehendes Gesetz und durch wissenschaftliche Arbeiten von Silbergleit und Eßlen erhärtet, daß unsere ganze Landwirtschaft auf die Inlandsproduktion angewiesen ist. Die Steigerung der Preise der Lebensmittel ist nur scheinbar; sie muß durch die Entwertung des Geldes in den letzten Jahrzehnten erklärt werden. Die Viehverwertungsgenossenschaften könnten von großer Bedeutung werden, wenn die städtischen Gemeinden ihnen durch ständige Beziehungen einen geregelten Absatz eröffnen würden. In unserer künftigen Zollpolitik muß die russische Mehl- und Getreideeinfuhr unter Kontrolle genommen werden. Die Seuchen haben die aufstrebende Viehzucht stark mitgenommen. Die innere Kolonisation ist nach einem Wort des Herrn v. Wangenheim die Frage unseres Jahrhunderts. Wenn sie durchgeführt sein wird, wird auch der Viehbestand wachsen. In Posen, Pommern und Westpreußen ist dies bereits eingetreten. Die eine Richtung der Sozialdemokratie will die Existenz der Kleinbauern nicht stützen, die andere, revisionistische will durch die innere Kolonisation

den Großgrundbesitz zertrümmern.

Sogar in dem kritischen Jahr 1911 konnte Preußen bedeutende Mengen Vieh an die anderen Bundesstaaten abführen. Wir wollen in Zukunft unsere Viehbestände vor allem durch den Anbau unserer Futtermittelpflanzen zu erzielen suchen. Wir haben ferner die Aufgabe zu lösen, unkultivierte Ländereien im Osten und Norden Preußens mit Futtermitteln für unsere Schweinezucht zu bestellen. Zum Schluß bekämpft der Redner den Ausspruch des Abg. Braun, daß wir die ausländische Viehzucht zu fördern hätten, um dadurch billige Bezugsquellen für Fleisch zu haben.

Abg. Dr. **Schifferer** (Ntl.): Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Die gegenwärtige Beratung des Landwirtschaftsetats steht unter dem Zeichen der künftigen Gestaltung unserer Handelsverträge. Ebenso wie von unseren Rüstungen ist von dem Ausbau unserer Wirtschaft die Festigkeit des Staates abhängig. Nach den Tagen der Blockpolitik ist es gelungen, alle bürgerlichen Parteien in der Rüstungsfrage zu einigen. Vielleicht ist eine solche Einigung auch in den Fragen der Landwirtschaft zu erzielen. Selbstverständlich nehmen wir die Sozialdemokratie, die von einer mehr Voraussetzungen als die bäuerliche Gesellschaft ausgeht, von vornherein grundsätzlich von einer solchen Einigung aus. Wie diese Partei die Vergesellschaftung des Privateigentums propagiert, so propagiert sie dementsprechend auch

die Vergesellschaftung des Grund und Bodens.

Freilich schwächt die Sozialdemokratie diesen ihren Standpunkt bei der Agitation auf dem Lande ab, weil sie weiß, daß der kleinste Bauer an seinem Stückchen Lande zäh festhält. Die Hochflut agrarischer Literatur ebenso die Einsetzung einer Agrarkommission auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag beweist, welche Schwierigkeiten die Sozialdemokratie auf dem Lande hat. Wenn das Agrarprogramm dieser Partei so einfach wäre, wie der Abg. Braun es gestern dargestellt hat: Zertrümmerung des Großgrundbesitzes aber auch keine Stützung des kleinbäuerlichen Besitzes, Abschaffung aller Zölle, Enteignung, dann hätten sich Kautsky, Eduard David, Arthur Schulz ihre tiefgreifenden Untersuchungen sparen können. Es ist unmöglich, jetzt zu einem völligen Freihandel und zur Aufhebung der Schutzzölle ohne tiefe Erschütterung unserer gesamten Wirtschaft überzugehen. Namentlich im Kampf mit anderen Großmächten, die mit stärkeren Schutzzöllen als wir ausgerüstet sind, bedürfen wir der Schutzzollpolitik. Es kann sich also nur um das Maß und die Ausdehnung des Schutzzolles handeln. Die Fortschrittler sind in dieser Frage nicht einig. Gestern stellte ihr Sprecher, der Abg. Hoff, der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ein vernichtendes Zeugnis aus, indem er die Caprivischen Handelsverträge in den Himmel hob. Wir dagegen schließen uns der Ansicht des Fürsten Bülow an, welcher erklärte, daß die Herabsetzung der Agrarzölle durch Caprivi unserer Landwirtschaft eine schwere Krisis gebracht habe. Der Redner

rechtfertigt dann die Einfuhrscheine

als eine Entschädigung der Landwirtschaft für die Schädigung durch den deutsch-russischen Handelsvertrag. Wenn die Konservativen uns nachsagen, daß wir durch ein politisches Zusammengehen mit weiter links stehenden Parteien auch in unserer Wirtschaftspolitik wankend werden könnten, so frage ich dagegen: Werden die Konservativen in ihrer Haltung zur Wahlreform durch die des Zentrums beeinflußt? (Sehr gut! b. d. N.) Bleiben wir also einig bei unserer bewährten Wirtschaftspolitik. (Beifall b. d. N.)

Abg. **Graf Moltke** (K.) polemisiert im gleichen Sinne wie der Abg. Schifferer gegen die Ausführungen des fortschrittlichen Abg. Hoff und tritt für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ein.

Abg. **Krause** (S.): Der kleinbürgerliche Besitz hat vielfach über Wildschaden zu klagen. Es scheint, als ob die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen im Interesse der Jagdvorsteher und zum Nachteil des kleinbürgerlichen Besitzes gehandhabt werden.

Abg. **Pachnicke** (Vp.): Die Herren von der Rechten scheinen zu meinen, als ob die Fragen der Landwirtschaft nur von Großgrundbesitzern behandelt werden könnten. Aber diese persönliche Seite muß ganz ausscheiden; sonst müßten die Konservativen auch zu den Mittelstandsfragen schweigen. Wir stimmen mit der Rechten in der Freude über die Hebung der Inlandsproduktion. Das Ziel der Selbstversorgung ist zwar aufgestellt; aber wir entfernen uns ständig von ihm. Der Betrag der Einfuhr der Lebensmittel ist nämlich gewachsen. Das Wachsen des Viehbestandes hat nicht Schritt gehalten mit dem Wachsen der Bevölkerung. Unsere Einfuhr ist im Steigen begriffen. Man hat es in der Debatte so dargestellt, als ob wir in den Caprivischen Handelsverträgen ein Ideal erblickten. Das ist keineswegs der Fall; denn diese Verträge waren hochschutzzöllnerisch. Aber die Zeit der Caprivischen Verträge zeigt ein Wachsen des Viehbestandes. Mit Recht hat Abg. Schifferer gesagt, daß es auf das Maß des Schutzzolles ankomme. Das ist auch unsere Ansicht. Eine große Gefahr erblicken wir in der künstlichen Steigerung der Grundstückspreise und in dem damit zusammenhängenden Grundstückswechsel. Wir fordern eine Revision des Zolltarifs nach der Seite der Futtermittelzölle. Die Folge dieser Zollpolitik war die Steigerung der Preise der Produkte der Viehzucht. Um nicht in den lückenlosen Zolltarif Bresche zu legen, sträubt man sich gegen die Ermäßigung des Futtermittel- und des Maiszolles. Die Nationalliberalen haben sich heute selbst widersprochen, indem sie sich dagegen wandten; denn der Geschäftsführer des Bauernbundes Dr. Böhme hat in einer öffentlichen Erklärung sich dahin ausgesprochen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft auf eine Ermäßigung der Mais- und Futterzölle gehe. Auch die bayrische Regierung hat den engen Zusammenhang zwischen hohen Kraftfutterpreisen und Rückgang der Viehproduktion anerkannt. Was das Verhältnis von Groß- und Kleinbesitz betrifft, so bricht hier die sozialdemokratische Theorie vollständig zusammen. Die Mittelschicht der bäuerlichen Betriebe ist in ständiger Entwicklung begriffen. Die Entwicklung wollen wir unterstützen durch eine nationale Bauernpolitik. (Beifall b. d. Vp.)

Durch Annahme eines Schlußantrages verliert Abg. Hofer (Soz.) das Wort. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Mittwoch 11 Uhr: Einzelberatung. — Schluß 4¼ Uhr.

Der dritte Krupp-Prozeß.

In der Dienstag-Sitzung wird auf Befragen des Verhandlungsführers allerseits auf die Vernehmung des Zeugen von Metzen verzichtet.

Der Verhandlungsführer hält alsdann dem Zeugen Brandt vor, daß er zu Herrn von Metzen einmal gesagt habe, er habe im Kriegsministerium mehrere Vertrauensmänner, von denen er Nachrichten erhalte. Brandt bestreitet, eine solche Aeußerung getan zu haben. Es wird alsdann längere Zeit über den Etatsauszug des Kriegsministeriums, der in einem Kornwalzer gefunden wurde, verhandelt.

Mehrere Geheime Rechnungsräte von der Fußartillerie-Abteilung des Kriegsministeriums und mehrere militärische Sachverständige bekunden, der Angeklagte Pfeiffer habe die Vorarbeiten für den organisatorischen Teil des kriegsministeriellen Etats zu bearbeiten gehabt. Allerdings, so bemerkt besonders Major Frahnert, wußte Pfeiffer, welche Geldmittel zur Ausführung notwendig waren. Mehrere geheime Rechnungsräte bekunden darauf, es sei beim Kriegsministerium vielfach telefonisch über den Etat um Auskunft gebeten worden, zu diesen habe auch, wie Geh. Rechnungsrat Könnecke bekundet, die Firma Krupp gehört.

Geh. Rechnungsrat Becker bekundet, es sei die Bestimmung getroffen, daß über Einzelheiten des Etats den zur betreffenden Abteilung gehörenden Beamten, die mit der Ausarbeitung des Etats beschäftigt sind, Auskunft gegeben werde. In zweiter Reihe wird auch der Firma Krupp Auskunft gegeben. Andere Firmen, wie zum Beispiel der Firma Ehrhardt wurde keine Auskunft gegeben werden. Die Firma Krupp habe verschiedentlich telephonisch angefragt; dieser sei ohne weiteres Auskunft gegeben worden.

Sachverständiger Major v. Weitershausen vom Kriegsministerium: Bestimmung sei, daß alle zum Ressort gehörenden Beamten über die Einzelheiten des Etats, in zweiter Reihe aber auch den mit dem Kriegsministerium in Verbindung stehenden Firmen Auskunft gegeben werde. Der Firma Ehrhardt wäre ebenso Auskunft gegeben worden, wie der Firma Krupp.

Geh. Rechnungsrat Becker: Wir stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß die Firma Krupp im Kriegsministerium eine Sonderstellung einnahm und nur dieser Auskunft zu geben sei. Er hätte einer anderen Firma keine Auskunft gegeben, er hätte also auch die Firma Ehrhardt abgelehnt beschieden. Der Zeuge bestreitet mit großer Entschiedenheit, daß er mit Brandt irgend welche Beziehungen gehabt und diesem widerrechtlich Nachrichten aus dem Kriegsministerium gegeben habe.

Bureauvorsteher Grünwald von der Firma Krupp bekundet, die Mitteilung des Konkurrenzpreises habe der Firma niemals Veranlassung gegeben, die Preise zu erhöhen. Wenn die Preise einmal erhöht würden, so sei das nicht auf Grund der „Kornwalzer", sondern auf Grund von Berechnungen geschehen. Es komme vor, daß das Rohmaterial teurer würde, dann müsse eine Erhöhung eintreten, da die Firma doch nicht mit Schaden arbeiten könne.

Handelsbevollmächtigter v. Dewitz von der Firma Krupp schließt sich diesen Aussagen des Vorzeugen an. Die theoretische Möglichkeit, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise eine Erhöhung eintreten könnte, sei allerdings nicht ausgeschlossen, tatsächlich sei sie aber niemals erfolgt. Auf Befragen des Verteidigers Justizrat Dr. Barnau erklärt der Zeuge noch, daß sämtliche Beamte der Firma Krupp, welche mit geheimen Sachen beschäftigt werden, eine eidesstattliche Versicherung unterzeichnen müssen, nach der sie keinerlei Geheimnisse weitergeben dürfen. Der Umsatz der Firma Krupp auf Grund der „Kornwalzer" habe übrigens nur 0,15 Prozent betragen. v. Dewitz, der in der vorigen Verhandlung wegen Verdachts der Mittäterschaft, Anstiftung oder Teilnahme nicht vereidigt wurde, wurde heute vereidigt.

Der nächste Zeuge ist der Direktor Dr. Dräger; dieser erklärt: Er war früher Mitglied des Kruppschen Direktoriums in Essen, alsdann kurze Zeit in Berlin Vertreter des Berliner Bureaus und sei jetzt seit langer Zeit Generalvertreter der Firma Krupp in Berlin. Er habe die „Kornwalzer", als er das Bureau leitete, stets unterzeichnet und habe auch Brandt geraten, die Kopien zu verbrennen. Die Tätigkeit Brandts sei ihm anfänglich peinlich gewesen, nicht, weil er eine Bestechung befürchtete oder glaubte, es könnten Dinge mitgeteilt werden, die auf Landesverrat hinauslaufen, aber es sei ihm bekannt gewesen, daß die Zeugoffiziere verpflichtet seien, über alle Dienstsachen Stillschweigen zu beobachten. Der Gedanke der Bestechung sei ihm erst gekommen, als ihn Direktor Muehlon im Juli 1911 darauf aufmerksam machte. Er habe auch Brandt gefragt, ob er nichts Unrechtes beache und ihn gewarnt, zu weit zu gehen. In dem Verkehr Brandts mit den Zeugoffizieren habe er nichts Bedenkliches gefunden, da ihm bekannt war, daß unter den Zeugoffizieren und ehemaligen Zeugoffizieren, die die Oberfeuerwerkerschule zusammen besucht haben, ein sehr kordialer Verkehr bestehe, ähnlich wie bei den studentischen Korps. Nach längerer Beratung faßt das Gericht den Beschluß, den Zeugen zu vereidigen.

Nach einer kurzen Pause wurde das Urteil der Strafkammer des Landgerichts Berlin I wider Brandt und Ecclus in nichtöffentlicher Sitzung verlesen, worauf in die Beratung der „Kornwalzer" in ebenfalls nichtöffentlicher Sitzung eingetreten wurde. Die öffentliche Verhandlung geht Mittwoch vormittag 10 Uhr weiter. — Voraussichtlich geht Mittwoch der Prozeß zu Ende.

Schlesien und Posen.

Von der Weistritztalsperre.

Von den schlesischen Talsperren, die dem Hochwasserschutz dienen, ist nur noch eine im Bau: die Weistritztalsperre bei Breitenhain oberhalb Schweidnitz. Dreizehn Talsperren sind vollendet, aber zu der vierzehnten, noch nicht vollendeten, werden wahrscheinlich, nach der „Schles. Ztg.", noch drei weitere treten, nachdem in den Jahren 1912 und 1913 von Provinz und Staat nachträglich zur Vollendung des großen Hochwasserschutzwerkes weitere acht Millionen Mark bereitgestellt worden sind. Der Talsperrenbau im Weistritztale hat im Herbst 1911 begonnen. Im Jahre 1912 hat er Verzögerungen erfahren durch eingehendere Untersuchungen des Untergrundes, in dem sich verkohlte Gneisschichten fanden, die eine tiefere Gründung und Sicherung durch eine 1 bis 2 Meter starke Betonsohle erforderlich machten, und im Jahre 1913 ist der Bau durch zwei Sommerhochwasser empfindlich gestört worden. Dann hat der Bau aber sehr gute Fortschritte gemacht, so daß die Mauer jetzt bis zu ungefähr 16 Meter Höhe über der Fundamentsohle in ihrer ganzen Breite gediehen ist. 40.000 Kubikmeter Mauerwerk sind dabei hergestellt worden.

Der Bau der Mauer wurde vom rechten Ufer aus begonnen, und während dieser Zeit war der Fluß nach dem linken Hange umgeleitet worden. Von der Herstellung von Umlaufstollen, die wie bei Marklissa und Mauer durch den Berg getrieben wurden, konnte man hier absehen. Nachdem auf der rechten Seite die Fundamentierung ausgeführt und die Mauer mit einem Grundablaß bis zu einer gewissen Höhe geführt war, wurde der Fluß durch den rechtsseitigen Grundablaß geleitet und die gleiche Arbeit auf der linken Talseite durchgeführt. Jetzt kann die Weistritz durch beide Grundablässe fließen, sodaß an der Mauer gleichmäßig in ihrer ganzen Länge gearbeitet werden kann. Nicht ganz die Hälfte des Mauerwerks ist bisher errichtet, denn es sind noch ungefähr 50.000 Kubikmeter auszuführen. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die ganze Mauer Ende dieses Jahres fertig wird. Die Stärke der Mauer beträgt im Fundament etwa 30 Meter, in der Krone wird sie 3½ Meter messen, ihre Gesamthöhe ist auf 46 Meter berechnet, von denen etwa 8 Meter im Fundament unter Flußsohle stecken. Außer den beiden Grundablässen erhält die Mauer in halber Höhe noch vier Notauslässe zur eventuellen Entlastung der Mauer bei schwerem Hochwasser. Sie werden ebenso wie die Grundablässe mit Schiebern verschließbar gemacht. Der Ueberlauf kommt in die Mitte der Mauer und wird überwölbt. Dem Verkehr über das Flußtal hinweg wird die Mauerkrone nicht dienen, da hier nicht, wie in Mauer und Marklissa, Wege auf die Mauer münden.

Für die Maurerarbeiten ist Mitte Dezember die Winterpause eingetreten. Man ist aber gegenwärtig dabei, die Baugrube zu verfüllen und wasserseitig durch Lehmschüttungen abzudichten. Ebenso sind die drei Steinbrüche weiter oben, aus denen das Steinmaterial für die Mauer — guter wetterbeständiger harter Gneis — gewonnen wird, in Betrieb. Es sind dort gegen 200 Arbeiter beschäftigt, die täglich 2- bis 300 Kubikmeter Steine brechen. Die Steine werden roh verwendet und die Mauer aus ihnen im Zyklopenverband errichtet.

Das an sich so schöne Schlesiertal wird durch den Bau der Sperrmauer und den großen Wasserspiegel, der sich durch den Stau bilden wird, neue Reize erhalten. Landschaftliche Schönheiten hat der Bau schon dadurch erschlossen, daß an Stelle des Talweges, der später unter Wasser kommt, längs der Staulinie ein neuer Weg mit herrlichen Ausblicken in die Berglandschaft angelegt wurde. Der Teil des Weges von Breitenhain bis zum Mühlbachtal ist bereits dem Verkehr übergeben worden. Der andere Teil des Weges vom Mühlbachtal bis Kynau wird erst nach dem Winter eröffnet werden.

Cunnersdorf, 21. Januar. Feuerlärm rief Dienstag morgen gegen halb 2 Uhr Feuerwehr zur Hilfeleistung. Im Dachgeschoß des Dachdeckermeister Weißmann-Hirschberg gehörigen Doppelhauses Talstraße 8/10 war der Brand und zwar unweit der drei Wasserreservoirs, die durch Motore gespeist werden und am Montag aufgetaut worden waren, ausgebrochen. Der Brand verbreitete sich innerhalb des Hauses weiter, bis er nach oben durchbrach. Der Dachstuhl wurde eingeäschert; die Feuerwehr konnte das Wasser erst aus den Teichen der Schwarzbach beziehen, wo Löcher geschlagen werden mußten und erst später durch Anschluß an einen Hirschberger Hydranten mit weit über 500 m Schlauchlänge. Der Dachstuhl brannte völlig nieder; das Feuer griff schließlich auch auf den Boden des durch eine Brandmauer getrennten Hauses Nr. 8 über, wo sich eine Holzgalerie befand und beschädigte derart das Gebälk, daß es wird erneuert werden müssen. Die Feuerwehr hatte bei der großen Kälte einen schweren Stand. Gegen Morgen galt die Gefahr für beseitigt. Der Schaden ist nicht unerheblich, zumal durch das Wassergeben viel verdorben worden ist.

Posen, 21. Januar. Verhandlung gegen den Grafen Mielzynski. Der Termin zur Schwurgerichtsverhandlung gegen den Grafen Mathias Mielczynski auf Dalmiwoy-Mokre ist zum 23. Februar dieses Jahres in Gnesen angesetzt.

Auf ihre Diäten verzichtet. Wie jetzt bekannt wird, verzichteten die Geschworenen im Hopf-Prozeß für die ganze Dauer der Verhandlung auf ihre Diäten zu Gunsten von Hopfs dritter Frau, die sich in sehr ungünstigen Verhältnissen befindet, und deren Gesundheit durch die Arsenvergiftung arg mitgenommen ist.

Das Unterseeboot A. VII gefunden? Aus Devonport trifft die Nachricht ein, daß es den nach dem gesunkenen Unterseeboot A. VII suchenden Schiffen gelang, das Schiff aufzufinden. Ob es sich tatsächlich um das gesunkene Kriegsschiff handelt, steht genau noch nicht fest und soll durch Taucher festgestellt werden. Um das gefundene Hindernis nicht aus den Augen zu verlieren, erhielten einige Torpedoboote Befehl, an Ort und Stelle zu verharren.

Ein Vollschiff vom Sturme vernichtet. Der Dampfer „Corinthian" meldet auf drahtlosem Wege, daß er mitten auf dem Atlantischen Ozean den aus fünf Mann bestehenden Rest der Besatzung des Dreimasters „Banshee" aufgenommen hat. Die „Banshee" war in einen furchtbaren Sturm geraten und hatte in diesem alles verloren, auch der größte Teil der Besatzung war über Bord gespült worden. Seit elf Tagen trieb das Schiff als steuerloses Wrack auf den Wellen des Ozeans.

Durch Explosion einer Dynamitkapsel ums Leben gekommen. Als der sechsjährige Knabe Roussin aus dem Dorfe Ossiere im Kanton Wallis (Schweiz) mit Stecknadeln eine Dynamitkapsel zu trennen versuchte, platzte die Kapsel. Es wurde dem Knaben eine Hand weggerissen und der Leib aufgerissen, so daß er im Spital kurz nach seiner Einlieferung starb.

Eine Leichenfeier ohne Leichen fand am Sonntag einer Meldung aus Bochum zufolge bei Lagerstatt an der Stelle statt, wo durch die Pulverexplosion die Brüder Brock und der Fahrmann Bockwinkel getötet worden waren. Nebst den Angehörigen der Getöteten nahm eine nach Tausenden zählende Menschenmenge an dieser seltsamen Feier teil. Eine Beerdigung konnte nicht stattfinden, da keine Ueberreste der Getöteten gefunden wurden.

Kleine Notizen.

— Wer hat die „Internationale" komponiert? Ueber die Urheberschaft der Musik zur „Internationale" entscheidet dieser Tage der Gerichtshof des Departements Seine in Paris. Pierre de Geyter behauptete, er allein sei der Komponist der „Internationale". Sein Bruder Adolphe de Geyter aber behauptete, die Urheberschaft der Melodie für sich und die Hinterbliebenen Brüssels des Komponisten [illegible] Adolphe. Das Gericht aber entschied nach [illegible] daß Adolphe de Geyter allein der Komponist der „Internationale" ist. — Adolphe de Geyter ist [illegible] Arbeiter in Lille.

Unterhaltungs-Beilage

21. Januar 1914

Hast du das deine recht getan,
was gehn dich der Leute Reden an.
Wer für alles gleich Dank begehrt,
der ist selten Dankes wert.
Laß sie nur spotten, laß sie nur schelten,
das von Gold ist, das wird schon gelten.

Die Geburt des Goldes.

Von Emil Ludwig.*

Grau stieg und drohend in die Morgensonne der ungeheure Wall zerriebenen Erzes, der einer Bastion gleich die Werke der Mine umlagerte. Es war, als wollte dies entkräftete Gestein treu seinem Herrn den Kreislauf neuer Förderung beschützen.

Das war eine der größten Minen. Auf einem riesigen Areal gelegen, mit mehr als zwölftausend Arbeitern, mit Beamtenwohnungen, Klubhäusern, Garagen, eine Stadt für sich wie unsere großen Eisenwerke.

Doch schon die Einfahrt war verschieden. Denn statt in einem breiten List senkrecht unter Tag zu fahren, wurden wir in schrägstehende, offene Kasten, unseren Grubenhunden ähnlich, gesetzt und fuhren in rasendem Tempo auf schiefer Ebene ein in einen Schacht von so gefährlicher Schmalheit, daß er die Mütze streifte. Die Minen, die das Ausgehende des schrägen Risses auf ihrem Grunde haben, folgen natürlich mit ihren Schächten dem Einfall, also im spitzen Winkel. Nur wer das nicht hat, baut vertikale Schächte, so wie bei uns, um die Goldader zu kreuzen.

Auf über tausend Meter Tiefe stiegen wir aus. Man ist bis fünfzehnhundert vorgedrungen, und da die Erdwärme hier viel langsamer zunimmt als bei uns, hoffen die Ingenieure, die Abbaustollen bis zweitausend Meter hineinzutreiben. Von den Fortschritten der Technik hängt es ab, ob man das Gold erschöpfen kann, das hier „am Rande" (des Hochplateaus, auf dem Johannesburg liegt) mit leidlicher Sicherheit auf achtzig Milliarden Wert in Mark berechnet wurde.

In den Gängen, die sich von unseren Kohlengängen kaum unterscheiden, überraschten mich zuerst die offenen Kerzen, die bei uns bei Todesstrafe verboten sind, und ich genoß das Unerhörte, unter Tage rauchen zu dürfen. In diesem glücklichen Lande sind sogar Kohlenminen frei von schlagenden Wettern.

Aus hintergründigen Gängen, die im Dämmer verschwinden wie Höhlen gefährlicher Drachen, kommen die Wagen mit dem Gestein heran. Aber hier gibt es keine Pferde, wie bei uns. Hier ziehen und stoßen die Schwarzen. Ich dachte zurück an die tragische Erscheinung der Pferde, die, einmal unter Tag gekommen, erst nach Jahren, wenn sie der Grubenluft erlegen, heraufgeschafft werden, zum Verscharren. Kommt aber das erkrankte Tier vorher ans Licht, dann ist es im Innern der Erde erblindet.

Bald wird alles enger; die Schienen hören auf. Zwischen stürzendem Gestein, zwängen wir uns durch einen Kamin von weniger als Meterbreite aufwärts. Plötzlich stehen wir in einem hohen, dämmerigen Steinraum, der ist an wenigen Stellen sehr matt erhellt. Ist es nicht, als ständen wir auf der Bühne und sähen in das opalschimmernde, hohle Halbrund eines kleinen, sehr engen Theaters? Dort hängen die Notlampen. Schatten bewegen sich davor. Allmählich unterscheide ich drei Schwarze, nackt, vor dem grauen Felsen. Halb hängen sie, halb zwängen sie sich zwischen vordringendes Gestein, um festzustehen. In gleichen Pausen schlagen sie mit dem Hammer auf die Stange, die sie in ihrer Länge ins Gestein jagen müssen. Um drei Uhr muß es fertig sein, dann wird gesprengt. Sie bohren in den schmalsten Flözen, wohin keine Maschine mehr vordringt. Plötzlich rattert dicht neben mir eine Bohrmaschine los, ein weißer Miner**) führt sie. Ich sehe etwas blitzen. Ist das Gold?" — „Nein, das ist Schwefelkies, das ist wertlos."

Wir gingen und kletterten eine Stunde lang. Ich hatte geglaubt, zwischen so mannigfachen Anstalten irgendwo Gold zu sehen und fragte schließlich etwas ungeduldig: „Wo ist das Gold?" Der Führer beleuchtete die Felsenwand und wies auf eine dunklere Ader von Fußbreite. „Das ist die goldführende Ader." Ich sah, daß es unmöglich wäre, diese Ader allein wegzusprengen, aber ich hörte, daß, bei äußerster Vorsicht, nur ein Drittel mehr als die Ader abgesprengt wird. Wieder taste der schräge Wagen nach oben. Bald blendete das Licht des Tages. Die Schwarzen, die ihre Schicht beendet hatten, trugen rote Kleider. Bei ihrer Ankunft oben wurden alle flüchtig abgetastet. Ich frage: „Warum sieht man nach, ob sie Gold gestohlen haben? Es ist ja gar keins da unten zu greifen!" — Mürrisch sagte der Führer: „Nicht nach Gold, sondern nach Kerzen." — Mir stieg eine Kühle ans Herz.

Wir kletterten die Halle, in die das geförderte Quarzgestein gehoben wird. Glatt rasiert und in Ketten standen ein paar hundert gefangene Kaffern am langen Tisch, wo auf bewegten, unendlichen Bändern Stücke Gesteins heranklesen. Wie ein Drache kam das Band ohne Ende aus einer dunklen Höhle hervor. Mit schlafwandlerischer Sicherheit warfen die Verbrecher das taube Gestein heraus (eben jenes unnütz geförderte Drittel), warfen es in Trichter, von wo es auf die Halde geleitet wurde. Diese tauben Steine müssen dienen, sie werden ordentliche Pflastersteine, sie werden Straßen. Aber alles andere Gestein wird zertrümmert, wird Pulver, Asche, Staub, weil jeder Stein verdächtig ist, Wert zu enthalten. Riesige Komplexe hoher Häuser bergen diese Batterien. Das furchtbare Getöse von ein paar hundert Mörsern macht die meisten Arbeiter hier, wo kein Staub mehr die Lungen schädigt, allmählich taub. In langen Reihen arbeiten die stählernen Stempel, zermalmen das Gestein mit hartnäckiger Ruhe in einem durchwässerten System von Sieben, Maschen, Trichtern. Die Mörser stampfen, die Rollen rattern, die Steine knirschen. In offenen Kanälen rollt Tag und Nacht eine Flut schlammigen Wassers über das graue Gestein, das hier auf Nußgröße gebracht wird.

Ich schreibe, da in dem Getöse kein Wort verständlich ist, auf einen Zettel meine kategorische Frage: „Wo ist das Gold?" Als Antwort weist der Aufseher in den Schlamm.

Wir kommen in neue Hallen, in die durch ein Netz von Uebertragungen die nußgroßen Steine geleitet, nun zu Pulver, zu Staub zerrieben und unter Wasser auf schräge, schlittelnde Tische gebracht werden, die mit Quecksilber bestrichen sind. Hier fließt der Gesteinsstaub ab, der Goldstaub verbindet sich zu Amalgam, unsichtbar.

Und hier beginnt der Diebstahl. Wohl sind die Tische durch Netze verschlossen, aber da kommen zwei Weiße, schließen auf und schrubben mit gewöhnlichen Handbesen das Quecksilber ab.

Ich denke: Nun ist es so nahe, fast ist es geboren, aber da ich nichts blitzen sehe, frage ich wieder: „Wo ist das Gold?" Ein Herr, der als Vertrauensmann in einem kleineren Raume wirkt, hält mir zur Antwort lachend eine dicke, graue Stange hin. Kaum daß ich sie heben kann: es ist das Gold-Amalgam. Darauf legt er die Stange in eine Pfanne, öffnet einen Ofen, schiebt die Pfanne in einen zylindrischen Raum. Dann zeigt er uns hinten am Ofen ein Rohr und erklärt, wie nun nach fünf Stunden das ganze in den Stangen enthaltene Quecksilber verdampft und, wieder flüssig gemacht, hier abtropfen würde. Was aber in der Pfanne bleibt, ist reines Gold. Ich rufe: „Verflucht! Sehen möchte ich das Gold!" Der Herr lacht wieder, vertröstet mich auf ein anderes Schmelzwerk und bringt uns ins Automobil.

Vor einer Wirrnis von Treppen, Gerüsten, Behältern, Kanälen steigen wir aus. Nur 60 Prozent des Goldes hat das Quecksilber freigemacht. Hier werden noch einige dreißig herausgezogen. Wir winden uns durch eine Stadt von Hallen, Leitern, Trichtern, Sandbergen, Bassins; hier wird der gesamte Steinstaub, der von den Quecksilbertischen abgelaufen, mit Zyanit behandelt, das nun beinahe den ganzen Rest von Goldstaub anzieht. Wieder wird chemisch das Zyanit vom Golde getrennt, der Staub getrocknet, und es heißt, nun sei alles zum Schmelzen bereit.

In einer großen Halle, dem Schmelzwerk, steht ein eleganter Herr vor einem Riesenofen. Vier Schwarze bedienen ihn: einer sorgt für das Feuer, einer hält hoch auf Stufen einen Hafen bereit, zwei schleppen ein Ding herbei, das aussieht wie ein Helm. Es ist ein stählerner Behälter, gefüllt mit dem braunen Goldsand. Nun heben sie ihn in eine Art große Eisenschere, der Herr gibt ein Zeichen, der Schwarze hebt von oben die Eisentür, Glut sprüht hervor. Aus dem Hintergrund des Ofens leuchtet es wie weiße Helme.

Vier schwarze Hände heben die Schere mit dem Helm an beiden Seiten auf und setzen ihn hinein. Eine andere führt der Herr in das Höllentor, ergreift damit einen glühenden Helm, sehr behutsam hebt er ihn heraus. Vor fünf Stunden wurde er mit Goldsand gefüllt hineingehoben.

Der Schwarze läßt die Tür herunter.

Ich trete so nahe, als es die Glut erlaubt: Gelbrot schimmert in dem Helm das Gold — ein flüssiger Spiegel vom Hauch der plötzlichen Kühle überweht. Nun kann ich mich darüber beugen. In dem Spiegel sehe ich hundert Köpfe, gedrängt wie Engel auf einer alten Himmelfahrt: Schwarze mit stumpfen Augen, Weiße mit geröteten Augen, mit schwerem Atem, Weiße mit rastlosen Blicken, mit gierigen Lippen, mit schnellem Atem. (Eiter ist das Gesicht eines Fuchses.) Und aller Augen starren.

Wieder erzittert der flüssige Spiegel unter der kühleren Luft. Mein Bild weicht zurück in die schwerflüssige Tiefe. Als es sich glättet, sehe ich in dem Spiegel hundert Köpfe von Königen aller Zeiten, in Rüstungen, in Spitzen, in Samt und Uniformen. Und aller Augen starren.

Noch einmal läßt der Wind das Bild zerrinnen. Dann blicken hundert Frauen aus dem Spiegel, in allen Trachten, von jedem Alter, manche sind nackt. Und aller Augen starren.

Ein schwarzer Arm zieht mich zurück.

Inzwischen hat der Schwarze einen Eimer vor seinen Herrn gestellt, einen elenden Kücheneimer, von dem der Lack gesprungen. Der Herr nimmt den Behälter in seine Zange und schüttet das Ganze hinein. Die Könige und die Frauen hat er zerschüttet. Es zischt nur ein wenig. Nach drei Augenblicken hebt er das Erstarrte aus dem kalten Wasser. Zwei Drittel sind schwärzlich, das ist Schlacke. Die untere Kuppel ist Gold.

Dies ist etwa die Ausbeute eines Tages. Hunderttausend Tonnen Erzes wurden zersprengt, zwanzigtausend schwarze und weiße Hände arbeiteten, eine Stadt ist aufgebaut, damit dieser Klumpen geboren werde. Er glich durchaus jenem falschen Goldbarren, den mir die Detektive gezeigt. Der Herr schlägt mit dem Hammer die Kuppel ab, hebt sie auf die Wage, ruft und notiert: 3220 Pfund (65.000 Mark). Dann reichte er es mir herüber, ich hob es auf. Es war ein kalter Klumpen.

*) Ein Abschnitt aus dem Essay „Die Goldstadt" von Emil Ludwig in der vorjährigen April-Nummer der „Neuen Rundschau" (Berlin, S. Fischer). Der Verfasser führt uns nach Johannesburg, der südafrikanischen Minenstadt, zeigt uns ihr Leben, ihre Gesellschaft, ihre Arbeit, schildert den Schwindel und die Ausbeutung, darauf ihre „Blüte" beruht. Die Schilderung ist durch den jetzigen Streik im Randgebiet gegenwärtig besonders aktuell.

**) Die „Miner" führen die Aufsicht über die schwarzen Arbeiter und besorgen die Sprengungen. „Sie kommen nach Afrika, ohne je unter Tag gewesen zu sein, lernen ein halbes Jahr in der Mine und werden schon während dieser Zeit bezahlt. Nachher verdienen sie sechzig bis einhundertzwanzig Pfund im Monat, das heißt, bis achtundzwanzig tausend Mark im Jahre. Die ungeheuren Löhne haben ihren Grund: die meisten arbeiten sich rasch zu Tode ... Der feine Staub des zersprengten und zermalmten Erzes legt sich auf ihre Lungen, sie werden lungenkrank nach zwei, drei Jahren. Nach sechs Jahren sind sie meistens hin. Seit man weiß, daß 90 Prozent aller Minen rasch an Lungenleiden sterben, will jetzt ein neues Gesetz die Anstellung nur der tauglichsten und die Entlassung der gefährdeten fordern."

Das Erfrieren.

Im Arbeiter-Samariter lesen wir:

Der Gegensatz zu den Verbrennungen ist das Erfrieren, das in seinen Folgen manche Aehnlichkeit mit Brandwunden aufweist. Die Körpertemperatur beträgt beim normalen Menschen ungefähr 37 Grad und kann weder nach unten, noch nach oben ohne mehr oder minder große Beeinträchtigung des Organismus überschritten werden. Eine Abkühlung bis unter 30 Grad wirkt fast sicher tödlich. Wird der ganze Körper stark abgekühlt, so tritt ein eigentümlicher Zustand ein, der fast einer Lähmung gleicht. Eine unwiderstehliche Schlaflust bemächtigt sich des Menschen, das Bewußtsein wird getrübt, Herzschlag und Atmung werden immer schwächer und hören schließlich ganz auf. Die Haut verliert jede Farbe, die Glieder sind steif. Ist noch die Möglichkeit einer rechtzeitigen Erwärmung vorhanden, so kann der Körper dem Leben zurückgewonnen werden; über eine gewisse Zeitspanne hinaus wird jedoch eine hochgradige Abkühlung nicht ertragen.

Viel häufiger als vollständige Erfrierung ist das Erfrieren einzelner Teile. Am meisten gefährdet sind Nasen, Ohren, Hände und Füße. In diesen Partien ist der Blutumlauf ein ziemlich langsamer und die Durchwärmung nicht ausgiebig genug, um der Kälte Widerstand zu leisten. Wie bei der Verbrennung unterscheidet man auch hier drei verschiedene Grade. Der erste Grad ist charakterisiert durch eine oberflächliche Entzündung und Hautrötung, der zweite Grad durch Blasenbildung und der dritte Grad durch Absterben der Gewebe. Bei allen Erfrierungen findet zuerst eine Zusammenziehung der Blutgefäße statt, so daß das Blut für die betroffenen Stellen gewissermaßen abgesperrt wird, wodurch die Haut blaß erscheint. Dieser Gefäßzusammenziehung folgt sodann eine Gefäßerweiterung, und die betreffende Hautstelle färbt sich hochrot. Zugleich entwickelt sich eine mehr oder weniger starke Schwellung, mit heftigem Jucken und Brennen verbunden, auch treten heftige Schmerzen auf, besonders dann, wenn die erfrorenen Teile rasch erwärmt werden. Bei den ersten Graden der Erfrierung schwindet diese entzündliche Rötung sehr bald. Nicht selten aber bleibt an solchen Stellen eine Neigung zur Rötung zurück, wie beispielsweise eine einmal angefrorene Nase dauernd, zum Kummer ihres Besitzers, rotgefärbt bleibt. Selbstverständlich können alle erfrorenen Körperteile diesen Schaden zurückbehalten. Die bekannteste Form dieser Erfrierung sind die Frostbeulen, dunkelblaurote Anschwellungen, die heftig jucken und brennen, und in der Bettwärme sowie beim Uebergang von Wärme zur Kälte die damit Behafteten dauernd quälen.

Bei Erfrieren zweiten Grades wird die Haut tief blaurot und weist Blasen auf wie bei einer Verbrennung. In solchen Fällen ist die Aussicht auf völlige Wiederherstellung sehr zweifelhaft, da die Gewebeveränderung eine recht hochgradige ist. Gewöhnlich ist die Grenze sehr nahe, an der der dritte Grad einsetzt, der das Brandigwerden des erfrorenen Körpers bedeutet. Hierbei findet sich völlige Gefühllosigkeit, so daß man mit Nadeln tief einstechen kann, ohne daß eine Empfindung ausgelöst wird. An solchen ganz erfrorenen Gliedmaßen kann man oft Teile derselben in den Gliedern wie Glas abbrechen. Solche abgestorbene Gewebe sehen fast schwarz aus.

Todesfälle durch Erfrieren sind sehr zahlreich. Die häufigste Ursache bildet die durch die Kälte sowie durch Alkoholgenuß hervorgerufene Müdigkeit, durch welche das Bedürfnis zum Ausruhen geweckt wird. Wer bei der Kälte aber einmal einschläft, läuft nicht nur Gefahr, sich einzelne Glieder zu erfrieren, sondern überhaupt nicht mehr zum Leben zu erwachen.

Erfrorene sehen sehr bleich aus, nur um Mund und Nase liegt eine bläuliche Verfärbung. Der Körper ist steif und an den vorragenden Teilen hartgefroren.

Niemals dürfen Erfrorene sofort in einen warmen Raum gebracht werden, da sie dann überhaupt nicht mehr zu retten sind. Man muß sie vielmehr in einen kalten Raum bringen. Dort entkleidet man sie aufs vorsichtigste, indem man alle Kleidungsstücke aufschneidet, damit nicht beim Abziehen der Sachen die steifgefrorenen Glieder zerbrechen. Die Erwärmung darf nur ganz allmählich geschehen. Man reibt deshalb den Körper entweder mit Schnee oder mit kalten nassen Tüchern, bis die Glieder etwas Biegsamkeit zeigen. Dazwischen macht man künstliche Atembewegungen, wie sie bei Ertrunkenen geübt werden. Sobald sich der erste selbständige Atemzug zeigt, kann der Kranke in einen schwach erwärmten Raum gebracht und mit einem kalten Naßen bedeckt werden. Erst nach einer Weile kann man den Körper mit angewärmten Tüchern reiben. Inzwischen versuche man, die Lebensgeister durch Riechmittel etwas zu beleben. Hat man keinen Salmiakgeist oder Aether oder scharfen Essig zur Hand, so nimmt man zerschnittene Zwiebeln. Sobald der Kranke schlucken kann, flößt man ihm schluckweise etwas kalte Milchkaffee oder Wein ein.

Dieselbe Behandlung wird beim Erfrieren einzelner Gliedmaßen geübt. Bleiben diese aber leblos, so daß das Gefühl nicht zurückkehrt, werden sie außerdem blau und gefühllos, so ist keine Hoffnung auf ihre Erhaltung vorhanden. Sie werden dann durch Brandigwerden ab.

Für die Behandlung der Frostbeulen gibt es viele Mittel, die mehr oder weniger nützen. Kalte Umschläge mit nachfolgenden Reibungen Einwickelungen sind zu empfehlen, manchmal sind Aufpinselungen von Jodtinktur oder [illegible]

Die Preiswürdigkeit der wichtigsten menschlichen Nahrungsmittel.

Die chemische Zusammensetzung der menschlichen Nahrungsmittel gestattet eine genaue Berechnung der Preiswürdigkeit derselben. Naturgemäß besitzen die in den menschlichen Nahrungsmitteln enthaltenen Nährstoffe: Eiweißkörper, Fette, Kohlehydrate, Salze und Wasser durchaus verschiedene Nährwerte. Man kann den Wert der eiweißartigen Substanzen fünfmal und den des Fettes dreimal höher ansetzen als den der Kohlehydrate. Der berühmte Agrikulturchemiker Professor Dr. König hat z. B. auf Grund dieser sinngemäßen Berechnungsart gefunden, daß 1 kg Erbsen 1785 Nährwerteinheiten enthält. Derartige Berechnungen sind sehr geeignet, weitverbreiteten irrigen Vorstellungen entgegenzuwirken. Bei der Benutzung der Zahlen, die die Preiswürdigkeit der Nahrungsmittel angeben und welche auch unserer heutigen Statistik zugrunde liegen, darf man aber nur immer Nahrungsmittel von annähernd gleicher Beschaffenheit vergleichen, niemals z. B. vegetabilische mit animalischen, weil die Ausnutzungsarten der letzteren ja bekanntlich erheblich größer ist, als die der ersteren. In unserer heutigen Statistik geben wir eine interessante Zusammenstellung der wichtigsten Nahrungsmittel nach ihren Nährwerteinheiten.

Arme Kinder.

In der „Bayerischen Lehrerzeitung" berichtete ein Lehrer über folgende erschütternde Gespräche, die er in einer Hilfsklasse stenographisch aufgezeichnet hat:

I.

„Ella und Wilhelm Bauer, warum wart ihr gestern nicht in der Schule?"

„Wir haben den ganzen Tag verschlafen."

„Wieso?"

Ella Bauer: „Die Mutter hat uns um halb 7 Uhr aus dem Bett getrieben, hat uns fertig gemacht und uns Kaffee und Brot gegeben. Es war noch dunkel, da ist die Mutter schon fortgegangen zum Schaffen. Da hab ich zum Wilhelm gesagt: Es ist noch so früh zum Fortgehen, wir legen uns noch e' bissel hin. Wir wollten uns ins Bett legen, aber die Schlafstube war geschlossen und die Mutter hatte den Schlüssel mitgenommen gehabt. Ich habe mich auf die Bank gelegt, der Wilhelm hat zwei Stühle zusammengerückt und hat sich draufgelegt und mein ganz kleiner Bruder hat sich auf den Boden gelegt. Dann haben wir alle drei geschlafen. Wie wir aufgewacht sind, war es ganz hell und arg kalt. Wir sind hinauf zur Frau A. Die hat sich gewundert und hat gesagt: Ihr Schlooffsopp, es ist jo schon halb 12 Uhr! Sie hat uns Brot gegeben und um 12 Uhr sind wir wieder hinuntergegangen, weil wir gemeint haben, die Mutter käme. Die Mutter ist aber nicht heimgekommen. Wir haben lange gewartet. Weil es in der Küche so kalt war und weil wir Hunger gehabt haben, sind wir wieder hinauf zur Frau A. Wir haben aber nicht das Herz gehabt, etwas zu sagen. Wir sind droben geblieben bis 4 Uhr. Dann ist die Frau fortgegangen, Zeitungen tragen, und hat gesagt, wir sollen jetzt wieder in unsere Stube gehen. Dort haben wir noch ein bissel Brot gefunden. Das habe ich verteilt. Wie es ganz dunkel war, sind wir noch einmal hinauf zur Frau A. Die hat uns dann Suppe gegeben. Ganz spät ist unsere Mutter gekommen und hat Brot mitgebracht und Kohlen. Dann hat sie gekocht, Weißrübenbrei. Das hat uns aber geschmeckt, Herr Lehrer! Heut' kriegen wir noch einmal davon."

II.

„Warum habt ihr die Schule gestern wieder nicht besucht, Ella Bauer?"

„Wir haben nichts zu essen gehabt."

„Was habt ihr vorgestern gegessen?"

„Nein." (Allgemeine Bewegung unter den Kindern.) Der Lehrer geht an den Schulschrank, um sein Frühstück herauszuholen und es dem Mädchen zu geben. Unterdessen haben sich schon die Nachbarn des Kindes beeilt, diesem Essen anzubieten, und fast jedes Kind in der Klasse — 3 von den 24 Kindern haben allerdings selbst nichts Eßbares bei sich — steuert etwas bei, so daß bald vor dem tränenden Auge des Mädchens ein kleiner Hügel von Eßwaren sich hebt: Brot und Wecke, Aepfel und Nüsse.

„Dein Bruder fehlt auch heute?"

„Der muß im Bett liegen bleiben, da braucht er nichts zu essen."

„Was habt ihr vorgestern gegessen?"

„Morgens nichts, mittags Kartoffelsuppe, abends schwarzen Kaffee und Brot."

„Was die Kinder dir heute gegeben haben, kannst du gar nicht auf einmal essen. Was machst du da?"

„Da bring ich das übrige meinen zwei kleinen Brüdern um 11 Uhr."

„So trag es doch lieber gleich heim!"

Ein Freudenstrahl huschte über das blasse, hohläugige Gesichtchen des zehnjährigen Mädchens. Aber dann zweifelt es wieder, ob es denn der Herr Lehrer ernst meint mit dem Heimgehen. Hat doch die Kleine trotz ihrer Jugend schon so viele bittere Enttäuschungen erlebt. Es ist irre geworden an dem Vater, der die Familie vor kurzem verlassen hat, irre geworden an der Mutter, die wegen einer lüppischen Geschichte nächstens acht Tage ins Gefängnis muß — das Mädchen sagte der Banknachbarin, die Mutter müsse acht Tage ins „Kittchen". Der Lehrer versuchte es ihm auszureden: die Mutter werde wohl das Gefängnis in Frankenthal putzen helfen und könne nicht jeden Abend heimsehen. Da belehrt ihn das Kind: „Da brauchte sie doch nicht zu heulen, die Leute haben sie schlecht gemacht." Irre geworden war das Mädchen auch für kurze Zeit an seinem früheren Lehrer, der [illegible] wegen Unsittlichkeitsvergehen, die er in der Schulklasse begangen haben soll, verhaftet worden war. Die Nachricht von dessen Festnahme wirkte auf das Kind, das inzwischen noch Zuhörgelegen bekommen und in meine Klasse aufgenommen war, wie Befreiung von einem bösen Alpdruck. Es hatte selbst nichts Unanständiges in der Schule gesehen, an die dem Lehrer angedichteten Verfehlungen jedoch geglaubt.

Arme Kindesseele in einem ausgehungerten, widerstandslosen Körperchen! Was wird dir alles noch bevorstehen! —

Vulkane in Japan.

Die furchtbare Katastrophe des Vulkanausbruchs auf der Insel Sakuraschima läßt eine Schilderung der japanischen Vulkane besonders aktuell erscheinen, die E. Bruce Mitford in der „National Review" gibt. Der Japaner, der mitten unter Vulkanen lebt und ihre furchtbare Macht nicht selten so schrecklich zu spüren bekommt, weiht seit alters her den feuerspeienden Bergen einen frommen Kultus, der in den am Fuße der meisten tätigen Krater errichteten Tempel zum Ausdruck kommt. Solche Gotteshäuser gibt es in der Nähe des Fujiyama, des berühmtesten japanischen Vulkans, des Utake, des Takachiho, des Daisen, des Ohama und vieler anderer. Außerordentlich zahlreich sind diese Vulkane über das ganze Land zerstreut. Das Observatorium von Tokio zählt 165 von einander unabhängige Vulkangruppen auf: Während der 12.000 Fuß hohe Fujiyama als der heilige Berg des Landes, dessen eigenartige Form so etwas wie das Wahrzeichen Japans geworden ist, das größte Ansehen genießt, wird der Asama am meisten gefürchtet. Alle vierzehn Tage gibt es hier ziemlich gefährliche Ausbrüche. Die von der japanischen Regierung eingerichtete ständige Kommission für Erdbeben unterrichtet die Bewohner der umliegenden Ortschaften, wenn nach ihren Beobachtungen ein ernstlicher Ausbruch droht. Die schrecklichste Katastrophe, die durch den Asama hervorgerufen wurde, war die von 1783, die ungeheure Wälder in Brand setzte, die Flüsse zwang, in entgegengesetzter Richtung zu strömen, und zahlreiche Dörfer unter einer sechs Meilen langen Lavaschicht begrub. Die vulkanische Insel Oschima, die am Eingang in die Bai von Tokio liegt, besitzt einen kegelförmigen Krater, an dem man das Niveau der glühenden Lavamassen steigen und fallen sieht, wie das Quecksilber in einem Thermometer. Ein schlimmer Ausbruch zwang hier 1912 die Einwohner, sich auf das Festland zu retten, um dem Untergang zu entgehen. Die großartigste Kette von Vulkanen in Japan ist die von Nikko, die eine Höhe von 8000 Fuß erreicht. Eine herrliche Landschaft von üppiger Fruchtbarkeit dehnt sich um sie aus und hat zu dem Sprichwort Anlaß gegeben: „Wenn du nicht Nikko gesehen hast, sage nicht, daß etwas großartig ist." Die japanischen Künstler haben hier ihre prachtvollsten und phantastischsten Motive gefunden; zahlreiche Bergsteiger erklimmen diese heute ruhenden Feuerschlünde, und die einfachen Leute unternehmen Pilgerfahrten auf die Krater, um die hier auf Unheil lauernden Dämonen zu versöhnen. Im Norden von Nikko liegen die heißen Quellen von Nasuyama, die schon seit dem 7. Jahrhundert bekannt sind. Ein Vulkanausbruch von 1888 zerstörte die Quelle Yamanaka. Damals soll sich plötzlich ein furchtbarer Schlund geöffnet haben, der die ahnungslos an der Quelle Weilenden verschlang. Der durch den Ausbruch hervorgerufene Luftdruck war so stark, daß alte Bäume entwurzelt und weit durch die Luft geschleudert wurden. Ueberall trifft man bei Besteigung der japanischen Vulkane auf Spuren von Ausbrüchen, die der Landschaft eine tragische und unheimliche Größe verleihen. Solche Vulkanbesteigungen sind durchaus nicht gefahrlos; sie erfordern vielleicht weniger Ausdauer und Beweglichkeit als die Erklimmung anderer Berggipfel, aber sie bieten dafür beständige Gefahren, da die japanischen Vulkane wegen ihrer unerwarteten plötzlichen Ausbrüche bekannt sind. Trotzdem werden diese feuerspeienden Berge viel besucht und bestiegen. Der gelbe Mann steht zu ihnen in einem nahen Verhältnis, das nicht nur durch seine religiöse Verehrung der Vulkane bedingt wird, sondern auch durch die Naturwunder, die es hier zu schauen gibt, und durch die heißen Quellen, die sich hier finden. Der Badeort im Gebirge ist eine der Leidenschaften des Japaners, und die Quellen, die er aufsucht, liegen fast alle auf vulkanischem Gebiet.

Aus dem Reiche der Technik.

Der Heizwert der Kohle.

Der Mensch wirtschaftet mit der Kohle noch immer so, als ob ihm unerschöpfliche Mengen davon zur Verfügung ständen. Die größte Verschwendung von Heizstoff geht in den gewöhnlichen Stubenöfen vor sich, wo nur ein kleiner Teil der in der Kohle enthaltenen Energie zur Erwärmung des Zimmers verwertet, der größere Rest aber einfach durch den Schornstein hinausgeschleudert wird. Etwas vernünftiger ist die Heizung bisher nur durch die Braunkohle geworden, die für solche Zwecke wenigstens einen an sich minderwertigen Brennstoff liefert. Wie sorglos man im allgemeinen mit der Kohle noch verfährt, zeigen die Gebräuche beim Kohlenhandel. Während andere energiehaltige Stoffe, wie Spiritus, Petroleum usw., geradezu nach dem Heizwert, der Grädigkeit oder wenigstens nach einem anderen Maßstab der Reinheit verkauft werden, begnügt man sich bei der Kohle im allgemeinen mit der Unterscheidung gewisser Sorten. Diese stellen zwar auch bestimmte Eigenschaften dar, werden aber nicht eigentlich auf den Grad des Heizwertes untersucht oder doch nicht nach einer solchen Feststellung verkauft. Alles was man in dieser Hinsicht weiß und zu wissen verlangt, ist der Unterschied zwischen einem Anthrazit von höchstem Kohlenstoffgehalt, einer gewöhnlichen Steinkohle und einer Braunkohle von geringerer Art. Innerhalb dieser Gruppen dient die Bezeichnung von einzelnen Sorten mehr zur Kennzeichnung einer Verwendbarkeit für bestimmte Zwecke der Industrie. Es ist die Frage, wie lange dies oberflächliche Verfahren im Kohlenhandel noch als statthaft betrachtet wird, bezw. wie lange es dauern wird, bis man auch hier den Anspruch erheben wird, den Wert der Ware beim Einkauf genau zu erfahren. Daß eine solche Reform sich mit der Zeit als nötig erweisen wird, ist insbesondere noch dadurch wahrscheinlich, daß namentlich bei den Steinkohlen die Qualität mit der gesteigerten Abnutzung der Kohlenlager abnimmt. Es würde also mit der Zeit die Folge eintreten, daß die Kohlenpreise steigen, der Heizwert der Kohle aber gleichzeitig geringer wird. Ein Mitarbeiter des Elektrotechnischen Anzeigers macht darauf aufmerksam, daß schon jetzt Fälle vorkommen, die als Musterbeispiele für eine solche Entwickelung genannt werden können. Danach scheinen die Verhältnisse sogar dringend darauf hinzuweisen, daß beim Kohlenhandel der Heizwert zur Grundlage der Preisfeststellung genommen werden muß. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in zahlreichen Fabriken der Kohlenverbrauch schlechthin entscheidend für die Rentabilität ist. Sicher wäre man daher schon früher zu einer solchen Entscheidung gelangt, wenn es einfache Mittel gäbe, den Heizwert der Kohle mit genügender Schnelligkeit und Sicherheit zu ermitteln. In einwandfreier Weise kann das bisher aber nur durch umständliche Heizversuche geschehen, durch die der Heizwert der Kohle in Wärmeeinheiten festgestellt wird. Der Apparat, der dazu gebraucht werden muß, ist also ein Kalorimeter, und es handelt sich darum, seine Konstruktion so zu vereinfachen und zu verbilligen, daß in jeder Fabrik mit seiner Hilfe Heizproben vorgenommen werden können. Bisher war dies Ziel nicht erreicht, da ein gutes Kalorimeter noch etwa 1000 Mark kostete, und eine kleine Fabrik demnach erst in längerer Zeit durch Ersparnisse an den Kohlen die dafür gemachte Ausgabe einbringen würde. Eine Besserung verspricht ein Apparat von Professor Parr, durch den sowohl der Heizwert wie der Wassergehalt wie auch der Aschengehalt der Kohle gemessen wird. Das Verfahren ist sehr einfach, und Professor Parr hat auch Tabellen berechnet, nach denen der Heizwert unmittelbar auf Grund von Thermometerablagerungen ermittelt werden kann. Zur Gewinnung ist nur ½-Liter-Kilogramm pulverisierter Kohle nötig, während das Kalorimetergefäß zwei Liter Wasser aufnimmt. Um eine vollständige Verbrennung der Kohle herbeizuführen, werden kleine Mengen von Weinsteinsäure, überschwefelsaurem Kalk und Natriumsuperoxyd beigemischt. Die Feuchtigkeitsbestimmung geschieht einfach in einem trockenen Ofen mit nur zehn Gramm Kohle, deren Gewichtsverlust gemessen wird. Der Aschengehalt ergibt sich aus der Verbrennung einer Probe über einem Bunsenbrenner. Um sicher zu gehen, wird man jede Untersuchung zweimal ausführen und den Durchschnitt der Ergebnisse annehmen.

Vermischtes.

Eine neue Errungenschaft der Mordtechnik.

Zu den Neuheiten, die auf dem Gebiete der Kriegswaffen fortwährend erfunden werden und die den Zukunftskrieg der Millionenheere zu wahren Massenschlächtereien werden lassen können, gehört eine Erfindung, die ein norwegischer Ingenieur Aasen gemacht und mit der Bezeichnung Minengranate belegt. Dies Geschoß würde eine Artillerie ohne Bedienung sein, nach Art der im Seekriege gebräuchlichen Sperrminen. Die einzelne Granate soll mit allem Zubehör nur neun Pfund wiegen und 400 Einzelgeschosse enthalten, die von einer winzigen Menge eines außerordentlich kräftigen Sprengstoffes in Bewegung gesetzt werden. Das ganze ist ein eiserner Zylinder mit einer kesselförmigen Spitze. Der Mechanismus kann nur durch einen elektrischen Strom betätigt werden, der durch ein biegsames Kabel zugeführt wird. Die elektrische Zündung wirkt zunächst auf eine kleine Pulverladung, und diese wirft die Granate aus der Erde heraus, in der sie locker verborgen ist. Am unteren Ende ist sie an einer Kette befestigt, deren anderes Ende im Boden bleibt. Die Explosion der Granate erfolgt in dem Augenblick, in dem die Kette sich strafft. Die erreichte Höhe wird dann ungefähr ein Meter über dem Boden betragen, und wenn nun die 400 kleinen Geschosse in waagrechter Richtung parallel zum Boden über eine Fläche von fast 1000 Quadratmetern ausgestreut werden, so kann man sich ihre Wirkung vorstellen, wenn die Explosion inmitten einer marschierenden Truppe erfolgt. Die Versuche sollen ergeben haben, daß ein Einzelgeschoß dieser Granate noch auf 100 Meter unbedingt tödlich wirkt, und in einem Abstand von 12 Metern ein 10 Zentimeter dickes Brett durchschlägt. Das Geschoß würde demnach ein Mittelding zwischen einer Mine, einem Explosivgeschoß und einem Schrapnellgeschoß sein. Als besondere Vorteile werden hervorgehoben, daß diese Mine völlig unsichtbar verlegt werden kann, daß sie immer in der gleichen Höhe explodiert, daß die Ausschleuderung der Geschosse durchweg in der wirksamsten Richtung erfolgt und daß übrigens auch eine vorzeitige Explosion unmöglich ist. Die Granate kann sogar aus kurzer Entfernung mit Gewehrfeuer beschossen werden, ohne zu explodieren. Auch läßt sich der Zünder leicht herausnehmen, also auch erst im letzten Moment einsetzen. Auch diese Erfindung wird, selbst wenn sie das Versprochene leistet, keine allzu große Umwälzung im Kriegswesen hervorbringen, da sie doch wohl mehr oder ausschließlich für Verteidigungsstellungen, insbesondere im Belagerungskrieg zu verwenden sein wird. Sie kann aber Positionskämpfe viel blutiger gestalten, als das bisher der Fall war.

Potsdamisches. In Potsdam waren vor einer Badeanstalt zwei Figuren, Adam und Eva, in ihrem natürlichen Kostüm darstellend, aufgestellt worden. Da dieselben aber durch die Schamlosigkeit desselben bei zahlreichen in der Nähe wohnenden Frommen Aergernis erregten, wurden sie wieder entfernt (Tatsache), vermutlich, um ein Badekostüm zu erhalten.

Wie uns aus Potsdam geschrieben wird, trägt man sich dort mit weitgehenden Plänen, um auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen.

Da die in dem benachbarten Sanssouci zahlreichen mythologischen Bildwerke teils schon wegen ihrer heidnischen Bedeutung, teils wegen ihrer mangelhaften Bekleidung häufig bei sittlich noch unverdorbenen Besuchern dieses Parkes Anstoß erregten, so sollen sie nach und nach durch Statuen von Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses ersetzt werden; natürlich je nach dem Geschlecht in der betreffenden Regimentsuniform oder im Hofballanzuge gekleidet.

Die im Garten befindlichen Standbilder der ebenfalls leichtfertig gekleideten Musen werden je nach ihrem Charakter durch solche von Generalfeldmarschällen, Universitätsprofessoren, Kgl. Kapell- resp. Balletttmeistern ersetzt.

Die am Eingang des Gartens aufgestellten Sphinxe, deren entblößter weiblicher Oberkörper gleichfalls höchst bedenklich ist, sollen durch weibliche Halbfiguren in Diakonissentracht ergänzt werden — ihr Löwenhinterteil ist ungefährlich und verbleibt ihnen daher. Die auf ihnen herumturnenden Putten bekommen Hemdchen an.

Der Neptun im Lustgartenteich, welcher sich gleichfalls in schamloser Ungeniertheit präsentiert, wird durch einen Admiral in voller Gala, und die herumspielenden Nymphen werden durch Seekadetten wiedergegeben.

So hofft man der sich auch in Potsdam breitmachenden unsittlichen Richtung siegreich entgegenzutreten.

Geschichtskalender.

21. Januar:

1793 Ludwig XVI. von Frankreich hingerichtet.
1870 †Alexander Herzen, russischer Revolutionär, Publizist.
1871 Beitritt Bayerns zum deutschen Reiche.

22. Januar:

1820 *Hermann Lingg, Dichter, in Lindau.
1849 *August Strindberg, schwedischer Dichter, in Stockholm.
1912 Reichstags-Stichwahlen (27 Soz.-Dem. gewählt).